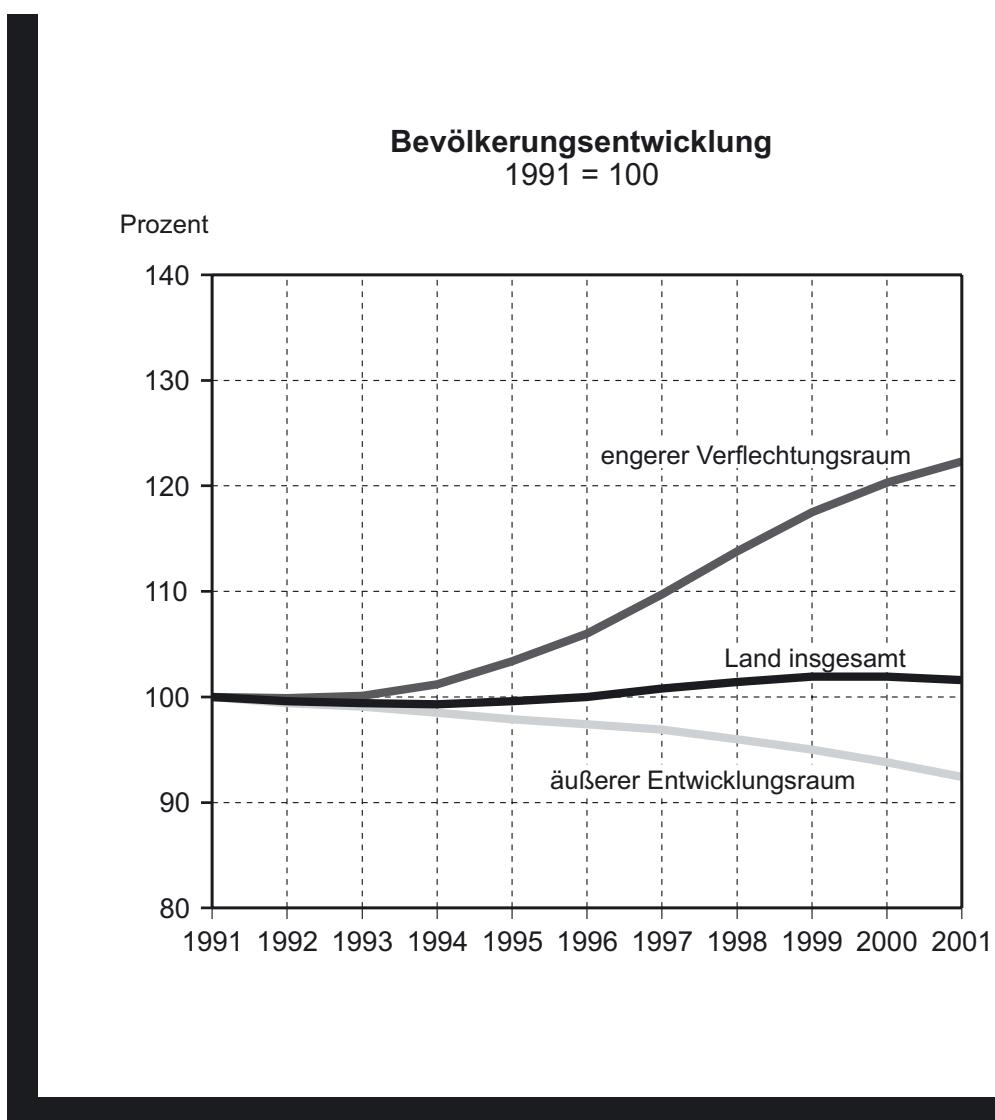


Daten, +Analysen

Quartalsheft





Zeichenerklärung

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden (genau null)
- = Zahlenwert unbekannt oder geheim zuhalten
- ... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- () = Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- r = berichtigte Zahl
- D = Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)

Impressum

Schriftleitung:

Dezernat 215
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Analysen,
Wahlen, Dienstleistungen und Handwerk
Torsten Haseloff
Telefon: 0331 39 - 465
E-Mail: Torsten.Haseloff@lds.brandenburg.de

Herausgeber:

Landesbetrieb für Datenverarbeitung
und Statistik
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam

Dortustraße 46, 14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
Internet: www.brandenburg.de/lds/
E-Mail: Info@lds.brandenburg.de

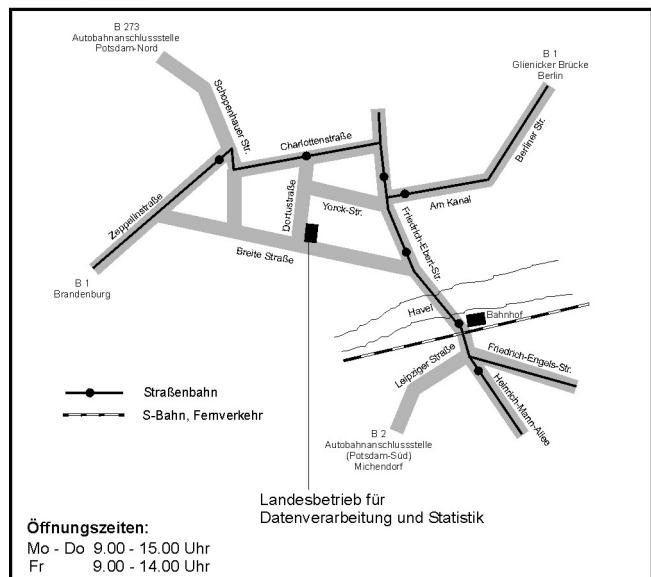
ISSN 1617 - 2809

Erschienen im Dezember 2002
Preis: 5,25 EUR

Auskünfte und Vertrieb

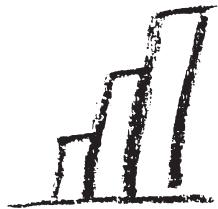
- | | | |
|---------------------|------|---------------|
| Informationsservice | Tel. | 0331 39 - 444 |
| | Fax. | 0331 39 - 418 |
| Vertrieb | Tel. | 0331 39 - 497 |
| | Fax. | 0331 39 - 418 |

So finden Sie uns:



© Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik, Potsdam, 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



Daten + Analysen

/// 2002

Inhalt

Seite

Kurz + Aktuell	5
----------------------	---

Wussten Sie schon...?	10
-----------------------------	----

Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2000	10
Hochschulfinanzen im Jahr 2000	12

Beiträge	13
----------------	----

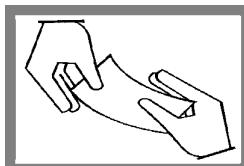
Registergestützter Zensustest - Was ist bisher passiert und wie geht es weiter?	13
Dienstleistungsstatistik 2000 - Erste Ergebnisse	19
Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2001	23
Abschlussprüfungen an Hochschulen und externen Prüfungsämtern im Land Brandenburg	28
Arbeitskosten 2000 im Produzierenden Gewerbe	36
Die chemische Industrie in Brandenburg von 1995 bis 2001	40

Buchbesprechungen	46
-------------------------	----

Neue Veröffentlichungen	49
-------------------------------	----

Aus Brandenburg

Adoptionen im Jahr 2001 geringfügig zurückgegangen



Im Jahr 2001 wurden im Land Brandenburg **160 Kinder und Jugendliche adoptiert**, 3,6 Prozent weniger als im Vorjahr. Mehr als die Hälfte der Adoptierten waren Mädchen und 20 der Adoptivkinder waren ausländischer Herkunft.

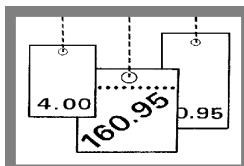
Zum Zeitpunkt der Adoption waren 77 Kinder noch keine sechs Jahre alt, darunter 56 noch keine drei Jahre. Im schulpflichtigen Alter befanden sich 37 Prozent und 24 Prozent der als Kind angenommenen waren Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren.

Mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen wurde von einem Stiefelternteil oder von Verwandten adoptiert. In keinem Verwandtschaftsverhältnis zu den annehmen Eltern standen 75 Kinder, darunter 55 Kinder unter drei Jahren.

Die Freigabe zur Adoption erfolgte u. a. für 93 Kinder und Jugendliche durch Ledige, für 52 Kinder und Jugendliche durch Geschiedene und für zwölf Kinder und Jugendliche durch Verheiratete.

Am Jahresende waren 35 Kinder und Jugendliche für eine Adoption vorgemerkt, neun mehr als am Ende des Jahres 2000. Dem gegenüber standen 268 Elternpaare, die ein Kind adoptieren möchten, d. h. auf ein zur Adoption vorgemerktes Kind oder einen Jugendlichen entfielen acht Adoptionsbewerber.

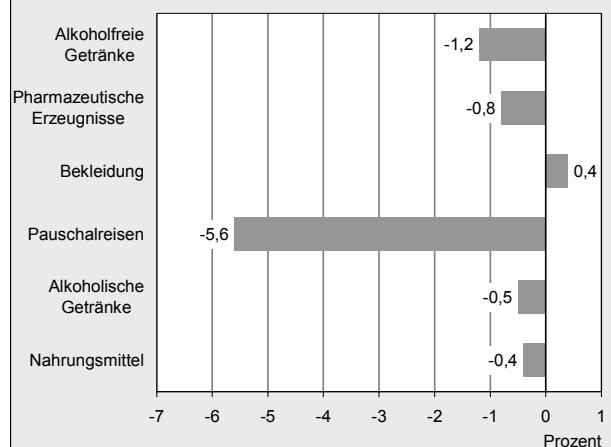
Jahresteuerungsrate im Oktober 2002 beträgt 0,8 Prozent



Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für das Land Brandenburg sank von Mitte September 2002 bis Mitte Oktober 2002 um 0,2 Prozent auf einen Indexstand von 110,5 (Basis 1995=100). Die Jahresteuerungsrate gegenüber Oktober 2001 betrug + 0,8 Prozent.

Die rückläufige Entwicklung des Preisindex im Oktober 2002 gegenüber dem Vormonat wurde hauptsächlich durch Preissenkungen bei Nahrungsmitteln, alkoholfreien und alkoholischen Getränken sowie Pauschalreisen bestimmt. So sind die Preise für Obst um 3,2 Prozent, Gemüse um 2,5 Prozent, Molkereiprodukte um 0,5 Prozent, Kaffee um 2,1 Prozent, Mineralwasser um 1,9 Prozent,

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Oktober 2002 nach ausgewählten Warengruppen
Veränderung zum Vormonat



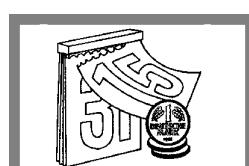
Bier um 0,6 Prozent und Wein um 0,7 Prozent zurückgegangen.

Erwähnenswerte Preiszunahmen waren bei Bekleidung (+ 0,4 Prozent), Schuhen (+ 0,5 Prozent), Heizöl (+ 2,3 Prozent) sowie Finanzdienstleistungen (+ 1,0 Prozent) zu verzeichnen.

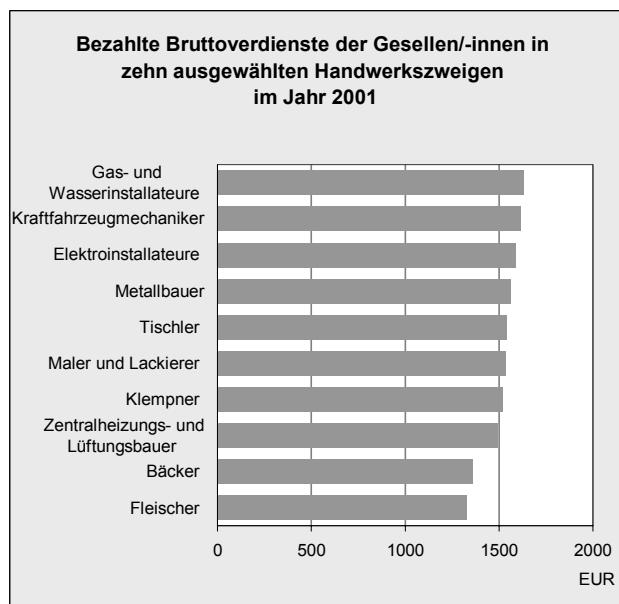
Trotz des Preirückgangs im Oktober 2002 nahm der Abstand zum Preisniveau des Vorjahresmonats zu und erreichte einen Stand von + 0,8 Prozent (September 2002 + 0,6 Prozent, August 2002 + 0,5 Prozent, Juli 2002 + 0,5 Prozent). Diese Entwicklung resultiert ursächlich aus den rückläufigen Preisbewegungen im Oktober des Vorjahrs.

Die Berechnungen für die Monate Januar bis Oktober des Jahres 2002 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres ergaben für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte eine durchschnittliche Veränderung von + 1,1 Prozent.

Verdienstzuwachs im Handwerk Brandenburgs unter 1 Prozent



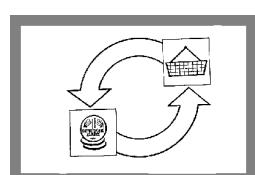
Die Bruttomonatslöhne der vollzeitbeschäftigen Gesellen und Gesellinnen in zehn ausgewählten Handwerkszweigen Brandenburgs betragen im Mai 2002 durchschnittlich 1 556 EUR. Das waren 0,9 Prozent mehr als im Mai des Vorjahrs. Gesellen kamen auf 1 565 EUR. Gesellinnen erhielten mit 1 313 EUR rund 16 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.



Der durchschnittliche Bruttostundenlohn der Gesellen betrug bei unveränderter Wochenarbeitszeit von 40,0 Stunden 9,00 EUR. Das waren acht Cent mehr als im Mai 2001. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Gesellinnen hat sich um 0,4 auf 39,8 Stunden verringert. Der Bruttostundenlohn ist mit 2,3 Prozent stärker gestiegen als bei den Gesellen (0,9 Prozent). Gesellinnen erhielten 7,59 EUR pro Stunde. Das waren 17 Cent mehr als im Vorjahr.

Die höchsten durchschnittlichen Stundenlöhne erzielten die Gas- und Wasserinstallateure mit 9,46 EUR, gefolgt von den Kraftfahrzeugmechanikern mit 9,21 EUR sowie den Elektroinstallateuren mit 9,15 EUR. Mit weitem Abstand am Ende der Verdienstskala stehen Bäckergesellen mit 7,77 EUR und Fleischergesellen mit 7,55 EUR.

Die Wirtschaft in Brandenburg entwickelt sich im 1. Halbjahr 2002 auf Bundesniveau



Das **Bruttoinlandsprodukt** des Landes Brandenburg veränderte sich im 1. Halbjahr 2002 nominal, d. h. gemessen in jeweiligen Preisen, um 1,7 Prozent.

Nach Ausschaltung der preisbedingten Entwicklungseffekte ergibt sich im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs ein Rückgang um 0,4 Prozent, was dem Rückgang auf Bundesebene für Deutschland entspricht.

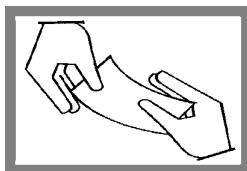
Die **Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes** war in der ersten Jahreshälfte 2002 nominal um 4,2 Prozent und real um 3,2 Prozent höher als im 1. Halbjahr 2001.

Land	Bruttoinlands- produkt		dar. Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe	
	Veränderung im 1. Halbjahr 2002 gegenüber 1. Halbjahr 2001			
	nominal	real	nominal	real
Prozent				
Baden-Württemberg	1,1	-0,9	-2,3	-4,6
Bayern	2,2	0,1	1,1	-1,1
Berlin	1,5	-0,7	-2,3	-4,3
Brandenburg	1,7	-0,4	4,2	3,2
Bremen	2,1	0,5	4,6	2,2
Hamburg	1,9	0,3	-0,6	-3,1
Hessen	1,1	-0,5	-0,9	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	2,8	0,9	5,1	3,2
Niedersachsen	1,3	-0,3	-3,0	-4,7
Nordrhein-Westfalen	0,7	-1,0	-3,6	-5,0
Rheinland-Pfalz	2,1	0,3	-0,3	-1,5
Saarland	3,0	1,0	1,2	-0,4
Sachsen	2,2	-0,1	2,4	1,1
Sachsen-Anhalt	2,9	0,6	9,1	7,5
Schleswig-Holstein	2,8	1,3	3,0	1,6
Thüringen	1,8	-0,6	3,8	2,1
Deutschland	1,5	-0,4	-1,0	-2,8
darunter nachr. alte Bundesländer				
ohne Berlin	1,4	-0,4	-1,4	-3,3
einschl. Berlin	1,4	-0,4	-1,4	-3,3
neue Bundesländer				
ohne Berlin	2,3	0,0	4,4	2,9
einschl. Berlin	2,1	-0,2	3,0	1,5

Die rückläufige gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist nach wie vor auf Rückgänge der Wertschöpfung im Baugewerbe und in den baunahen Bereichen, sowie in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, zurück zu führen. Allerdings fallen diese Rückgänge nicht mehr so hoch wie in den vorangegangenen Zeiträumen aus. Auch im Kohlenbergbau sind weiterhin Einbußen zu verzeichnen, die sich auf das Bruttoinlandsprodukt auswirken.

Das vorliegende Berechnungsergebnis resultiert aus der Gemeinschaftsarbeit aller Statistischen Landesämter im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL).

Ausgaben für Sozialhilfe um 4,8 Prozent gestiegen

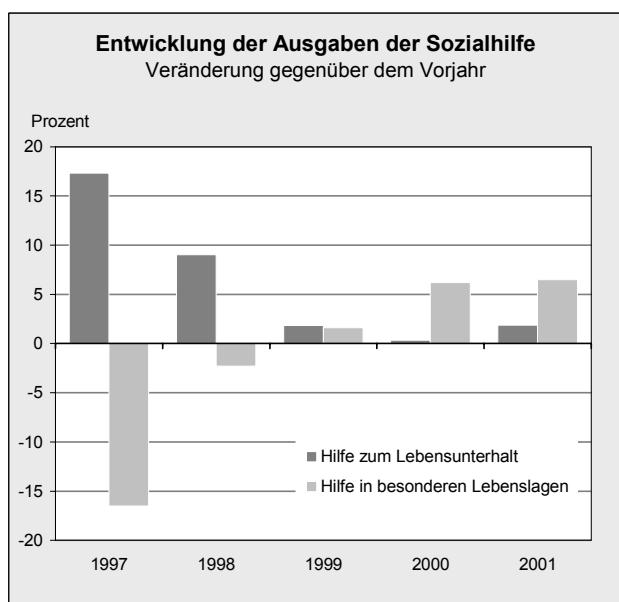


Die **Bruttoausgaben für Leistungen** nach dem Bundessozialhilfegesetz betragen im Jahr 2001 528 Millionen EUR und sind gegenüber dem Jahr 2000 um 24 Millionen EUR gestiegen.

Mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben (185 Millionen EUR) entfielen auf die **Hilfe zum Lebensunterhalt**. Das sind 3 Millionen EUR bzw. 2 Prozent mehr als im Vorjahr.

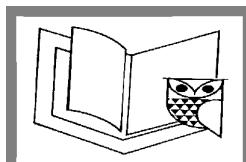
Für die **Hilfe in besonderen Lebenslagen** wurden 343 Millionen EUR ausgegeben, ca. 21 Millionen EUR bzw. 6 Prozent mehr als 2000. Davon beanspruchte wie in den Vorjahren die Eingliederungshilfe für Behinderte bei einer Steigerung von 6 Prozent mit 289 Millionen EUR das größte Ausgabevolumen. Die Hilfe zur Pflege nahm Ausgaben von knapp 29 Millionen EUR in Anspruch, die Krankenhilfe 21 Millionen EUR und 4 Millionen EUR wurden für sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen gewährt.

Den Ausgaben standen rund 71 Millionen EUR an **Einnahmen** (2000 waren es 65 Millionen EUR) gegenüber. Die Nettoausgaben für die Sozialhilfe lagen somit bei 457 Millionen EUR. 2001 wurden damit rein rechnerisch 176 EUR je Einwohner in Brandenburg ausgegeben. Im Jahr 2000 waren es 168 EUR.



Aus Deutschland

Wieder mehr Schulanfänger im Schuljahr 2002/2003



Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2002/2003 wurden in Deutschland rund 802 500 **Kinder eingeschult**, 17 900 oder 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Damit ist der seit dem Schuljahr 1996/1997 anhaltende Rückgang der Schulanfängerzahlen unterbrochen worden. Allerdings wird in den nächsten Jahren nach einer Prognose der Kultusministerkonferenz der Länder wegen der derzeit absehbaren demographischen Entwicklung wieder mit Rückgängen bei den Einschulungen gerechnet: Die Einschulungen könnten nach diesen Prognosen auf etwa 700 000 im Jahr 2015 zurückgehen.

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Einschulungen in den **neuen Ländern** mit 6,6 Prozent (+ 6 800) deutlich stärker als im **früheren Bundesgebiet** mit 1,6 Prozent (+ 11 100). Damit gibt es in Ostdeutschland erstmals seit der Wiedervereinigung - der ersten Vorlage bundeseinheitlicher Zahlen - mehr Schulanfänger als im Vorjahr. Dennoch war die Zahl der Einschulungen im Schuljahr 2002/2003 mit rund 108 700 nur noch etwa halb so hoch wie 1992/1993 (235 300).

Der überwiegende Teil der Schulanfänger im Schuljahr 2002/2003 begann seine Schullaufbahn in Grundschulen (95,8 Prozent). 3,0 Prozent der Jungen und Mädchen wurden in Sonderschulen, 0,7 Prozent in Freien Waldorfschulen und 0,5 Prozent in integrierten Gesamtschulen eingeschult. Der Anteil der Mädchen an allen Schulanfängern betrug 48,5 Prozent, in Sonderschulen dagegen 34,3 Prozent. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Literaturbestand der Bibliothek des Statistischen Bundesamtes im Internet



Seit der diesjährigen Frankfurter Buchmesse vom 9. bis 14. Oktober 2002 präsentiert das Statistische Bundesamt unter www.destatis.de/bibliothek das Angebot seiner statistischen Spezialbibliothek im Internet. Kernstück ist der so genannte **webOPAC**, ein Online-Katalog, der die Bestände der Bibliothek ab 1982 nachweist.

Bücher, Zeitschriften, Konferenzberichte sowie elektronische Publikationen machen die Bibliothek des Statistischen Bundesamtes mit einem Bestand von über 500 000 Medieneinheiten zu einer der größten Spezial- und Behördenbibliotheken in Deutschland. Den Schwerpunkt bildet deutsche und internationale Literatur zu statistischen Methoden und Ergebnissen; daneben ist der Bestand an wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Publikationen von Bedeutung. Gesammelt werden auch Veröffentlichungen zu Themengebieten wie Umwelt, Recht und Verwaltung. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Neu gestaltetes Internet-Datenangebot der Auslandsstatistik



Auf den Internet-Seiten des Statistischen Bundesamtes steht seit kurzem ein neu konzipiertes **Online-Datenangebot zur Auslandsstatistik** bereit. Mit den so genannten „Internationalen Übersichten“ hat der Nutzer die Möglichkeit, 13 Basisindikatoren für fast alle Länder der Erde abzurufen. Durch die Auswahl des entsprechenden Suchbegriffs kann man sich u. a. Angaben über die Bevölkerung und deren Lebensstandard, über den Arbeitsmarkt, die Wirtschaftsentwicklung und den Außenhandel anzeigen lassen und gewinnt so einen schnellen Überblick über die aktuellen Grundstrukturen des jeweiligen Landes.

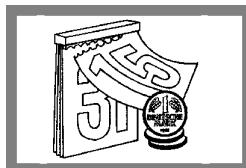
Die statistischen Basisindikatoren über mehr als 160 Länder der Erde beruhen überwiegend auf internationalen Vergleichsstatistiken der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Teilweise wurden auch Angaben aus den amtlichen nationalen Statistiken einzelner Länder verwendet.

Eine Besonderheit des neuen Datenangebots ist, dass die Wahl zwischen verschiedenen Darstellungsweisen besteht. So können entweder einzelne Länderübersichten abgerufen oder weltweite Vergleichstabellen zu allen angebotenen Indikatoren generiert werden, die zudem wahlweise die Länder in alphabetischer Reihenfolge oder nach dem Wert des jeweiligen Indikators geordnet darstellen.

Wer sich ein eigenes Bild vom neuen Auslandsdaten-Internetangebot machen möchte, findet die „Internationalen Übersichten“ unter der Rubrik „Internationales“ auf www.destatis.de. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aus Europa

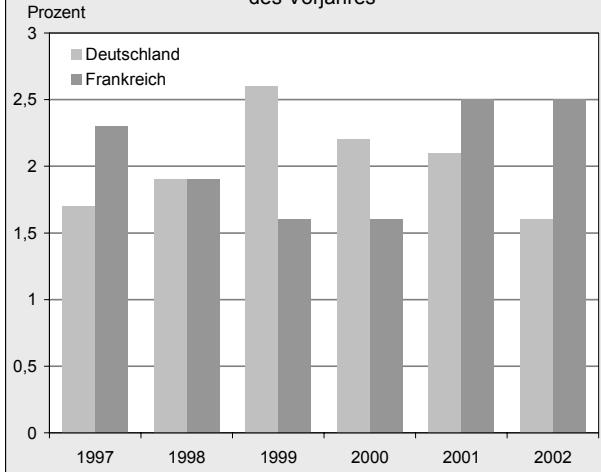
In Frankreich höhere Lohnsteigerungen als in Deutschland



Im zweiten Quartal 2002 lagen die **Monatslöhne und -gehälter** der Arbeiter und Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland um 1,6 Prozent und in Frankreich um 2,5 Prozent höher als vor Jahresfrist. Die Verbraucherpreise stiegen in diesem Zeitraum in Deutschland um 1,2 Prozent, in Frankreich um 1,6 Prozent.

In Deutschland beträgt die tarifliche **Wochenarbeitszeit** - seit einigen Jahren unverändert - durchschnittlich gut 37 Stunden. In Frankreich hatte sie im Jahr 1999 mit 38,5 Stunden um anderthalb Stunden höher gelegen. Mit Inkraft-Treten des Gesetzes über die Arbeitszeitverkürzung am 1. Januar 2000 hatte sich die tarifliche Wochenarbeitszeit in Frankreich bereits im Jahr 2000 auf gut 37 Stunden verkürzt. Im Jahr 2001 nahm sie auf 36,3 Stunden und bis zum zweiten Quartal 2002 auf 35,8 Stunden ab. Sie liegt damit um knapp anderthalb Stunden unter der tariflichen Wochenarbeitszeit in der deutschen gewerblichen Wirtschaft. Diese Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich bewirkte, dass die **Stundenlöhne/-gehälter** in Frankreich binnen Jahresfrist mit + 3,8 Prozent weitaus stärker stiegen als in Deutschland (+ 1,6 Prozent).

**Lohn-/Gehaltsindizes in Deutschland und Frankreich im 2. Quartal
Veränderung gegenüber dem Berichtsquartal des Vorjahrs**

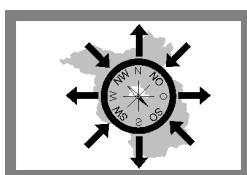


Für den deutsch-französischen Vergleich wurden vom Statistischen Bundesamt und vom französischen Statistischen Zentralamt (INSEE) Indikatoren zur kurzfristigen Lohn- und Arbeitszeitentwicklung konzipiert, die quartalsweise zeitgleich in Wiesbaden und Paris veröffentlicht werden.

Den dargestellten Veränderungsraten liegen Indizes zugrunde, die in Deutschland auf Auswertungen einer großen Anzahl von Tarifverträgen für den ersten Monat jedes Quartals sowie auf ausgewählten Tarifverträgen für jeden Monat, in Frankreich auf einer vierteljährlichen Erhebung für den letzten Monat jedes Quartals bei Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten beruhen. Einbezogen werden die Wirtschaftsbereiche Produzierendes Gewerbe, Handel, Transport und Nachrichtenübermittlung sowie Kredit- und Versicherungsgewerbe.

Als Löhne/Gehälter werden in Deutschland die tariflichen Grundlohn-/gehaltssätze nachgewiesen, in Frankreich die Basislöhne und -gehälter, jeweils ohne Zulagen und Prämien sowie Einmalzahlungen. Die Indizes werden für eine konstante Arbeitnehmerstruktur berechnet (Laspeyres-Indizes). (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Studienaufenthalt polnischer DV-Experten zum Thema Außenhandel



Vom 9. bis 13. September 2002 waren fünf Mitarbeiter des EDV-Zentrums des **Statistischen Zentralamtes Polens** im Rahmen eines Studienaufenthaltes im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden zu Gast.

Ziel war es, die IT-Abläufe und die dabei eingesetzten DV-Programme in der deutschen **Außenhandelsstatistik** näher kennen zulernen. Mit dem Besuch wurde der gegenseitige Erfahrungsaustausch zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Statistischen Zentralamt Polens fortgesetzt. Zugleich war er die vierte von sechs vorgesehenen Konsultationen zum Außenhandel im Rahmen des so genannten „**Twinning-Projektes**“. Diese Twinning-Projekte zwischen Behörden der EU-Länder und der Beitrittskandidaten haben das Ziel, die statistischen Ämter der Beitrittsländer dabei zu unterstützen, die durch den EU-Beitritt auf sie zukommenden Anforderungen - in diesem Fall die Einführung der **Intrahandelsstatistik** möglichst bald erfüllen zu können. Die Statistik-Kooperation umfasst in erster Linie Studienaufenthalte und Beratungsgespräche zwischen einzelnen Fachgruppen der jeweiligen Ämter. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

46. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm/ 88. Konferenz der Leiter der statistischen Zentralämter

Unter Teilnahme der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) und weiterer Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums fanden am 18. September 2002 die **46. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm** (ASP)/35. EWR-Konferenz und am 19./20. September 2002 die **88. Konferenz der Leiter der statistischen Zentralämter** in Palermo statt.

Der ASP stimmte dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission über die Anpassung der die allgemeine und berufliche Bildung betreffenden Variablen der **Arbeitskräfteerhebung** zu. Die Verordnung wird Basis für die Arbeitskräfteerhebung 2003 sein, damit die Kompatibilität mit dem für 2003 vorgesehenen Ad-hoc-Modul zum lebenslangen Lernen gewährleistet ist.

Die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) vorgesehene Strategie zur **Verbesserung der Dienstleistungsstatistik** wurde begrüßt. Die wirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungssektors soll sich künftig in der Statistik besser widerspiegeln. Der ASP unterstrich die Notwendigkeit, hierbei nicht nur Strukturdaten, sondern auch die kurzfristigen Konjunkturstatistiken einzubeziehen.

Für die Statistik über die Informationsgesellschaft stellte **Eurostat** ebenfalls einen Aktionsplan vor, der eng mit der Strategie der **Dienstleistungsstatistik** verknüpft ist. Das Europäische Statistische System wird u. a. an der Definition von **Benchmarking-Indikatoren** mitwirken, die von der Politik im Rahmen der e-Europe 2005 Initiative benötigt werden.

Der ASP begrüßte den Bericht der hochrangigen Expertengruppe „**Friends of the Chair**“, an der auch das Statistische Bundesamt beteiligt war. Der Bericht enthält eine Auswahl wichtiger Schlüsselindikatoren aus dem Bereich der kurzfristigen Wirtschaftsstatistiken.

Zentrales Thema der 88. Konferenz der Leiter der Statistischen Zentralämter der EU und des EWR am 19./20. September 2002 war die **Weiterentwicklung des Europäischen Statistischen Systems**. Dabei wurde dieses Thema aus verschiedenen Blickwinkeln behandelt, und zwar aus Sicht der Beitrittskandidaten, aus der Sicht eines kleinen und großen Mitgliedstaates, aus der Perspektive von Eurostat und aus der Perspektive der europäischen Nutzer von Statistiken. Der Beitrag des Statistischen Bundesamtes ist in der Ausgabe September 2002 von „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht worden. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 2000

Seit 1996 sieht das Gesetz über die Steuerstatistik eine jährliche Durchführung der Umsatzsteuerstatistik vor, um ihre Struktur und Wirkungsweise besser beurteilen zu können. Im Jahr 2000 wurden im Land Brandenburg rund 77 400 Unternehmen in die Umsatzsteuerstatistik einbezogen, die insgesamt einen steuerbaren Umsatz von 51,0 Milliarden Euro erzielten. Hiervon entfielen allein 50,0 Milliarden Euro auf Lieferungen und Leistungen.

Generell bietet die Umsatzsteuerstatistik sowohl für die Steuer- als auch für die Wirtschaftspolitik wichtige Informationen. Sie ist u. a. auch für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eine wichtige Erkenntnisquelle, insbesondere im Hinblick auf die Ermittlung von Bruttoproduktionswerten im Dienstleistungsbereich.

Im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik wurden im Land Brandenburg 77 379 Unternehmen erfasst, die im Jahr 2000 monatlich oder vierteljährlich Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgaben und einen **Umsatz aus Lieferungen und Leistungen** von mindestens 32 500 DM (16 617 EUR) tätigten.

Die Zahl der Unternehmen erhöhte sich gegenüber 1999 um 589 (0,8 Prozent). Sie erzielten einen steuerbaren Umsatz von 51,0 Milliarden EUR. Hiervon entfielen 50,0 Milliarden EUR auf Lieferungen und Leistungen, welche die Wirtschaftskraft der Unternehmen widerspiegeln. Gegenüber 1999 bedeutet dies einen minimalen Rückgang der Lieferungen und Leistungen von 35,5 Millionen EUR bzw. 0,1 Prozent.

Im Landesdurchschnitt betrug der Umsatz aus Lieferungen und Leistungen mehr als 645 000 EUR je Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein leichter Rückgang.

Auf die innergemeinschaftlichen Erwerbe 2000, die als Umsätze des EU Binnenmarktes gesondert ausgewiesen werden, entfielen 1,1 Milliarden EUR. Dies bedeutet eine Steigerung von mehr als 405 Millionen EUR bzw. 61,4 Prozent gegenüber 1999. Der Anteil der innergemeinschaftlichen Erwerbe 2000 an den steuerbaren Umsätzen insgesamt betrug 2,1 Prozent. Von den 50,0 Milliarden EUR aus Lieferungen und Leistungen 2000 waren 45,2 Milliarden EUR steuerpflichtige und 4,7 Milliarden EUR steuerfreie Umsätze.

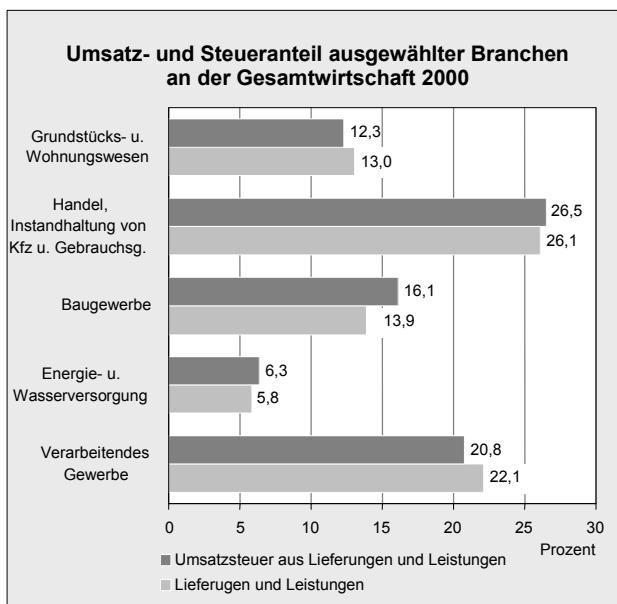
Mit dem Regelsteuersatz 16 v. H. wurden 39,6 Milliarden EUR (87,5 Prozent) der steuerpflichtigen Umsätze aus Lieferungen und Leistungen besteuert. Gegenüber 1999 verminderten sich diese um 1,4 Milliarden EUR (3,3 Prozent) auf 39,6 Milliarden EUR. Die Umsätze, denen der ermäßigte Steuersatz von 7 v. H. zu Grunde lag, erhöhten sich um 5,1 Prozent auf 5,7 Milliarden EUR.

Die Umsatzsteuerpflichtigen berechneten 2000 ihren Abnehmern 6,9 Milliarden EUR Umsatzsteuer. Dies entspricht einer Entwicklung zu 1999 von minus 2,2 Prozent. Abzüglich der abziehbaren Vorsteuerbeträge von 5,0 Milliarden EUR wurde ein Betrag als Umsatzsteuer-Vorauszahlung in Höhe von 1,9 Milliarden EUR an die zuständigen Finanzämter abgeführt. Bei der Vorstatistik 1999 waren es 2,0 Milliarden EUR.

Umsatzsteuerpflichtige, steuerbarer Umsatz und Umsatzsteuer 1998, 1999 und 2000

Merkmal	Einheit	1998	1999	2000	Veränderungen		
					1999 zu 1998	2000 zu 1999	2000 zu 1998
Steuerpflichtige	Anzahl	74 883	76 790	77 379	+ 2,5	+ 0,8	+ 3,3
Lieferungen und Leistungen	Mill. EUR	49 450	49 989	49 953	+ 1,1	- 0,1	+ 1,0
Steuerfrei mit Vorsteuer-Abzug	Mill. EUR	1 674	1 696	2 919	+ 1,4	+ 72,1	+ 74,4
Steuerfrei ohne Vorsteuer-Abzug	Mill. EUR	1 671	1 838	1 804	+ 9,9	- 1,8	+ 8,0
Steuerpflichtig zu 15 bzw. 16 % ¹⁾	Mill. EUR	40 580	40 937	39 570	+ 0,9	- 3,3	- 2,5
Steuerpflichtig zu 7 %	Mill. EUR	5 515	5 468	5 747	- 0,8	+ 5,1	+ 4,2
Umsatzsteuer v. Abzug d. Vorsteuer-Beträge	Mill. EUR	6 877	7 035	6 880	+ 2,3	- 2,2	0,0
Abziehbare Vorsteuer-Beträge	Mill. EUR	4 950	5 046	4 958	+ 1,9	- 1,7	+ 0,2
Umsatzsteuer-Vorauszahlungen	Mill. EUR	1 923	1 987	1 922	+ 3,4	- 3,3	0,0

1) Regelfeuersatz bis 31.03.1998 15 Prozent, ab 01.04.1998 16 Prozent



Wie bereits 1999 hatte auch 2000 der Handel mit 26,1 Prozent (13,0 Milliarden EUR) den größten Anteil am steuerbaren Umsatz aus Lieferungen und Leistungen erbracht. Gegenüber 1999 verringerte sich der prozentuale Anteil um 0,7 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe erzielte einen Anteil von 22,1 Prozent (11,0 Milliarden EUR). Das entspricht einem Plus zum Vorjahr von 1,9 Prozent. Das Baugewerbe erreichte einen Anteil von 13,9 Prozent (7,0 Milliarden EUR) und verringerte sich somit um 2,4 Prozent zu 1999.

In den vorgenannten Gewerben besteht bei der Umsatzsteuer die gleiche Reihenfolge wie bei den Lieferungen und Leistungen. Auch hier dominiert der Handel mit einem Anteil von 26,5 Prozent. Zur Vorstatistik 1999 verringerte sich der Anteil um 0,7 Prozent.

Gegenüber 1999 erhöhte sich der Anteil um 0,8 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe erzielte einen Anteil von 20,8 Prozent und das Baugewerbe von 16,1 Prozent. Im Baugewerbe sank der Anteil zu 1999 um 2,4 Prozent.

Rund 71 Prozent der Umsatzsteuerpflichtigen waren Einzelunternehmen. Ihre Zahl erhöhte sich zur Vorstatistik 1999 um 267 Unternehmen (0,5 Prozent) auf insgesamt 54 675. Mit 11,9 Milliarden EUR haben sie zwar nur knapp ein Viertel (23,7 Prozent) der Lieferungen und Leistungen erzielt, jedoch mit rund 0,6 Milliarden EUR fast ein Drittel (31,0 Prozent) der Umsatzsteuer-Vorauszahlungen getätigt.

Gemessen an den Umsätzen aus Lieferungen und Leistungen ist wie 1999 die GmbH die bedeutendste Rechtsform in Brandenburg. Mit 12 703 Steuerpflichtigen erzielten sie mit 23,4 Milliarden EUR 2000 einen Anteil von 46,9 Prozent. Bei der Vorstatistik 1999 betrug der Anteil 41,6 Prozent. Gegenüber der Vorstatistik 1999 erhöhten sich die Lieferungen und Leistungen um 12,8 Prozent. Die Umsatzsteuervorauszahlungen der Rechtsform GmbH betrugen 0,6 Milliarden EUR (33,2 Prozent). Das entspricht einer Veränderung gegenüber 1999 von -3,6 Prozent.

Bei den Betrieben gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts verringerten sich die Steuerpflichtigen um 6,1 Prozent und trotzdem erhöhten sich die Lieferungen und Leistungen um 2,7 Prozent. Die OHG erwirtschaftete 5,5 Milliarden EUR und erreichte damit einen Anteil von 11,0 Prozent. Im Jahr 1999 betrug der Anteil 11,6 Prozent. Die AG hatten im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von 2,5 Milliarden EUR (52,7 Prozent) an Lieferungen und Leistungen, trotzdem sich die Anzahl der Steuerpflichtigen um 33 (52,4 Prozent) auf 96 erhöhte.

Rechtsform	Umsatzsteuerpflichtige, Lieferungen und Leistungen sowie Umsatzsteuer-Vorauszahlungen 2000 nach Rechtsformen								
	Anzahl	Steuerpflichtige		Mill. EUR	Lieferungen und Leistungen		Mill. EUR	Umsatzsteuervorauszahlungen	
		Anteil	Veränderung gegenüber 1999		Anteil	Veränderung gegenüber 1999		Anteil	Veränderung gegenüber 1999
		Prozent				Prozent		Prozent	
Einzelunternehmen	54 675	70,7	+ 0,5	11 852	23,7	- 2,1	595	31,0	- 0,5
Offene Handelsgesellschaft	7 459	9,6	+ 2,6	5 480	11,0	- 5,5	432	22,5	- 2,7
Kommanditgesellschaft	1 239	1,6	+ 4,1	5 010	10,0	+ 6,8	147	7,6	- 7,5
Aktiengesellschaft	96	0,1	+ 52,4	2 250	4,5	- 52,7	116	6,0	- 10,1
Gesellschaft mit beschränkter Haftung	12 703	16,4	+ 0,1	23 447	46,9	+ 12,8	639	33,2	- 3,6
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	472	0,6	- 1,9	1 141	2,3	- 1,3	2	0,1	+ 100,0
Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts	77	0,1	- 6,1	114	+ 0,2	+ 2,7	0	0,0	x
Sonstige Rechtsformen	658	0,9	+ 8,9	660	+ 1,3	+ 12,6	- 10	- 0,5	- 233,3
Insgesamt	77 379	100	+ 0,8	49 953	100	- 0,1	1 922	100	- 3,3

Jürgen Dymansky

Hochschulfinanzen im Jahr 2000

In der Hochschulfinanzstatistik werden die Einnahmen und Ausgaben der staatlichen und privaten Hochschulen eines Landes in fachlicher und haushaltsmäßiger Gliederung bereitgestellt. Die Hochschulfinanzstatistik zeigt Unterschiede in der Finanzausstattung zwischen den einzelnen Fächergruppen und den Hochschulen auf. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse für das Jahr 2000 dargestellt.

Die **Ausgaben** für Lehre und Forschung an den Hochschulen des Landes Brandenburg sanken im Jahr 2000 um 4,5 Prozent auf 327,7 Millionen EUR. Die Personalausgaben aller Hochschulen erreichten eine Höhe von 202,4 Millionen EUR und lagen um 1,2 Prozent über den Vorjahresangaben. Ihr Anteil an den Ausgaben insgesamt betrug 61,8 Prozent. Die übrigen laufenden Ausgaben mit 53,0 Millionen EUR erhöhten sich um 1,1 Prozent. Die Baumaßnahmen sanken um 24,0 Prozent auf 54,3 Millionen EUR, während die übrigen Investitionsausgaben um 6,3 Prozent auf 18,0 Millionen EUR zurückgingen.

Die **Einnahmen** der Hochschulen betrugen 37,7 Millionen EUR, darunter waren 2,9 Millionen EUR Verwaltungseinnahmen und 34,8 Millionen EUR Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

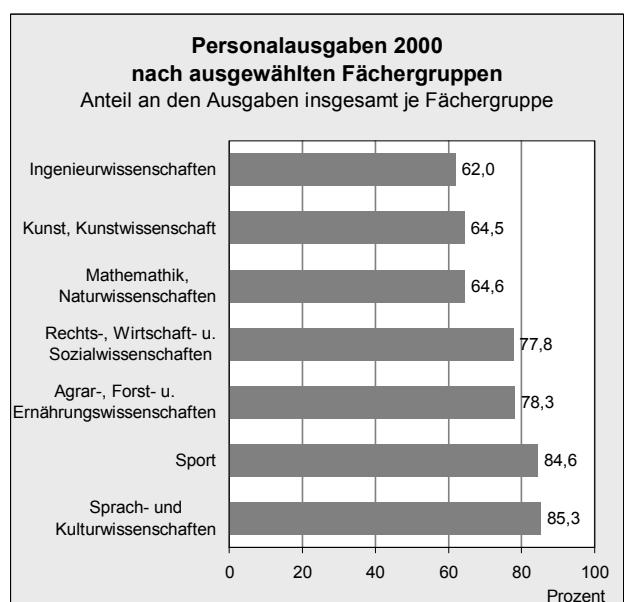
Entwicklung der Hochschulausgaben und -einnahmen 1996 bis 2000						
Jahr	Ausgaben insgesamt	darunter		Einnahmen insgesamt	darunter	
		Personalausgaben	Investitionsausgaben		Verwaltungseinnahmen	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke
1 000 EUR						
1996	327 944	172 411	99 342	24 997	3 104	21 893
1997	340 576	180 598	112 759	30 643	3 223	27 420
1998	336 885	184 561	104 143	35 350	3 332	32 018
1999	342 983	199 972	90 642	34 206	3 267	30 939
2000	327 690	202 417	72 307	37 726	2 935	34 791

Bei den einzelnen **Hochschularten** verzeichnete die Kunsthochschule einen Anstieg der Gesamtausgaben um 5,4 Millionen EUR auf 17,5 Millionen EUR bedingt durch die Übernahme des Neubaus der Filmhochschule. Die Ausgaben der Universitäten verringerten sich um 3,8 Prozent auf 222,9 Millionen EUR gegenüber dem Vorjahr und die der

Fachhochschulen um 13,5 Prozent auf 68,0 Millionen EUR. Auf die drei Universitäten entfielen mit 68,0 Prozent zwei Drittel der gesamten Ausgaben, die Fachhochschulen beanspruchten 20,8 Prozent, die Verwaltungsfachhochschulen 5,9 Prozent und die Kunsthochschule 5,4 Prozent.

Bei der Betrachtung der **Hochschulausgaben nach Fächergruppen** gingen die Ausgaben in fast allen Fächergruppen zurück. Nur im Bereich „Zentrale Einrichtungen (ohne Hochschulkliniken)“ stiegen die Ausgaben um 3,1 Prozent (2,6 Millionen EUR). Die „Zentralen Einrichtungen (ohne Hochschulkliniken)“ hatten mit 84,5 Millionen EUR einen Anteil von 25,8 Prozent an den Ausgaben aller Hochschulen, die „Ingenieurwissenschaften“ mit 67,4 Millionen EUR einen Anteil von 20,6 Prozent und der Bereich „Mathematik, Naturwissenschaften“ mit 55,5 Millionen EUR 16,9 Prozent.

Die Verteilung der einzelnen Ausgabearten zeigt, dass die **Personalausgaben** weiterhin den Schwerpunkt in fast allen Fächergruppen bildeten. In der Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften“ war der Personalkostenanteil wie in den Vorjahren mit 85,3 Prozent am höchsten.



Andrea Gericke

Registergestützter Zensustest

Was ist bisher passiert und wie geht es weiter?

Traditionelle Volkszählungen waren bisher stets mit einer vollständigen Befragung aller Einwohner durch Interviewer verbunden. Aus Kosten- und Akzeptanzgründen bei der Bevölkerung haben die Bundesregierung und die Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder beschlossen, den Methodenwechsel von einer primärstatistischen Vollerhebung zu einer hauptsächlich registergestützten Datengewinnung einzuleiten.

Auf der Grundlage des Gesetzes zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus (Zensusvorbereitungsgesetz) vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S.1882) waren zur Abschätzung der Tragfähigkeit des Alternativkonzepts unterschiedliche Tests als Stichprobenerhebungen zum Stichtag 05. Dezember 2001 durchzuführen. In Brandenburg wurden die Datenerhebungen im Wesentlichen im Mai 2002 abgeschlossen. Im Anschluss begann die Phase der Plausibilisierung, Zusammenführung und der Auswertung der unterschiedlichen Stichprobenerhebungen, die gegenwärtig noch nicht abgeschlossen ist.

Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über die bisher durchgeführten Arbeitsschritte und zeigt aufgetretene Probleme und Besonderheiten der Datenlieferungen der Meldeämter auf. Qualitative Wertungen können aufgrund der gegenwärtig noch andauernden Untersuchungen nicht erfolgen. Ein kurzer Blick auf die weiteren Aufgaben beschließt die Darstellung.

Inhalt und Umfang

Im Allgemeinen beinhaltet der Zensustest Testerehebungen auf Stichprobenbasis sowie Register- und statistisch-methodische Untersuchungen:

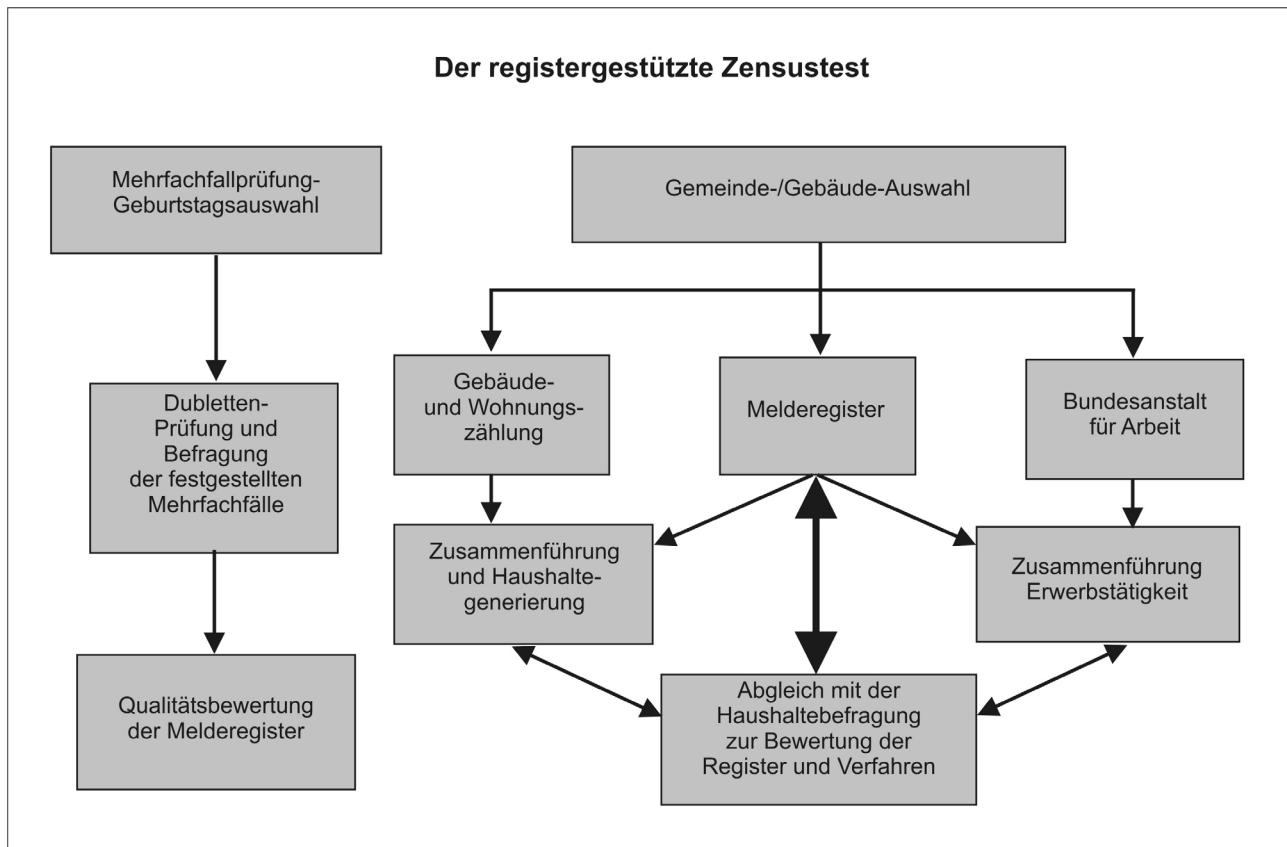
- Stichprobenerhebung bei allen Meldebehörden zur Prüfung von Mehrfachmeldungen (**Mehrfachfallprüfung**)
- Stichprobenerhebungen bei ausgewählten Meldebehörden und ausgewählten Gebäuden zur Untersuchung der Melderegister auf Über- und Untererfas-sungen - **Karteileichen/Fehlbestände** (Register- und Verfahrenstest)
- **Haushaltebefragung** in ausgewählten Gemeinden und ausgewählten Gebäuden (Register- und Verfahrenstest)
- Postalische **Gebäude- und Wohnungszählung** in ausgewählten Gemeinden (Verfahrenstest)
- Stichprobenerhebung bei der Bundesanstalt für Arbeit - **erwerbsstatistische Erhebung** (Verfahrenstest)
- **Zusammenführung** von Datensätzen aus den verschiedenen Erhebungen (Register- und Verfahrenstest)
- Test des **Haushaltegenerierungsverfahrens** und Erstellung eines zensusähnlichen Personendatensatzes (Verfahrenstest)

Der Erhebungsumfang der Stichprobenerhebungen (Register- und Verfahrenstest) für die einzelnen Bundesländer wurde beim Statistischen Bundesamt (StBA) mit einem mathematisch-statistischen Zufallsverfahren ermittelt. So waren in Brandenburg 48 Gemeinden mit 2 760 Gebäuden in die Stichprobe Registerstest und darunter 17 Gemeinden mit 1 010 Gebäuden in die Stichprobe Verfahrenstest (Unterstichprobe) einzubeziehen. Die Anzahl der Gebäude je Gemeinde wurde nach ihrer Gemeindegröße festgelegt.

Für die inhaltliche Vorbereitung der Tests, die Koordinierung der Arbeiten zwischen den Statistischen Landesämtern und die Auswertung des registergestützten Zensus-tests wurden beim StBA Projektgruppen gebildet. Der LDS BB ist in den Projektgruppen zur Haushaltegenerierung, zur erwerbsstatistischen Erhebung, zur Evaluation der Ergebnisse und nicht zuletzt im Lenkungsausschuss eingebunden.

Mehrfachfallprüfung

Personen, die mit mehr als einer alleinigen oder Hauptwohnung im Melderegister gemeldet sind, führen zu einer unberechtigten Erhöhung der Einwohnerzahlen der Melderegister und werden als **Mehrfachfälle** bezeichnet. Diese Personen sind bei einem Zensus aufzufinden und nur bei der Gemeinde ihrer tatsächlichen alleinigen oder Hauptwohnung zu zählen.



Die Mehrfachfallprüfung im Rahmen des registergestützten Zensustests umfasst eine **Datenerhebung** bei allen Meldebehörden, eine **Dublettenprüfung** auf Bundesebene und eine schriftliche Befragung der Personen mit mehreren alleinigen und/oder Hauptwohnungen sowie nur mit Nebenwohnung(en).

Von den 217 Meldebehörden Brandenburgs wurden für alle am 05. Dezember 2001 gemeldeten Personen mit Geburtstag am 01. Januar, 15. Mai oder 01. September (alle Geburtsjahrgänge) und für Personen mit unvollständigem Geburtsdatum im Melderegister ausgewählte Merkmale nach einheitlicher Datensatzbeschreibung abgefordert. Zum 31. März 2002 wurde diese Datenerhebung wiederholt, um nachträgliche Veränderungen im Melderegister (Wanderungen, natürliche Bevölkerungsbewegung) zum Stichtag 05. Dezember 2001 zu erfassen und damit die Stichtagsrelevanz der Erhebung zu sichern. Der **Stichprobenumfang** umfasste in Brandenburg ca. 23 200 Personen, rund 1,2 Prozent der Brandenburger Bevölkerung.

Die Datenlieferungen der Meldebehörden wurden im LDS BB formatiert, plausibilisiert und an das StBA zur bundesweiten Dublettenprüfung übergeben. Nach der Ermittlung der Mehrfachfälle wurden diese Personen zu ihrem tat-

sächlichen Wohnsitz befragt. In Brandenburg waren es 222 Personen, knapp ein Prozent des Stichprobenumfangs. Fast die Hälfte dieser befragten Personen hatte nur eine Nebenwohnung und 24 Prozent waren im Ausland geborene Personen. Die Befragung ist noch im Gange, derzeit sind 72 Prozent der Mehrfachfälle geklärt.

Zusätzlich übergaben alle Meldebehörden die Anzahl der gemeldeten Personen nach Staatsangehörigkeit und Wohnungsstatus. Aus den Einwohnerzahlen werden zur Zeit beim StBA die Hochrechnungsfaktoren für die einzelnen Stichprobenerhebungen ermittelt.

Karteileichen und Fehlbestände

Kernstück des registergestützten Zensustests bildet die **Untersuchung der Melderegister auf Über- und Unterfassungen** (Karteileichen/Fehlbestände). Im Ergebnis der Auswertung soll herausgearbeitet werden:

- Können bei einem Zensus die amtlichen Einwohnerzahlen auf der Basis einer stichtagsgenauen Auswertung aller Melderegister mit ausreichender Genauigkeit ermittelt werden?

- Können Verfahren entwickelt werden, mit denen im Bereich der Statistik die Melderegisterdaten um Über- und Untererfassungen bereinigt werden können und kann damit die Qualität der Zensusergebnisse verbessert werden?

Als Grundlage für die Gebäudeauswahl übermittelten die Meldebehörden der 48 ausgewählten Gemeinden die Anschriften aus dem Melderegister, unter denen Personen gemeldet waren.

Nach der Stichprobenziehung für den Register- und Verfahrenstest im LDS BB übergaben die Meldebehörden zum Stichtag 05. Dezember 2001 für die in den ausgewählten Gebäuden gemeldeten Personen bestimmte Merkmale aus dem Melderegister wieder nach einheitlicher Datensatzbeschreibung. Für die Personen in Gebäuden des Verfahrenstests war ein ausführlicherer Datensatz zu liefern.

Zum 31. März 2002 wurde diese Datenerhebung wie bei der Mehrfachfallprüfung wiederholt.

Die formatierten und plausibilisierten Personendatensätze aus beiden Datenlieferungen der Meldebehörden (MR1 und MR2) wurden maschinell und manuell zusammengeführt. Als Ergebnis entstand MR3 mit Personen in MR1 und MR2 bzw. nur in MR1 oder MR2. Dieser Datenbestand von rd. 32 800 Personen in 2 760 Gebäuden bildete die Grundlage für weitere Schritte der Zusammenführung mit anderen Stichprobenerhebungen.

Zusammenführung von MR3 und Haushaltebefragung

Im Rahmen der maschinellen Zusammenführung der Datenbestände MR3 und Haushaltebefragung über Namen, Geschlecht und Geburtsdatum wurden Personendatensätze, die in beiden Datenbeständen vorhanden waren, als paarige Fälle gekennzeichnet und erhielten eine einheitliche Personennummer. Der in beiden Erhebungen verbliebene unpaarige Datenbestand (insgesamt rund 7 000 Datensätze) wurde manuell auf weitere paarige Fälle geprüft, für die anschließend die Zusammenführung erfolgte. Damit wurden Unpaarigkeiten aufgrund von Erfassungs- oder Erhebungsfehlern bei der Haushaltebefragung ausgeräumt.

Die dann immer noch unpaarigen Fälle wurden maschinell mit der sogenannten K/F-Kennziffer gekennzeichnet:

- Fälle in MR3 und nicht in der Haushaltebefragung als **Karteileichen** des Melderegisters und
- Fälle in der Haushaltebefragung und nicht in MR3 als **Fehlbestände**.

Diese zeitaufwendigen Arbeitsschritte erforderten ein besonderes hohes Maß an Korrektheit, da die Qualität der Melderegister an der ermittelten Anzahl Karteileichen und Fehlbestände gemessen wird.

Zusammenführung von MR3, Haushaltebefragung und Post Direkt-Datei

Ziel dieses Arbeitsschrittes war zu untersuchen, ob die Datei der Postempfänger für einen zukünftigen Zensus genutzt werden kann.

Die Post Direkt-Datei enthielt die Namen und Vornamen der postbeziehenden Personen in den für die Stichprobe ausgewählten Gebäuden. Über ein Namensabgleichprogramm erfolgte eine maschinelle und danach mittels Sichtkontrolle eine manuelle Zusammenführung mit dem Ergebnis:

Mit der Post Direkt-Datei waren paarig:

- 46 Prozent der Personendatensätze in MR3 und
- 47 Prozent der Personendatensätze in der Haushaltebefragung.

Rund 82 Prozent der Personendatensätze in der Post Direkt-Datei waren in MR3 und/oder in der Haushaltebefragung vorhanden.

Besonderheiten der Datenerhebungen bei den Meldebehörden

Die Phase der Datenerhebungen war durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Meldebehörden, ihren Softwarefirmen und dem LDS BB geprägt. Anfangs waren in Brandenburg **14 Softwarefirmen** präsent, die für die Pflege und den Einsatz der Programme in den Meldebehörden zuständig waren. Diese Zahl reduzierte sich im Laufe der Datenerhebungen auf 11. Einige Softwarefirmen programmierten die zu liefernden Datensätze im Rahmen der bestehenden Pflege- und Wartungsverträge für ihre Meldebehörden kostenfrei. Anderen Meldebehörden entstanden zum Teil erhebliche zusätzliche Kosten.

Bei der Bearbeitung der Datenlieferungen der Meldebehörden traten häufig nicht vorhersehbare Schwierigkeiten auf und es entstand ein Zeitverzug. So mussten einige Meldebehörden an die Termine erinnert oder telefonische Rückfragen gestellt werden. Auch nahmen die Formationsarbeiten mehr Zeit in Anspruch als eingeschätzt wurde.

Die Daten zur **Mehrfachfallprüfung** lieferten aus Kostengründen 2 von 217 Meldebehörden in Absprache mit dem LDS BB in schriftlicher Form, die manuell zu erfassen waren. Von 26 Meldebehörden waren die Dateien aufgrund defekter Disketten oder unvollständiger Datenlieferungen nicht zu verarbeiten und es wurden neue Dateien abgefordert.

Bei den Datenlieferungen zur Feststellung der **Karteileichen und Fehlbestände** traten ähnliche Probleme auf. Hier wurden bei rund 44 Prozent der Gemeinden neue Datenlieferungen veranlasst.

Aufgrund der vor und während der Erhebungsphase in Brandenburg stattgefundenen **Gemeindegebietsreform** entstand ein zusätzlicher Bearbeitungsaufwand im LDS BB. Den Datenerhebungen wurde der Gebietsstand vom 01. August 2001, dem Zeitpunkt der Gebäudeauswahl, zugrunde gelegt. Zum Stichtag 05. Dezember 2001 und besonders zur 2. Datenlieferung zum 31. März 2002 hatten sich viele Gemeinden zusammen geschlossen. Auch eine Vielzahl Straßennamen- und Hausnummernänderungen zwischen den Datenlieferungen erschwerten die Bearbeitung. Bei der Mehrfachfallprüfung konnte der hohe Korrekturaufwand nur durch zusätzliche Programmierung von Arbeitsschritten bewältigt werden.

Haushaltebefragung

Bei der Vorbereitung eines registergestützten Zensus stellt die Befragung von Personen und Haushalten ein wichtiges Element der Qualitätsprüfung dar. Diese klassische primärstatistische Erhebung liefert das **empirische Vergleichsmaterial** für die Bewertung der im Zensustest zu erprobenden Verfahren sowie zur Bewertung der Zensustauglichkeit der Melderegisterangaben und der Angaben der Register der Bundesanstalt für Arbeit.

Insgesamt sind in Brandenburg rd. 32 500 Personen in 48 Gemeinden zeitnah zum Erhebungsstichtag 05. Dezember 2001 zu ihren demographischen Hauptmerkmalen befragt worden. Überhänge und Fehlbestände des Melderegisters können damit als Differenzen zu den Feststellungen der Haushaltebefragung ermittelt werden.

Im Rahmen des Verfahrenstests wurden rd. 15 000 Personen zusätzlich zur Erwerbstätigkeit, zu ihrer Stellung im Haushalt sowie zu ausgewählten Merkmalen ihrer Wohnung befragt. Diese Daten bilden die Grundlage für die Bewertung der im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) erhobenen Angaben. Weiterhin kann geprüft werden, ob die an bisherige Zensen gestellten Anforderungen bezüglich der Qualität erwerbsstatistischer Angaben durch die Daten der Bundesanstalt für Arbeit erfüllt werden und ob die Verfahren der Zusammenfüh-

lung und Haushaltegenerierung realitätsgetreue Haushaltstrukturen und Wohnungsbelegungen abbilden.

Bei der Haushaltebefragung waren in Brandenburg 146 durch den LDS BB ausgewählte und geschulte Erhebungsbeauftragte eingesetzt. Knapp 14 Prozent von ihnen führte die Befragung der Haushalte mit dem Laptop durch.

Die Datenaufbereitung im LDS BB ist abgeschlossen und die Daten stehen für die Zusammenführung mit den weiteren im Zensustest erhobenen Datenbeständen zur Verfügung.

Gebäude- und Wohnungszählung

Flächendeckende und einheitlich geführte Wohnungs- und Gebäudedateien sind in Deutschland nicht vorhanden. Da in einem registergestützten Zensus auf eine flächendeckende Befragung der Haushalte verzichtet wird, müssen deshalb für die Gewinnung wohnungsstatistischer Angaben andere Quellen gefunden werden. Im Zensustest geht es nun darum zu prüfen, ob die wichtigsten Gebäude- und Wohnungsdaten mit einer postalischen Befragung ausschließlich bei den Gebäudeeigentümern gewonnen werden können und ob diese Befragung zu anderen Ergebnissen führt als die traditionelle Befragung der Haushalte und Wohnungsbesitzer. Der postalischen GWZ kommt außerdem die Aufgabe zu, Gebäude- und wohnungsstatistische Daten bereitzustellen, mit deren Hilfe in der anschließenden Haushaltegenerierung auf Haushalts- und Wohnungszusammenhänge zwischen den gemeldeten Personen geschlossen werden kann. Dazu dienen u. a. die durch die GWZ erhobenen Angaben zum Wohnungsbesitzer, zur Anzahl der in der Wohnung lebenden Personen und zu deren Einzugsdatum.

Im Rahmen des Verfahrenstests wurden für die 1 010 einzogenen Gebäude von den **Grundsteuerstellen** der betreffenden Gemeinden die Anschriften der auskunfts-pflichtigen Gebäudeeigentümer bzw. -verwalter erfragt. Die Grundsteuerstellen verfügten über relativ vollständige und aktuelle Adressdateien. Ergänzend wurden Kontakte zu der Oberfinanzdirektion Brandenburg hergestellt. Über diese Anschriftenquelle konnte ein Teil der noch fehlenden Eigentümeranschriften ermittelt werden. Gelang es auch über diesem Wege nicht den Auskunftspflichtigen zu ermitteln, wurde versucht durch den Erhebungsbeauftragten im Rahmen der Haushaltebefragung einen Ansprechpartner festzustellen.

Problematisch erwies sich, dass in **Gebäuden mit Eigentumswohnungen** die Verwalter oftmals die geforderten Angaben zu den einzelnen Wohnungen nicht liefern konnten, so dass im Nachgang an die einzelnen Wohnungseigentümer herangetreten werden musste.

Die Aufbereitung der im Rahmen der GWZ erhobenen Daten ist abgeschlossen. Um die Validität der bei der GWZ erhobenen Gebäude- und Wohnungsdaten anhand der in der Haushaltebefragung ermittelten Ergebnisse prüfen zu können war es notwendig, den sowohl bei der Haushaltebefragung als auch bei der GWZ ermittelten Wohnungen eine eindeutige Identifikationsnummer zu vergeben, die einen Datenvergleich beider Erhebungen ermöglicht. In einem maschinellen Verfahren wurden deshalb die in beiden Befragungen identischen Wohnungen unter Einbeziehung mehrerer Wohnungsmerkale ermittelt und diesen eine einheitliche Wohnungsnummer zugeordnet.

Eine intensive Auswertung und die Zusammenführung der GWZ-Daten mit den anderen im Rahmen des Zensustests erhobenen Datenbeständen wird folgen. Darüber hinaus sind mögliche Konsequenzen eines Methodenwechsels für die Wohnungsstatistik im Zuge eines registergestützten Zensus zu untersuchen, wie z. B. den Aufbau von **Gebäude- und Wohnungsregistern**.

Daten der Bundesanstalt für Arbeit zur Erwerbstätigkeit

Zur Gewinnung von Informationen über die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung werden beim Zensustest Daten aus den Registern der Bundesanstalt für Arbeit (BA) herangezogen. Von der BA wurden dazu drei Dateien für den in den Verfahrenstest einzubeziehenden Personenkreis zur Verfügung gestellt:

- die Datei der Arbeitslosen,
- die Datei der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und
- die Datei der Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung.

Für das Land Brandenburg ergab sich folgender Lieferumfang:

Bezeichnung	Personen-	Anteil
	sätze	
	Anzahl	Prozent
Arbeitslose	1 342	21
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	5 015	77
Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung	127	2
Gesamtlieferumfang	6 484	100

Um Aussagen zur Erwerbstätigkeit der in den Verfahrenstest einzogenen Personen treffen zu können, ist eine satzweise Zusammenführung der Melderegisterdaten mit den Dateien der BA mit dem Ziel der Bestimmung einer

einheitlichen Pseudo-Personennummer erforderlich. Dies erfolgt wiederum mit Hilfe eines maschinellen Abgleichsverfahrens mit sich anschließender manueller Bearbeitung. Der Arbeitsschritt wird gegenwärtig vorbereitet. Die Erwerbstätigkeitsdaten werden anschließend im Rahmen der Zusammenführung mit einem aus Melderegister-, Haushalts- und Wohnungsangaben bestehenden Personendatensatz verknüpft.

Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor, ob die in den Dateien der BA enthaltenen Informationen die für einen Zensus notwendige hohe Qualität aufweisen. Diese Prüfung erfolgt in sich anschließenden Arbeitsschritten durch die Gegenüberstellung der bei der Haushaltebefragung ermittelten Angaben zur Erwerbstätigkeit.

Zusammenführung und Haushaltegenerierung

Daten zu Haushalten und deren Wohnsituation gehören zu den Kernbereichen einer Volkszählung. Weder die Melderegister noch die GWZ liefern diesbezüglich direkte Informationen. In Vorbereitung eines registergestützten Zensus wird deshalb im Rahmen des Verfahrenstests getestet, inwieweit mit den personenbezogenen Merkmalen der Melderegister unter Einbeziehung der gebäude- und wohnungsstatistischen Informationen einer GWZ in einem maschinellen Verfahren, der sogenannten Zusammenführung/Haushaltegenerierung, **Haushaltzusammenhänge** zwischen den unter einer Adresse wohnhaften Personen abgebildet werden können. Neben der Ermittlung einer realitätsgetreuen Haushaltestruktur und der Gewinnung von Wohnungsbelegungsdaten soll die Zusammenführung/Haushaltegenerierung **Unplausibilitäten (Über-/Unterfassungen)** des Melderegisters aufdecken und somit der statistischen Qualitätskontrolle der Melderegister dienen.

Das Verfahren der Zusammenführung/Haushaltegenerierung ist modular aufgebaut und sehr komplex. Bisher sind umfangreiche Programmentwicklungen und Tests mit künstlichem Datenmaterial erfolgt, in denen der LDS BB stark eingebunden war. Die Abarbeitung der Programme mit den Daten des Zensustests der einzelnen Landesämter hat Anfang Oktober im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung begonnen und wird kontinuierlich weitergeführt. Die Ergebnisse werden durch den Vergleich mit der Haushaltebefragung kritisch zu prüfen sein, um das Verfahren weiter zu optimieren und eine hinreichende Qualität zu gewährleisten. Auch in diesen nachfolgenden Arbeitsschritten wird der LDS BB mitwirken. Dabei gilt es auch aufzuzeigen, welche personenbezogenen Merkmale der Melderegister und welche Angaben aus einer GWZ in einem künftigen registergestützten Zensus zwingend notwendig für eine optimale Haushaltegenerierung sind und bei welchen problematischen Adressen (Wohnheime, Anstalten u. a.) eine maschinelle Haushalte-

bildung aufgrund der ungenügenden Qualität der erhobenen Einzeldaten an ihre Grenzen gerät, so dass dort eventuell eine primärstatistische Erhebung einsetzen muss.

Auswertung der Erhebungen

Die für die einzelnen Erhebungen des Zensustests vorgesehenen Auswertungstabellen weisen einen sehr komplexen Aufbau auf. Für die Spezifikation/Programmierung der Tabellen wurde das noch wenig erprobte IT-Werkzeug „STATSPEZ“ verwendet. Das bedeutet, dass für die schwierige und aufwändige Prüfung der Auswertungsergebnisse auf korrekte Umsetzung der fachlichen Vorgaben umfassende Kenntnisse der in der jeweiligen Erhebung angewandten Methoden und Verfahren vorhanden sein müssen. Auf Vorschlag der Projektleitung wurde deshalb vom Lenkungsausschuss des registergestützten Zensustests beschlossen, die Erstellung der Tabellen der einzelnen Erhebungen jeweils an einer zentralen Stelle („Auswertungsstelle“) durchzuführen.

Der LDS BB ist **Auswertungsstelle für den Vergleich der GWZ mit der Haushaltebefragung** und hat dabei folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- die Qualitätssicherung der Auswertungstabellen,
- den Druck der Auswertungstabellen für alle Bundesländer und Deutschland insgesamt sowie
- die Qualitätssicherung und den Druck zusätzlicher ad-hoc-Tabellen.

Neben dem Zusammenführen der Datenerhebungen, der Auswertung und den noch folgenden Entwicklungsarbeiten insbesondere im Erhebungsbereich Zusammenführung/Haushaltegenerierung sind durch die Statistischen Landesämter die **Erfahrungsberichte zu den einzelnen Erhebungsetappen** auf der Grundlage des vom Statistischen Bundesamt erstellten Gliederungskataloges zu erarbeiten. Der vorläufige Abschlussbericht des registergestützten Zensustests wird dann auf dem 54. Weltkongress des Internationalen Statistischen Institutes (ISI) im August 2003 in Berlin vorgestellt.

Fazit

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder stehen mit diesem Test zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus vor einer Aufgabe, die es bisher in dieser Komplexität, Vielschichtigkeit und Vielfältigkeit einzusetzender Verfahren in der amtlichen Statistik noch nicht zu bewältigen gab. Innerhalb kürzester Zeit mussten Datenerhebungen und Haushaltebefragungen organisiert, zahlreiche Programme spezifiziert, programmiert, getestet, eingesetzt und noch während der eigentlichen Abarbeitung nachgebessert werden sowie Daten verschiedenster Datenquellen maschinell und manuell zusammengeführt werden.

Die **Auswertung der Ergebnisse**, deren tiefgründige **Analyse sowie die Bewertung der im Zensustest eingesetzten Verfahren** wird bis in das Jahr 2003 reichen. Dann sind die notwendigen Entscheidungen für einen in Deutschland zukünftig durchzuführenden Zensus zu treffen.

*Petra Herzog,
Undine Neumann,
Dr. Jürgen Hübner*

Dienstleistungsstatistik 2000 - Erste Ergebnisse

Am 1. Januar 2001 trat das Gesetz über Statistiken im Dienstleistungsbereich in Kraft. Dieses Gesetz regelt die Befragung bei 15 Prozent aller in Deutschland ansässigen Erhebungseinheiten folgender Dienstleistungsbereiche: Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) und Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen). Die Erhebung wurde für das Berichtsjahr 2000 erstmalig durchgeführt. Dabei wurden Angaben zu tätigen Personen sowie Löhnen und Gehältern, Umsätze und Aufwendungen, sowie Kosten für Bestände, Subventionen und Investitionen erhoben.

Die Ergebnisse der Dienstleistungsstatistik werden als Entscheidungshilfen für wirtschafts- und strukturpolitische Zwecke von den Landesregierungen und der Bundesregierung, aber gleichermaßen auch von den Unternehmen und ihren Verbänden verwendet. Des Weiteren werden sie für die berufspolitische Arbeit von Verbänden und Kammern und nicht zuletzt für die Unternehmen oder Einrichtungen zu Vergleichen genutzt.

Ausgewählte Ergebnisse im Gesamtüberblick

(Abschnitte I und K)

Bei den in diesem Aufsatz dargestellten Ergebnissen handelt es sich um hochgerechnete Ergebnisse, d. h. die Ergebnisse der in die Erhebung einbezogenen Stichprobenunternehmen werden auf alle als Gesamtheit in diesen Wirtschaftsbereichen deklarierten Unternehmen hochgerechnet. Die betrachteten Unternehmen haben ihren Sitz im Land Brandenburg.

Eine Gesamtschau der **Umsätze** dieser beiden in die Erhebung der Dienstleistungsstatistik einbezogenen Abschnitte ergibt folgende Ergebnisübersicht.

Abschnitt	Umsatz insgesamt	Umsatz insgesamt je	
		Unternehmen/ Einrichtung	tätiger Person am 30.9.
		1 000 EUR	
I	1 621 342	736	62
K	3 771 850	582	85

Dabei zeigt sich, dass zwar im Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) je Unternehmen mehr Umsatz erzielt wird, jedoch der kapitalintensive Bereich K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) in der Pro-Kopf-Betrachtung der umsatzstärkere dieser beiden Dienstleistungsbereiche ist.

Zur Vervollständigung der Gesamtschau dieser beiden Abschnitte auch noch einige Eckdaten zu Einkommen und Beschäftigung.

Abschnitt	Tätige Personen am 30.9. Anzahl	Bruttolöhne und -gehälter	
		insgesamt	je Lohn- und Gehalts- empfänger
		1 000 EUR	EUR
I	25 972	445 712	19 192
K	44 242	762 440	21 389

Das **Pro-Kopf-Einkommen** des Abschnitts K liegt um etwa 10 Prozent höher als im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Die Ergebnisse der einzelnen Abteilungen dieser Wirtschaftsbereiche sind dabei sehr heterogen und zeigen deutlich die Unterschiedlichkeit von Dienstleistungsbereichen. So werden im kapitalintensivsten Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen bei einer Lohnquote von nur 9 Prozent Umsätze von über 2 090 Millionen EUR erzielt, was einem Pro-Kopf-Umsatz von rund 250 Tausend EUR entspricht. Im personalintensiven Bereich der Forschung und Entwicklung ist mit einer Lohnquote von rund 78 Prozent nur ein Pro-Kopf-Umsatz von 34 Tausend EUR zu verzeichnen.

Mit einer, an der Mitarbeiteranzahl gemessenen, durchschnittlichen Unternehmensgröße von 7 tätigen Personen je Unternehmen ist der gesamte Bereich K überwiegend von kleineren Unternehmen geprägt. Der Abschnitt I hingegen weist eine durchschnittliche Unternehmensgröße von 12 tätigen Personen auf.

Im Folgenden soll etwas detaillierter auf die Ergebnisse in den einzelnen Bereichen eingegangen werden.

Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung)

Eine erste Auswertung der Dienstleistungsstatistik 2000 ergibt für den Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) einen Umsatz von mehr als 1 620 Millionen EUR, wovon im Durchschnitt pro Unternehmen 736 Tausend EUR erzielt werden. Rechnet man diese Umsätze auf die in diesem Bereich tätigen Personen um, so ergibt sich ein Pro-Kopf-Umsatz von 62 Tausend EUR. Allerdings ist der Abschnitt Verkehr und Nachrichtenübermittlung keineswegs homogen, sondern im Gegenteil, stellen sich diese Ergebnisse in den einzelnen Abteilungen dieses Wirtschaftsbereichs recht unterschiedlich dar.

Der Abschnitt I setzt sich aus folgenden Abteilungen zusammen:

- 60 - Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
- 61 - Schifffahrt
- 62 - Luftfahrt
- 63 - Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung
- 64 - Nachrichtenübermittlung

Einige der Ergebnisse zu Umsätzen zeigen folgende Struktur:

Nr. der WZ 93	Umsatz insgesamt	Umsatz insgesamt je	
		Unternehmen/ Einrichtung	tätiger Person am 30.9.
1 000 EUR			
I	1 621 342	736	62
60	1 000 331	606	61
61	17 443	270	73
62	5 443	544	72
63	560 076	1 409	91
64	38 048	489	12

Vergleicht man die einzelnen Abteilungen des Wirtschaftsbereiches Verkehr und Nachrichtenübermittlung, so wird deutlich, dass im Landverkehr mit über 1 000 Millionen EUR zwar die meisten Umsätze insgesamt anfallen, diese Feststellung aber nicht auf die Umsätze je tätiger Person zutrifft.

Bei den Pro-Kopf-Umsätzen fällt die Abteilung 63 (Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung) ins Auge, die hier mit 91 Tausend EUR am höchsten liegen. Von diesen Pro-Kopf-Umsätzen gehen nur etwas über 23 Prozent in die Löhne, denn genauso groß ist die Lohnquote. Mit über 23 Tausend EUR je Lohn- und Ge-

haltsempfänger werden hier aber auch die höchsten Durchschnittseinkommen in diesem Wirtschaftsbereich erzielt.

Beeinflusst sind diese Strukturen unter anderem durch die in diesem Bereich erfassten Flughäfen und Reiseveranstalter, deren Pro-Kopf-Umsatz bei 122 Tausend EUR bzw. 129 Tausend EUR liegen. Übertragen werden diese beiden Bereiche noch durch die extrem kapitalintensive Lagerwirtschaft (Lagerei und Kühlhäuser) deren Pro-Kopf-Umsätze sogar bei 244 Tausend EUR und die Lohnquote bei nur knapp 8 Prozent liegen.

Auch der Transport in Rohrfernleitungen ist mit Pro-Kopf-Umsätzen von 174 Tausend EUR und einer Lohnquote von 20 Prozent eher zu den kapitalintensiven Bereichen zu zählen.

Der Umsatz je tätiger Person ist bei der Nachrichtenübermittlung mit nur 12 Tausend EUR auffallend niedrig. Da in diesem Bereich die verschiedensten Zustellfirmen, wie Post- und Zeitungsdienste zu finden sind, die durch hohe Personalintensität und einem großen Anteil an Teilarbeitskräften gekennzeichnet sind, lässt sich diese Feststellung dadurch erklären. Allein die Löhne machen in dieser Abteilung schon 42 Prozent des Umsatzes aus (= Lohnquote). Die Durchschnittslöhne in diesem Bereich liegen mit 5 733 EUR je Lohn- und Gehaltsempfänger sehr niedrig.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Eckdaten für die Darstellung von Beschäftigung und Einkommen.

Nr. der WZ 93	Tätige Personen am 30.9.	Bruttolöhne und -gehälter		Lohnquote
		insgesamt	je Lohn- und Gehaltsempfänger	
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Prozent
I	25 972	445 712	19 192	27,5
60	16 300	294 791	20 310	29,5
61	238	2 886	16 560	16,5
62	76	1 239	17 542	22,8
63	6 176	130 816	23 047	23,4
64	3 181	15 980	5 733	42,0

Was die Investitionstätigkeit betrifft, so sind die auffallendsten Aktivitäten in den Bereichen zu finden, die mit der Luftfahrt in Zusammenhang stehen. Ob das Flugplätze oder der Gelegenheitsflugverkehr sind, gerade in diesem Bereich sind im Vergleich zu den Umsätzen überdurchschnittlich hohe Investitionsquoten zu verzeichnen. Inwieweit sich diese Tendenzen fortsetzen, werden die Erhebungen in den Folgejahren zeigen.

Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen)

Beim Abschnitt K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) handelt es sich um einen sehr heterogenen Wirtschaftsbereich. Zum einen sind in diesem Bereich die kapitalintensiven Aktivitäten der Grundstücks- und Wohnungswesen zu finden und zum anderen umfasst er auch die arbeitsintensiven Bereiche wie Forschung und Entwicklung.

Der Abschnitt K setzt sich aus folgenden Abteilungen zusammen:

- 70 - Grundstücks- und Wohnungswesen
- 71 - Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienpersonal
- 72 - Datenverarbeitung und Datenbanken
- 73 - Forschung und Entwicklung
- 74 - Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen

Die Umsatzstrukturen in den einzelnen Abteilungen stellen sich wie folgt dar.

Nr. der WZ 93	Umsatz insgesamt	Umsatz insgesamt je	
		Unternehmen/ Einrichtung	tätiger Person am 30.9.
		1 000 EUR	
K	3 771 850	582	85
70	2 097 558	1 252	251
71	92 356	368	89
72	103 063	521	71
73	36 376	605	34
74	1 442 498	336	45

Die bereits an anderer Stelle getroffene Feststellung, dass der Bereich des Grundstücks- und Wohnungswesens sehr kapitalintensiv ist, zeigt diese Übersicht recht deutlich. Naturgemäß ist für die Erzielung von Umsätzen bei Vermietung und Verpachtung von Gebäuden und Grundstücken kein großer Personalaufwand notwendig, was die geringe Lohnquote von 9 Prozent erklärt.

Auch der vergleichsweise geringe Umsatz je Beschäftigten von 34 Tausend EUR im Bereich Forschung und Entwicklung lässt Rückschlüsse auf eine eher durch den Faktor Arbeit beeinflusste Wirtschaftstätigkeit zu.

Zur besseren Vergleichbarkeit der Kapital- mit der Arbeitskomponente wird im Folgenden eine Übersicht über Beschäftigung und Einkommen in diesem Abschnitt gegeben.

Nr. der WZ 93	Tätige Personen am 30.9.	Bruttolöhne und -gehälter		Lohnquote
		insgesamt	je Lohn- und Gehalts- empfänger	
	Anzahl	1 000 EUR	EUR	Prozent
K	44 242	762 440	21 389	20,2
70	8 343	191 076	29 009	9,1
71	1 034	13 962	19 099	15,1
72	1 445	32 560	25 793	31,6
73	1 057	28 273	27 504	77,7
74	32 362	496 568	19 071	34,4

Diese Übersicht untermauert die bereits getroffenen Feststellungen und zeigt deutlich die Heterogenität dieses Abschnittes.

Des Weiteren zeigt sich, dass der im Umsatz insgesamt zweitgrößte Bereich 74 (Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen) die mit Abstand größte Beschäftigung aufweist. In diesem Bereich fallen Aktivitäten, wie Rechtsberatung (74.11), Wirtschaftsprüfung und Steuerberatung (74.12), Markt- und Meinungsforschung (74.13), Unternehmens- und Public-Relations-Beratung (74.14) sowie Architektur- und Ingenieurbüros (74.20), um nur einige zu nennen. Aus den genannten Bereichen sticht die Public-Relations-Beratung (74.14.2) mit dem höchsten Pro-Kopf-Umsatz von 126 Tausend EUR hervor, wohingegen die Unternehmensberatung (74.14.1) mit über 38 Tausend EUR den größten Durchschnittsverdienst aufweisen kann. Dementsprechend ist die Lohnquote der Unternehmensberatung mit 45 Prozent mehr als doppelt so hoch wie in der Public-Relations-Beratung, deren Lohnquote bei rund 20 Prozent liegt.

Etwa ein Viertel aller Beschäftigten des Bereiches 74 sind in den Architektur- und Ingenieurbüros (74.20) zu finden. Die hier festzustellende durchschnittliche Unternehmensgröße von 5 Beschäftigten pro Unternehmen zeigt, dass es sich dabei vorwiegend um kleine Unternehmen handelt.

Schlussbemerkungen

Die in dieser Ausarbeitung dargestellten Ergebnisse umfassen nur wichtige Eckdaten der Dienstleistungsstatistik 2000. Umfangreiche, vor allem tabellarische Auswertungen der Dienstleistungsstatistik 2000 sind in Arbeit und werden demnächst veröffentlicht.

Die an dieser Stelle interpretierten Ergebnisse sind bezogen auf brandenburgische Unternehmen. Die Zusammenfassung der Ergebnisse brandenburgischer Unternehmen mit den Aktivitäten von Unternehmen, die ihren Hauptsitz in einem anderen Bundesland haben, jedoch in Brandenburg Niederlassungen betrieben (Mehrlanderunternehmen) wird auch in einer späteren Ergebnispräsentation erfolgen.

Durch die Umsetzung des Dienstleistungsstatistikgesetzes sollten zum einen die Datenlücken für Unternehmensangaben aus dem Dienstleistungssektor geschlossen und zum anderen die jährlichen Lieferverpflichtungen Deutschlands aus der EU-Strukturverordnung (EU-VO Nr. 58/97) gegenüber der Europäischen Union erfüllt werden.

Es besteht auf der Basis der vorliegenden Ergebnisse die Möglichkeit sowohl national als auch regional umfangrei-

che Auswertungen zu Strukturangaben im Dienstleistungssektor vornehmen zu können. Das verbessert nicht zuletzt die Datenbasis für die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auch die Informationslage der Unternehmen selbst sowie deren Verbände und Kammern wird ausgebaut.

Qualitative Einschätzungen der Ergebnisse sind erst dann fundiert möglich, wenn eine zweite und dritte primäre Erhebung in den zu betrachtenden Dienstleistungsbereichen Rückschlüsse zulassen. Vergleiche mit Angaben dieser Wirtschaftsbereiche aus anderen Datenquellen sind nicht möglich, da weder die Unternehmenszuordnung noch die Unternehmensangaben auf den gleichen methodischen Grundlagen wie die vorliegende Dienstleistungsstatistik 2000 beruhen.

Sabine Quaiser

Neue Gemeinschaftsveröffentlichung zum Thema Erwerbstätige erschienen



Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, dem alle Statistischen Landesämter und das Statistische Bundesamt angehören, hat eine neue Gemeinschaftsveröffentlichung vorgelegt.

Diese beinhaltet Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerzahlen für alle kreisfreie Städte und Landkreise nach Wirtschaftsbereichen für die Jahre 1991 bis 2000. Damit werden Regionalergebnisse zur Erwerbstätigkeit für Politik, Wirtschaft, Verbände und Wissenschaft zur Verfügung gestellt. Die Erwerbstätigenzahlen wurden nach einem einheitlichen Konzept vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ erstellt.

Die vorliegende Gemeinschaftsveröffentlichung beinhaltet neben den Tabellen auch Grafiken und farbige Kartogramme zur Struktur der Erwerbstätigen in den

Regionen Deutschlands. Zusätzlich werden die wichtigsten Begriffe in einem Textteil erläutert.

Die Veröffentlichung „**Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2000**“, die knapp 230 Seiten umfasst und auch als CD-ROM-Version vorliegt, kann beim:



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement

Postfach 60 10 52

14410 Potsdam



Fax: 0331 39-418

E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de

bezogen werden. Sowohl die Print- als auch die CD-ROM-Version kosten jeweils 15,00 EUR.

Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg 2001

Die Bevölkerungsentwicklung war in der Vergangenheit im Land Brandenburg als dem einzigen neuen Bundesland von Zuwachsen geprägt. Seit 1995 stieg die Bevölkerungszahl kontinuierlich an. Diese Zuwächse waren auf das hohe Wanderungsgeschehen zurückzuführen. Seit 1993 zogen mehr Berliner nach Brandenburg als Brandenburger in die Bundeshauptstadt. Die Berliner Wanderungsgewinne lagen bis zum Jahr 2000 höher als die Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern. Der Höhepunkt der Nettozuwanderungen aus Berlin war 1998 mit + 28 500 Personen erreicht. 2001 betrug dieser Wert nur noch 12 200 Personen. Das sind 43 Prozent. In allen Jahren zogen mehr Brandenburger in die alten Bundesländer als umgekehrt. Nachdem 1991 die Nettoabwanderung rund 28 000 Personen zählte, waren es 1994 nur 5 200 Personen. Die Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern stiegen seitdem an und betrugen im Jahr 2001 ca. 15 800 Personen. Während im Jahr 1997, dem Jahr mit den höchsten Wanderungsgewinnen (+ 29 200 Personen) rund 10 400 Sterbeüberschüsse gegenüberstanden, war es im Jahr 2000 mit fast 8 400 Personen Wanderungsgewinn und 7 600 Sterbeüberschüssen ein fast ausgeglichenes Verhältnis. Während in den vergangenen Jahren bis 1999 die Wanderungsgewinne die Sterbeüberschüsse mehr als ausgleichen konnten und damit zum Bevölkerungswachstum führten, ist die Bevölkerungsentwicklung des Jahres 2001 erstmals wieder von Wanderungsverlusten und Sterbeüberschüssen geprägt.

2001 Bevölkerungszahl erstmals seit 1994 rückläufig

Ende 2001 lebten im Land Brandenburg **2 593 040 Personen**, davon waren, wie schon seit Jahren, 51 Prozent Frauen und 49 Prozent Männer. Damit war die Bevölkerungszahl gegenüber dem Vorjahr erstmals wieder seit 1994 rückläufig (- 8 922 Personen). Gegenüber 1991 ist die Bevölkerungszahl immer noch um 39 638 Personen bzw. 1,5 Prozent höher. Die kreisfreien Städte Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) verloren um die 20 Prozent ihres Bevölkerungsbestandes; die Landkreise Oberspreewald-Lausitz fast 14 Prozent, Prignitz ca. 13 Prozent und Uckermark 11 Prozent. Zuwächse gab es in den „Speckgürtel“-Kreisen; die meisten im Landkreis Potsdam-Mittelmark mit fast 20 Prozent.

Der Bevölkerungsrückgang im Jahr 2001 ist überwiegend auf die Sterbeüberschüsse (8 197 Personen) zurückzuführen. Die seit 1992 jährlich zu verzeichnenden Wanderungsgewinne haben sich im Jahr 2001 in Wanderungsverluste (673 Personen) gewandelt und können damit die Sterbeüberschüsse nicht mehr ausgleichen.

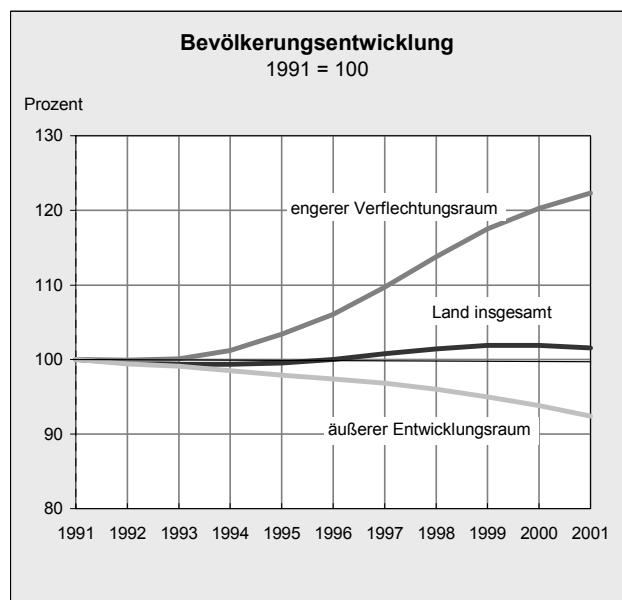
Gegenläufige Bevölkerungsentwicklung in den Landesteilen

Der Bevölkerungsrückgang im Land Brandenburg ist auf die gegenläufige Entwicklung in den Landesteilen zurückzuführen. Im engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin (eVR) nahm die Bevölkerung zu. 1991 lebten dort 779 925 Personen. Zehn Jahre später lebten mit 954 091 Personen, das sind 174 166 Personen mehr, 37 Prozent der Landesbevölkerung in diesem Gebiet (1991: 31 Pro-

zent). Dagegen hielt der Bevölkerungsschwund im äußeren Entwicklungsräum (äER) unvermindert an. Im Zeitraum 1991 bis 2001 verringerte sich die Bevölkerungsanzahl im äER um 134 528 Personen. Allein im Jahr 2001 verminderter sich die Anzahl der Bevölkerung in diesem Gebiet um 25 003 Personen. Das ist der höchste Rückgang seit 1991.

Ergebnis aus Zu- und Fortzügen niedriger als 2000

Aus Wanderungsgewinnen der letzten Jahre entstanden 2001 **Wanderungsverluste** (- 673 Personen). Das Ergebnis aus den Zu- und Fortzügen war um 9 048 Personen nied-



Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 1991 bis 2001 im Land Brandenburg

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)	Bevölkerung am Jahresende
	Lebend Geborene	Gestorbene	Gestorbenen-überschuss (-)			
1991	17 288	31 326	- 14 038	- 21 932	- 35 970	2 553 402
1992	13 468	29 352	- 15 884	+ 5 137	- 10 747	2 542 651
1993	12 238	29 024	- 16 786	+ 11 796	- 4 990	2 537 661
1994	12 443	28 490	- 16 047	+ 15 133	- 914	2 536 747
1995	13 494	27 401	- 13 907	+ 19 202	+ 5 295	2 542 042
1996	15 140	27 622	- 12 482	+ 24 881	+ 12 399	2 554 441
1997	16 370	26 756	- 10 386	+ 29 236	+ 18 850	2 573 291
1998	17 146	26 327	- 9 181	+ 26 265	+ 17 084	2 590 375
1999	17 928	26 016	- 8 088	+ 18 920	+ 10 832	2 601 207
2000 ¹⁾	18 444	26 068	- 7 624	+ 8 375	+ 755	2 601 962
2001 ¹⁾	17 692	25 889	- 8 197	- 673	- 8 922	2 593 040

1) keine Durchrechenbarkeit infolge von Bestandsänderungen

riger als 2000. Dies ist unter anderem auf geringere Migrationsgewinne aus Berlin zurückzuführen, die mit 12 178 Personen um 4 968 niedriger lagen als im Jahr 2000.

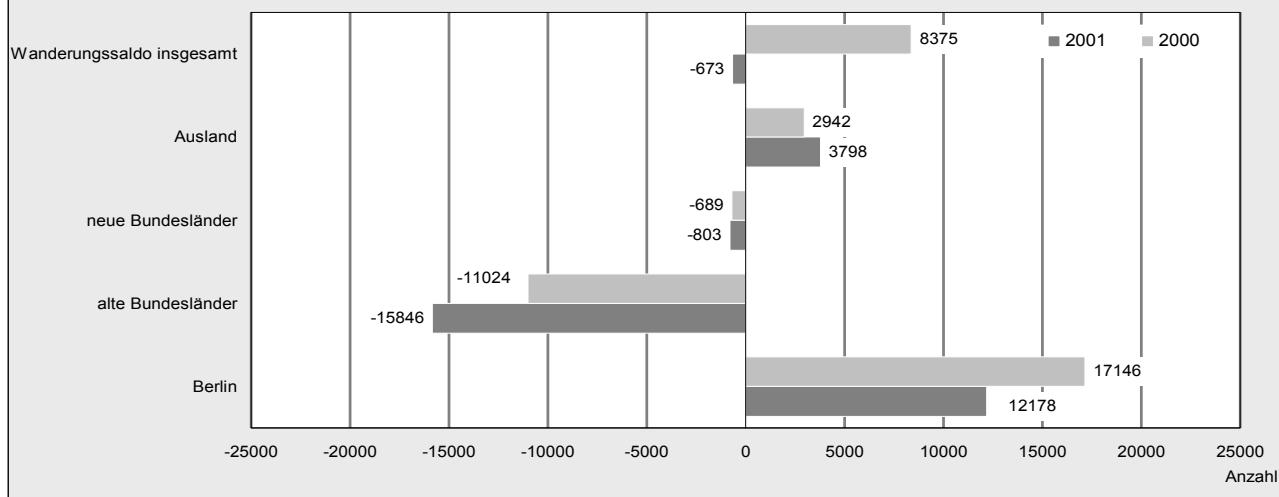
Weiterhin Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern

Die Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern schlagen mit 15 846 Personen zu Buche. Gegenüber dem Jahr 2000 sind dies 4 822 Personen mehr. Somit kehrten noch immer mehr Brandenburger ihrem Land den Rücken, um in das alte Bundesgebiet (ohne Berlin/West) zu gehen als Zuzüge aus diesen Bundesländern ermittelt wurden. Im Gesamtzeitraum 1992 bis 2001 betrugen die

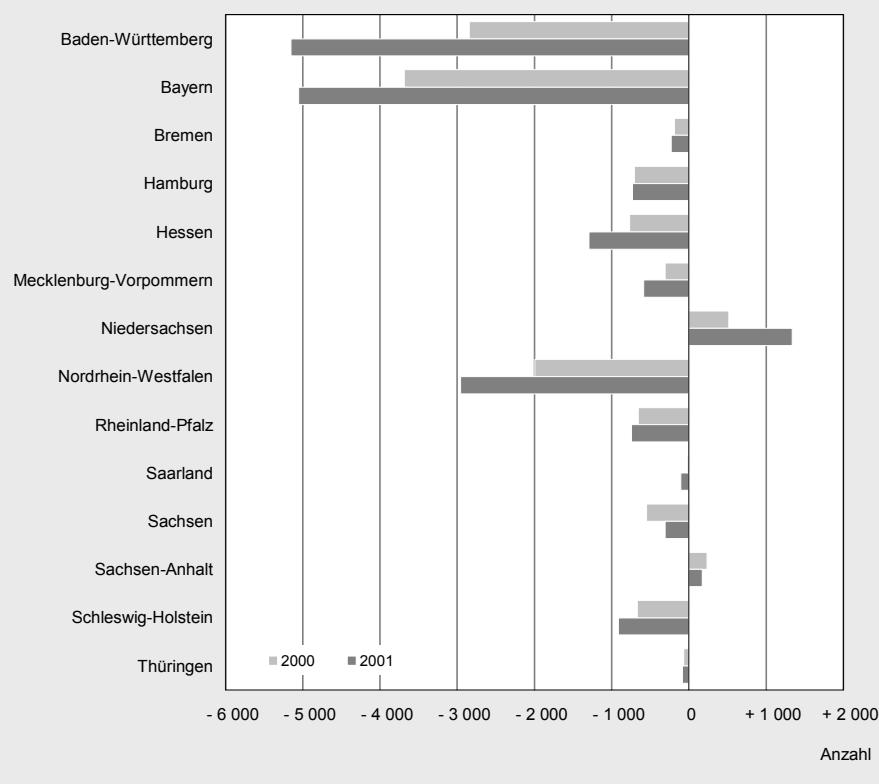
Wanderungsverluste gegenüber den alten Bundesländern 107 218 Personen; darunter im Jahr 2001 allein 15 846 (wiederum mehr als 2000 mit 11 024). Der Wanderungsüberschuss aus dem Ausland hielt auch 2001 mit 3 798 Personen an. Das waren 856 Personen mehr als 2000. Die Wanderungsverluste gegenüber den neuen Bundesländern (ohne Berlin) sind relativ konstant geblieben. Mit 803 Personen waren sie nur um 114 höher als im Jahr 2000.

Die meisten Wanderungsverluste wurden gegenüber den Bundesländern Baden-Württemberg (5 155 Personen), Bayern (5 055 Personen) und Nordrhein-Westfalen (2 960 Personen) ermittelt. Diese drei Bundesländer waren, wie schon seit Jahren, auch 2001 das Hauptfortzugsgebiet.

Überschuss der Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-) über die Landesgrenze 2000 und 2001



Überschuss der Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-) über die Landesgrenze nach Bundesländern (ohne Berlin) 2000 und 2001



Von den 15 846 Wanderungsverlusten gegenüber den alten Bundesländern entfallen allein 13 170 Personen auf diese drei Bundesländer; das waren 4 639 Personen mehr als im Jahr 2001. Von Berlin zogen 12 178 Personen 2001 mehr zu als in umgekehrter Richtung. Die Nettozuwanderungen aus Berlin fielen um 4 968 Personen niedriger aus als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Wanderungsgewinne im engeren Verflechtungsraum

Der eVR zeichnet sich seit 1992 durch Wanderungsgewinne aus. Seit jenem Jahr sind in der Summe der Jahre 203 684 Personen mehr zugezogen als fortgezogen, wobei 164 147 Berliner mehr die Bundesstadt in Richtung des sogenannten „Speckgürtels“ verließen als umgekehrt hinzuzogen. Betrug der Wanderungsgewinn des eVR gegenüber Berlin 1998, dem Jahr mit dem höchsten positiven Saldo der letzten Jahre, noch 29 874 Personen, so hat sich die Anzahl 2001

Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 1991 bis 2001 im engeren Verflechtungsraum

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung			Überschuss der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-)	Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)	Bevölkerung am Jahresende
	Lebend Geborene	Gestorbene	Gestorbenen-überschuss (-)			
1991	4 798	9 124	- 4 326	- 500	- 4 826	779 925
1992	3 730	8 335	- 4 605	+ 3 970	- 635	779 290
1993	3 497	8 282	- 4 785	+ 6 020	+ 1 235	780 525
1994	3 691	8 076	- 4 385	+ 13 520	+ 9 135	789 660
1995	4 222	7 980	- 3 758	+ 20 484	+ 16 726	806 386
1996	4 946	8 134	- 3 188	+ 23 643	+ 20 455	826 841
1997	5 430	8 058	- 2 628	+ 31 432	+ 28 804	855 645
1998	6 057	8 134	- 2 077	+ 33 865	+ 31 788	887 433
1999	6 738	8 165	- 1 427	+ 30 521	+ 29 094	916 527
2000	7 187	8 406	- 1 219	+ 22 702	+ 21 483	938 010
2001 ¹⁾	7 146	8 433	- 1 287	+ 17 527	+ 16 269	954 091

1) keine Durchrechenbarkeit infolge von Bestands- und Gebietsänderungen

auf 14 413 Personen reduziert. Im Jahr 2000 betrug der Migrationsgewinn noch 18 857 Personen.

Potsdam verzeichnete 2001 höchsten Wanderungsgewinn

Die **kreisfreien Städte** Brandenburg an der Havel (- 879), Cottbus (- 2 218) und Frankfurt (Oder) (- 1 675) hatten auch 2001 weiterhin ein **negatives Wanderungsergebnis**. In Brandenburg an der Havel waren die Wanderungsverluste ein Jahr davor allerdings um 195 Personen höher. In den beiden kreisfreien Städten Cottbus und Frankfurt (Oder) blieben die Wanderungsverluste gegenüber dem Vorjahr auf nahezu dem gleichen Niveau. Potsdam verzeichnete als einzige kreisfreie Stadt ein positives Wanderungsergebnis. Mit 1 185 Personen im Jahr 2001 erzielte Potsdam im Vergleich zum Vorjahr, den mit Abstand größten Zuwachs (um 767 Personen) der Nettozuwanderungen aller Verwaltungsbezirke.

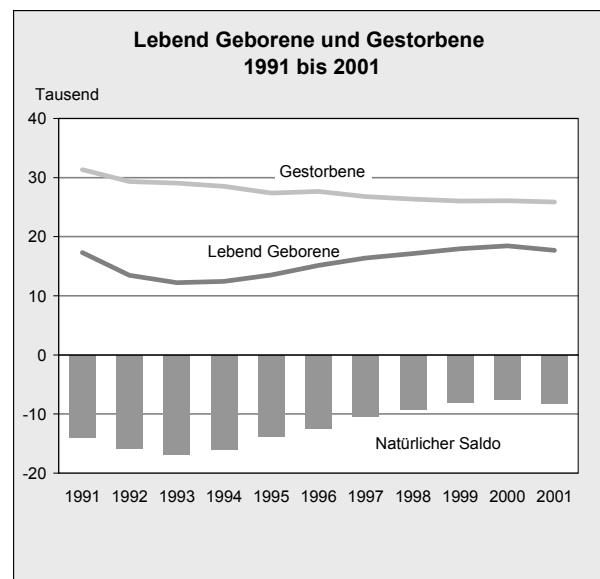
In sieben **Landkreisen** lag der Wanderungssaldo 2001 im positiven Bereich. Die größten Wanderungsgewinne gab

Überschuss der Zuzüge (+) bzw. Fortzüge (-) nach Verwaltungsbezirken		
Verwaltungsbezirk	2000	2001
Brandenburg an der Havel	- 1 074	- 879
Cottbus	- 2 129	- 2 218
Frankfurt (Oder)	- 1 629	- 1 675
Potsdam	+ 418	+ 1 185
Barnim	+ 2 808	+ 1 740
Dahme-Spreewald	+ 2 021	+ 1 163
Elbe-Elster	- 1 104	- 1 485
Havelland	+ 3 379	+ 2 469
Märkisch-Oderland	+ 2 332	+ 1 947
Oberhavel	+ 3 346	+ 2 276
Oberspreewald-Lausitz	- 2 307	- 2 401
Oder-Spree	+ 478	- 130
Ostprignitz-Ruppin	- 981	- 577
Potsdam-Mittelmark	+ 4 633	+ 2 703
Prignitz	- 878	- 1 157
Spree-Neiße	- 916	- 2 064
Teltow-Fläming	+ 1 854	+ 1 066
Uckermark	- 1 876	- 2 636
Land insgesamt	+ 8 375	- 673

es in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Havelland und Oberhavel. Bis auf den Landkreis Ostprignitz-Ruppin, der seinen Verlust der Nettozuwanderungen um 404 Personen reduzierte, fielen die Wanderungsverluste in den übrigen Landkreisen im Vergleich mit dem Jahr 2000 höher aus. Die höchsten Wanderungsverluste 2001 gab es in den Landkreisen Uckermark, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße.

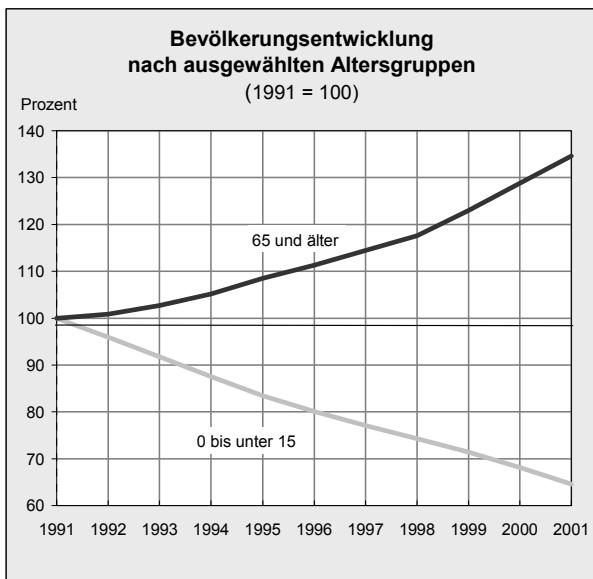
2001 wiederum mehr Sterbefälle als Geburten

Im Jahr 2001 wurden 17 692 **Kinder geboren**. Das waren 752 weniger als im Vorjahr. Die Zahl der **Gestorbenen** lag im Jahr 2001 bei 25 889, damit belief sich der **Gestorbeneüberschuss** 2001 auf 8 197 Personen und lag damit höher als im Vorjahr. Letztmalig gab es 1989 mit 1 462 Personen mehr Geburten als Sterbefälle.



2001 nur noch jeder Achte im Alter unter 15 Jahren

Seit 1991 hat sich die Altersstruktur in Brandenburg spürbar geändert. War damals jeder Fünfte (das sind 20 Prozent) im Alter von unter 15 Jahren, so war es Ende 2001 nur noch jeder Achte (bzw. 13 Prozent). 1991 waren 12 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter. Zehn Jahre später waren es 16 Prozent. Diese gegenläufige Entwicklung spiegelt sich auch im Durchschnittsalter wider.



Während der „durchschnittliche männliche Brandenburger“ 1991 fast 35,5 Jahre alt war (Frauen 39,5 Jahre), betrug im Durchschnitt 2001 das Alter der Männer nahezu 40 Jahre (Brandenburgerinnen 43,5 Jahre).

Alter von ... bis unter ... Jahren	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	1991	2001	1991	2001	1991	2001
	Prozent					
0 - 15	20	13	21	13	19	12
15 - 65	68	71	71	74	65	68
65 und älter	12	16	8	13	16	20

Angelika Löthe

Das Statistische Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland



ist das umfassendste statistische Nachschlagewerk, das auf dem deutschen Markt zu finden ist. Es bietet in 26 Kapiteln ausführliche Informationen zu demografischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten und Entwicklungen in Deutschland.

Über die Entwicklung der Bevölkerung wird ebenso berichtet, wie über die Lage der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, über Löhne und Preise sowie die Staatsfinanzen. Angaben zum Bildungs- und Gesundheitswesen, über kulturelle Einrichtungen und Freizeit sowie Trends bei den Sozialleistungen und im Umweltbereich vervollständigen das Bild.

Fünf Kapitel des Statistischen Jahrbuchs werden vom Statistischen Bundesamt als kostenfreie Leseprobe zum Download angeboten:

- Erläuterungen
- Bevölkerung
- Erwerbstätigkeit
- Bautätigkeit und Wohnungen
- Kultur, Freizeit, Sport
- Bildung und Wissenschaft

Das Statistische Jahrbuch 2002 für die Bundesrepublik Deutschland kostet **65,00 EUR** (Bestell-Nr. 1010110-02700), die CD-ROM (Bestell-Nr. 1010130-02700) **25,00 EUR**. Beide Produkte können im Buchhandel oder über den:



Metzler-Poeschel-Verlag (SFG-Servicecenter)
Fachverlage GmbH
Postfach 4343

72774 Reutlingen



Telefon: 07071 935350



Fax: 07071 935335



E-Mail: destatis@s-f-g.com,
Internet: www.s-f-g.com

bezogen werden.

Sie sind auch online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop bestellbar.

Abschlussprüfungen an Hochschulen und externen Prüfungsämtern im Land Brandenburg

In den vergangenen neun Jahren wurden im Land Brandenburg rund 24 000 akademische Abschlussprüfungen erfolgreich abgeschlossen. 61 Prozent dieser Prüfungen waren erste Hochschulabschlüsse. 62 Prozent aller Prüfungen wurden nach Universitätsstudiengängen bestanden, 37 Prozent nach Fachhochschulstudiengängen (einschließlich der Fachhochschulstudienfächer an der Kunsthochschule) und ein Prozent der Absolventen erreichte ein Kunsthochschuldiplom. Mehr als die Hälfte aller Hochschulabsolventen waren Frauen. Dieser Anteil liegt weit über dem Bundesdurchschnitt. Obwohl auch hierzulande, sowohl die Fachstudienzeiten als auch die Verweildauer an deutschen Hochschulen bis zum ersten Hochschulabschluss länger werden, schneiden die brandenburgischen Hochschulabsolventen im Vergleich zum Bundesdurchschnitt noch immer besser ab. Wegen dieser längeren Studienzeiten und wegen des höheren Alters bei Studienbeginn ist das Durchschnittsalter bei den brandenburgischen Erstabsolventen in den vergangenen Jahren angestiegen.

Methodische Vorbemerkungen

Seit dem Wintersemester 1992/1993 werden von den Prüfungsämtern der brandenburgischen Hochschulen und den Staatlichen Prüfungsämtern des Landes semesterweise Daten über abgelegte Abschlussprüfungen an den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik nach einem bundeseinheitlichen Erhebungsprogramm geliefert. Die Angaben werden aus den Verwaltungsunterlagen erteilt.

Rechtsgrundlage für alle Hochschulstatistiken ist seit diesem Zeitpunkt das novellierte Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz - HStatG) vom 02. November 1990 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 7 des 3. Statistikbereinigungsgesetzes (3. StatBerG) vom 19. Dezember 1997.

Bundesweit ist es üblich, die Daten der Prüfungsstatistik jeweils als Jahresergebnisse zum Prüfungsjahr zusammenzufassen, welches sich zusammensetzt aus den Daten eines Wintersemesters und denen des darauffolgenden Sommersemesters. In diese Veröffentlichung werden die abgeschlossenen Abschlussprüfungen der Prüfungsjahre 1993 bis 2001 einbezogen.

Die Hochschulausbildung wird in der Regel durch eine Abschlussprüfung abgeschlossen. Alle abgelegten Abschlussprüfungen einschließlich der Promotionen werden in der Prüfungsstatistik erfasst. In vielen Studiengängen werden einzelne Studienabschnitte durch Vor- und Zwischenprüfungen abgeschlossen. Diese Prüfungen sind Voraussetzung für den Übergang in den nächsten Studienabschnitt. In der bundeseinheitlichen Prüfungsstatistik erfolgt keine Erhebung von Vor- und Zwischenprüfungen.

Die abgelegten Abschlussprüfungen können nach dem Prüfungsergebnis (bestanden/endgültig nicht bestanden) aufgegliedert werden. Kandidaten mit bestandener Abschlussprüfung werden als Absolventen bezeichnet. Die Zahl der Absolventen ist nicht identisch mit der Zahl der Hochschulabgänger, die nach erfolgreichem Studienabschluss die Hochschule verlassen. Ein Teil der Absolventen verbleibt, z. B. wegen Aufnahme eines Zweit-, Aufbau- oder Ergänzungsstudiums, weiterhin an der Hochschule. Nach erfolgreichem Abschluss dieses weiteren Studiums wird er nochmals als Absolvent erfasst.

Die bundeseinheitliche Prüfungsstatistik kann neben Angaben zu den erreichten Abschlüssen nach Fächergruppen, Studienbereichen und Studienfächern auch verlaufspezifische Angaben, wie z. B. Fachstudiendauer, Verweildauer an deutschen Hochschulen, Urlaubssemester und Auslandsaufenthalte im Rahmen des Studiums liefern. Dazu werden Merkmale aus der Studentenstatistik entnommen und über ein Identmerkmal zusammengeführt.

Nur über die Erfolgsquote der Abschlussprüfungen allein kann man keine Rückschlüsse ziehen, wie erfolgreich Studierende ihr Studium absolvieren und abschließen, da nur endgültig nicht bestandene Abschlussprüfungen ohne Wiederholungsmöglichkeit erhoben werden. In der Studierendenstatistik werden zwar die Gründe für eine Exmatrikulation erhoben. Diese Gründe lassen aber auch nicht in jedem Fall Rückschlüsse auf einen Studienerfolg bzw. Misserfolg zu. Solche Gründe sind z. B. einerseits endgültig nicht bestandene Vor- oder Zwischenprüfungen, Aufgabe oder Unterbrechung des Studiums, aber auch Hochschulwechsel oder Beendigung des Studiums, obwohl die Prüfung noch nicht abgeschlossen wurde oder gar keine

Prüfung möglich war (Gaststudierende, Nebenhörer, Austauschstudenten). Bei letzteren Gründen kann man keine Rückschlüsse auf den Studienerfolg ziehen. Die Hochschulstatistik erlaubt es demnach nicht in jedem Fall, die Studierenden von ihrer ersten Einschreibung an einer deutschen Hochschule bis zu einem Prüfungserfolg zu verfolgen.

Außerdem haben Studierende die Möglichkeit, ihre Abschlussprüfung vor Prüfungsämtern anderer Hochschulen (ggf. anderer Bundesländer) oder externen Prüfungsämttern anderer Bundesländer abzulegen.

Auskunftspflichtige

- Prüfungsämter folgender Hochschulen des Landes Brandenburg:**
 - Universitäten
 - Universität Potsdam
 - Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
 - Brandenburgische Technische Universität Cottbus
 - Kunsthochschule
 - Hochschule für Film und Fernsehen in Potsdam-Babelsberg
 - Fachhochschulen
 - Fachhochschule Brandenburg
 - Fachhochschule Eberswalde
 - Fachhochschule Lausitz
 - Fachhochschule Potsdam
 - Technische Fachhochschule Wildau
 - Verwaltungsfachhochschule
 - Fachhochschule für Finanzen des Landes Brandenburg in Königs Wusterhausen
- externe Prüfungsämter:**
 - Justizprüfungsamt bei dem Ministerium der Justiz und für Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg:
 - 1. Staatsexamen für Juristen (Studierende der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) und der Universität Potsdam)
 - Landesprüfungsamt Brandenburg für Erste und Zweite Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen:
 - 1. Staatsexamen und Ergänzungs- und Erweiterungsprüfungen für Lehrämter (Studierende der Universität Potsdam)
 - Staatliches Prüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen des Landes Brandenburg:
 - Laufbahnprüfung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst des Landes Brandenburg (Studierende der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg)

Abschlussarten

Das Studium in einem Studiengang wird durch Studien- und Prüfungsordnungen bestimmt und führt in der Regel zu einem berufsqualifizierenden Abschluss mit unterschiedlichem akademischen Grad. Für die Statistik wird der Studiengang als Kombination der angestrebten Abschlussprüfung mit einem, ggf. bis zu drei Studienfächern erfasst. Magisterstudiengänge und erste Staatsprüfungen für Lehrämter werden lt. Studien- und Prüfungsordnungen für mehrere Fächer abgeschlossen. Bei Auswertungen der Prüfungsfächer wird in dieser Veröffentlichung nur das jeweils erste Prüfungsfach betrachtet. Im Land Brandenburg können zurzeit verschiedene Abschlüsse erreicht werden. Nicht an allen Universitäten bzw. Fachhochschulen werden Studiengänge angeboten, die zu allen genannten Abschlüssen führen können, außerdem sind die möglichen Abschlüsse abhängig von der belegten Fachrichtung.

Hochschulabschlüsse im Land Brandenburg

- Abschlüsse nach Universitätsstudien**
 - Promotion
 - 1. Staatsexamen für Juristen
 - 1. Staatsexamen für Lehrämter an Schulen
 - Ergänzungs- und Erweiterungsprüfungen für Lehrämter an Schulen
 - Universitätsdiplom -Diplom (U)-
 - Magister
 - Bachelor
 - Master
 - Zertifikat
 - Abschlüsse nach Kunsthochschulstudien**
 - Kunsthochschuldiplom -Diplom (KH)-
 - Fachhochschuldiplom -Diplom (FH)-
 - Abschlüsse nach Fachhochschulstudien**
 - Fachhochschuldiplom -Diplom (FH)-
 - Bachelor
 - Master
 - Abschlüsse nach Studien an Verwaltungsfachhochschulen**
 - Staatliche Laufbahnprüfung mit Diplom (FH)
 - Staatliche Laufbahnprüfung
- Die Art des Abschlusses wird außerdem unterschieden nach:
- Erststabschluss**
 - Erster Hochschulabschluss
 - Zweitabschluss**
 - Zweiter Abschluss nach einem ersten Hochschulabschluss, für den der erste Abschluss keine Zugangsvoraussetzung ist

- Abschluss nach Aufbaustudium**
 - Abschluss nach einem bereits erreichten Hochschulabschluss, der in der Regel Voraussetzung für die Zulassung ist
- Ergänzungs-, Erweiterungs- und Zusatzabschlüsse**
 - Ergänzende, vorrangig berufsbezogene Qualifikation (z. B. bei Lehramtsprüfungen: Ergänzende Qualifikation für ein weiteres Lehramt oder Lehrbefähigung für ein weiteres Unterrichtsfach)
- Abschlüsse nach Kontakt-/Weiterbildungsstudien**
 - Aktualisierung einer früheren Hochschulausbildung oder wissenschaftliche Aufarbeitung der Erfahrungen aus der Berufspraxis
- Promotion:**
 - Doktorprüfungen mit oder ohne Einschreibung an einer Hochschule während des Promotionsverfahrens

Abschlussprüfungen in den Prüfungsjahren

1993 bis 2001

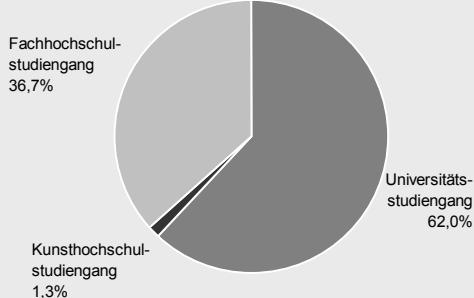
In den neun Jahren von 1993 bis 2001 wurden vor den Prüfungssämttern der Hochschulen und den externen Prüfungssämttern insgesamt 24 410 akademische Prüfungen abgelegt, 24 197 bzw. 99,1 Prozent wurden bestanden.

60,9 Prozent der bestandenen Prüfungen waren erste Hochschulabschlüsse, die anderen 39,1 Prozent waren Abschlüsse nach Promotions-, Zweit-, Aufbau-, Ergänzungs-, oder Erweiterungsstudien, sowie nach Kontakt- oder Weiterbildungsstudien. Die Anzahl der Erstabschlüsse ist seit 1993 ständig gestiegen, u. a. weil viele Studiengänge erst nach 1991, dem Jahr der Neugründung der meisten Hochschulen des Landes Brandenburg neu eingerichtet wurden und deshalb in den ersten Jahren noch sehr wenig Erstabsolventen zu verzeichnen waren. Im Prüfungsjahr 2001 waren drei Viertel aller bestandenen Prüfungen Erstabschlüsse. Bundesweit lag der Anteil der Erstabsolventen an den Absolventen insgesamt in den vergangenen Jahren immer über 80 Prozent.

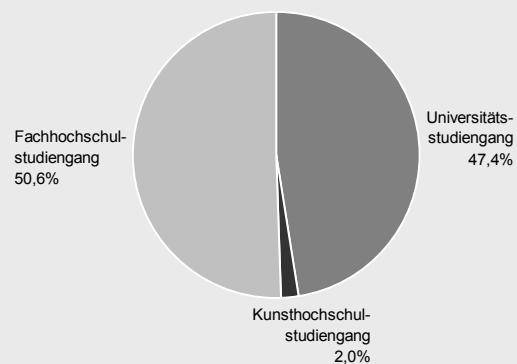
62,0 Prozent aller Prüfungen wurden nach Universitätsstudiengängen bestanden, 36,7 Prozent nach Fachhochschulstudiengängen (einschließlich der Fachhochschulstudiengänge an der Kunsthochschule) und 1,3 Prozent der Absolventen erreichten ein Kunsthochschuldiplom. Bei der Betrachtung der 14 733 Erstabschlüsse seit 1993 ergibt sich hier eine andere Verteilung zugunsten der erfolgreich abgeschlossenen Fachhochschulstudiengänge, da der überwiegende Anteil der Prüfungen, die nach Fachhochschul- aber auch nach Kunsthochschulstudiengängen erfolgreich abgelegt wurden, erste Studienabschlüsse waren (83,9 bzw. 94,3 Prozent), während nicht einmal jeder zweite Studienabschluss nach Universitätsstudiengängen ein erster Hochschulabschluss war.

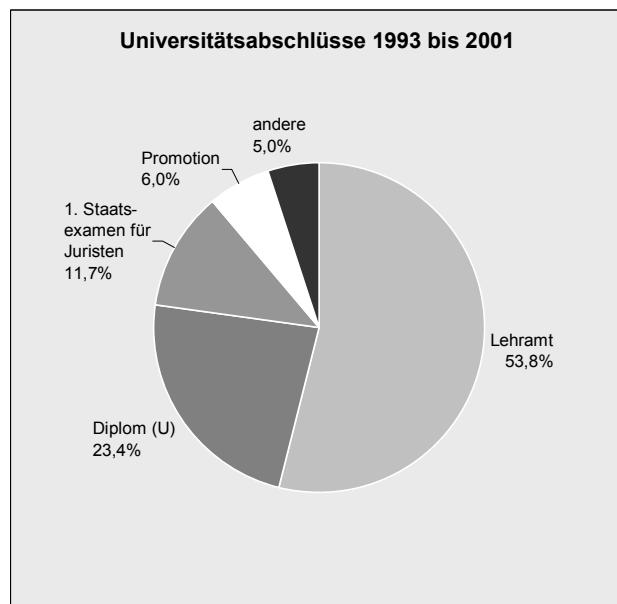
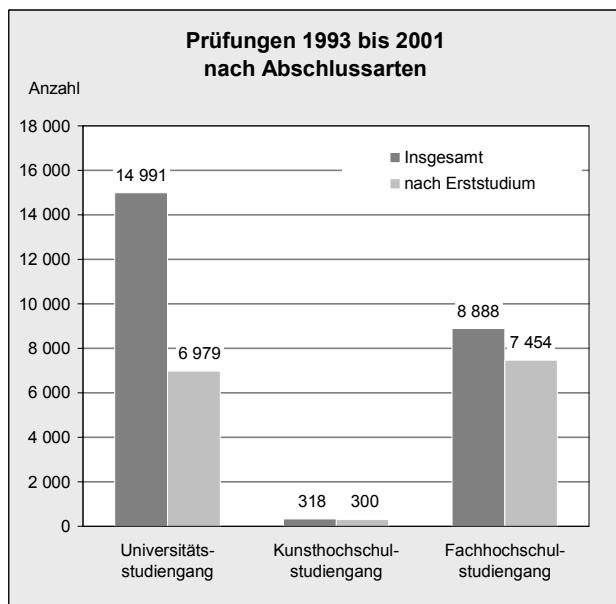
Anteil der Prüfungen 1993 bis 2001 nach der Art des Studienganges

insgesamt



nach Erststudium





Universitätsabschlüsse

Nach Universitätsstudien wurden im Land Brandenburg überwiegend Lehramtsprüfungen und Diplomprüfungen abgelegt.

Die Lehramtsprüfungen enthielten einen hohen Anteil an Ergänzungs- und Erweiterungsprüfungen für Lehrämter (79,1 Prozent der insgesamt 8 067 Lehramtsprüfungen). Ergänzungsprüfungen für Lehrämter sind im Land Brandenburg Prüfungen, die das Erreichen eines oder eines weiteren Lehramtes zum Ziel haben. Durch eine erfolgreiche Erweiterungsprüfung erwirbt der Kandidat eine Lehrbefähigung für ein weiteres Fach. Diese hohe Anzahl Prüfungen nach weiterführenden Studien ist auch die Ursache für den bereits erwähnten geringen Anteil Erstabsolventen an den Prüfungen nach einem Universitätsstudium.

An den Universitäten werden nach wie vor häufig Diplomstudiengänge belegt. So schlossen 3 509 Absolventen (23,4 Prozent) mit einem Universitätsdiplom, vor allem in den Ingenieurwissenschaften, wie Bauingenieurwesen/Ingenieurbau und Umweltingenieurwesen/Verfahrenstechnik, aber auch in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wie Betriebswirtschaftslehre und Wirtschaftsingenieurwesen ab.

Einen weiteren hohen Anteil der Prüfungen nach Universitätsstudien nahmen die ersten Staatsexamen für Juristen ein. Seit 1993 wurden im Land Brandenburg 1 755 (11,7 Prozent) erste Staatsexamen für Juristen erfolgreich abgeschlossen. Laut Ausbildungs- und Prüfungsordnung für das erste Staatsexamen für Juristen im Land Brandenburg kann eine bestandene Prüfung zum nächsten oder über-

nächsten Prüfungstermin zur Notenverbesserung wiederholt werden, wenn der Kandidat sich nach ununterbrochenem Studium der Rechtswissenschaft innerhalb der festgesetzten Meldefrist, spätestens zu dem auf den Vorlesungsschluss des achten Studienhalbjahres folgenden Prüfungstermin gemeldet und alle Prüfungsleistungen in diesem Prüfungsdurchgang vollständig erbracht hat. Seit der Einführung dieser Regelung im Prüfungsjahr 1995 machten 168 Kandidaten von dem Wiederholungsversuch zur Notenverbesserung Gebrauch. In der Statistik zählen diese Prüfungen wieder als Erstabschluss.

An den drei Universitäten des Landes promovierten im genannten Zeitraum insgesamt 903 Personen (6,0 Prozent), darunter drei Viertel an der Universität Potsdam. 405 Promotionen wurden in der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften abgeschlossen, darunter 124 in Physik und 96 in Chemie. Weitere 110 Personen promovierten in Rechtswissenschaft.

Die anderen 5,0 Prozent der Universitätsabschlüsse waren Magister-, Bachelor-, Masterabschlüsse und Zertifikate. Auf der Grundlage der Änderung des Hochschulrahmen gesetzes vom August 1998 sind ab Wintersemester 1998 an einigen Hochschulen des Landes Studiengänge eingerichtet worden, die mit den international anerkannten Abschlüssen Bachelor oder Master abschließen. Die Zahl der Prüfungen mit diesen Abschlüssen ist aber bisher für Auswertungen zu gering.

Fachhochschulabschlüsse

Fachhochschulabschlüsse werden im Land Brandenburg an den fünf Fachhochschulen, den beiden Verwaltungsfachhochschulen und in drei Studiengängen der Kunsthochschule vergeben.

ABSCHLUSSPRÜFUNGEN

Bestandene Abschlussprüfungen im Land Brandenburg nach Hochschularten in den Prüfungsjahren 1993 bis 2001

Prüfungs-jahr	Bestandene Prüfungen insgesamt	Universitäts-abschlüsse	darunter		Kunsthoch-schulab-schlüsse	darunter	Fachhoch-schulab-schlüsse ¹⁾	Abschlüsse an Verwaltungsfachhochschulen
			Diplom(U)	Lehramt				
Bestandene Prüfungen insgesamt								
1993	683	635	260	201	42	15	6	-
1994	2 057	1 356	174	1 092	37	18	292	372
1995	2 543	1 542	189	1 070	41	16	500	460
1996	2 907	1 871	445	1 042	42	11	559	435
1997	3 127	1 908	370	1 132	39	4	623	557
1998	3 135	1 907	495	1 003	28	7	769	431
1999	3 027	1 898	440	1 006	59	17	828	242
2000	3 398	2 128	516	1 025	73	20	1 011	186
2001	3 320	1 746	620	496	95	30	1 186	293
1993 bis 2001	24 197	14 991	3 509	8 067	456	138	5 774	2 976
Bestandene Prüfungen als Erstabschluss								
1993	461	413	209	201	42	15	6	-
1994	1 006	458	161	286	37	18	193	318
1995	1 513	853	189	451	41	16	191	428
1996	1 716	927	438	247	41	11	327	421
1997	1 794	793	369	176	37	4	446	518
1998	1 897	826	487	86	26	6	633	412
1999	1 811	786	438	66	57	17	735	233
2000	2 040	879	509	52	66	20	918	177
2001	2 495	1 044	613	90	89	29	1 086	276
1993 bis 2001	14 733	6 979	3 413	1 655	436	136	4 535	2 783

1) ohne Verwaltungsfachhochschulen

Von den 8 750 Absolventen der Fachhochschulen (einschließlich der Verwaltungsfachhochschulen) schlossen 98,6 Prozent (8 631) mit dem Fachhochschuldiplom ab. Die anderen Prüfungen waren Abschlüsse der Staatlichen Laufbahnprüfung und Bachelor- oder Masterabschlüsse. Die Staatliche Laufbahnprüfung wird am Staatlichen Prüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen abgelegt. Wenn gleichzeitig ein Fachhochschuldiplom erfolgreich abgelegt wird, wird diese Prüfung in der Statistik als Diplomprüfung (FH) erfasst.

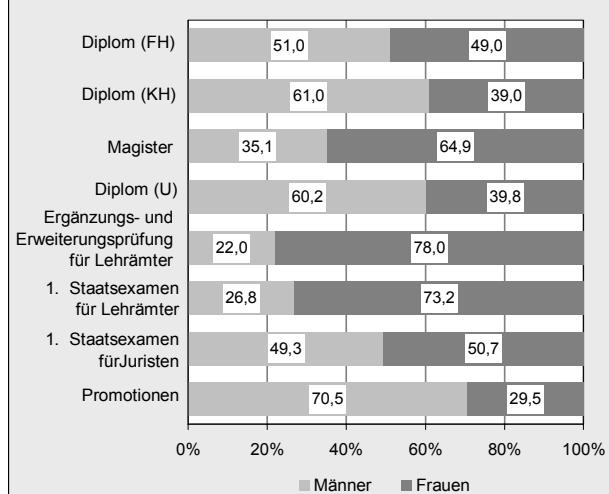
Nach erfolgreichem Abschluss von Fachhochschulstudien-gängen an der Kunsthochschule wurden in den Jahren 1993 bis 2001 insgesamt 138 Fachhochschuldiplome vergeben.

Mehr als die Hälfte aller Prüfungen von Frauen abgelegt

Seit 1993 wurden insgesamt 56,5 Prozent aller akademischen Prüfungen erfolgreich von Frauen abgelegt. Dieser hohe Anteil ist vor allem auf die große Anzahl von Lehramtsprüfungen zurückzuführen. In den einzelnen Prüfungsgruppen war der Anteil Prüfungen, die von Frauen

abgelegt wurden, jedoch recht unterschiedlich. So war die Frauenquote neben den Lehramtsprüfungen (77 Prozent) beim Magisterabschluss mit rund 65 Prozent sehr hoch.

Ausgewählte Abschlussprüfungen nach Geschlecht 1993 bis 2001



Beim erfolgreich bestandenen 1. Staatsexamen für Juristen und beim Fachhochschuldiplom waren die Anteile der weiblichen und männlichen Prüfungskandidaten annähernd gleich. Dagegen dominierten beim Erlangen des Universitätsdiploms die Männer. Hier lag der Frauenanteil rund 20 Prozentpunkte unter dem der Männer. Die geringste Frauenquote (rund 30 Prozent) wurde für die Promotionen ermittelt.

Bundesweit lag der Anteil der weiblichen Absolventen mit 42 Prozent im Durchschnitt der letzten sechs Jahre wesentlich niedriger als in Brandenburg. Wie bereits erwähnt, ist der hohe Anteil weiblicher Absolventen in Brandenburg auf die hohe Anzahl an Lehramtsabsolventinnen (einschließlich der Ergänzungs- und Erweiterungsprüfungen) zurückzuführen. Aber auch der Vergleich der Erstabsolventinnen (51 Prozent in Brandenburg) mit dem Bundesdurchschnitt (43 Prozent) zeigt, dass der Frauenanteil unter den Hochschulabsolventen im Land Brandenburg wesentlich höher war.

Die nachstehende Grafik verdeutlicht die unterschiedlichen Neigungen der Frauen und Männer bei der Wahl ihrer Studiengänge, die erfolgreich zum 1. Staatsexamen für Juristen bzw. für Lehrämter an Schulen sowie zum Diplom an Universitäten und Fachhochschulen führten. So gehören zu den zehn Studiengängen mit den höchsten Absolventenzahlen bei Frauen sechs Lehramtsstudiengänge, bei Männern nur einer. Demgegenüber gehören zu den zehn Studiengängen mit den höchsten Absolventenzahlen bei den Männern acht Diplomstudiengänge, bei Frauen nur drei.

Steigende Anzahl Prüfungen durch Ausländer

651 Prüfungen wurden in den vergangenen neun Jahren von ausländischen Kandidaten erfolgreich bestanden.

Überwiegend legten Ausländer Diplomprüfungen ab (370 Universitätsdiplome und 70 Fachhochschuldiplome), aber auch 72 Promotionen.

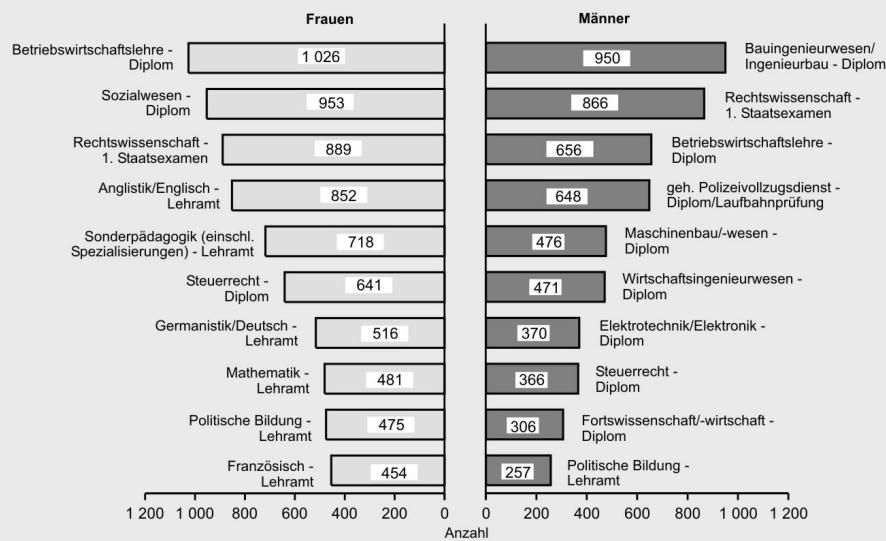
Mehr als die Hälfte dieser Prüfungen wurde durch polnische Staatsbürger absolviert, die überwiegend an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) eingeschrieben waren. Diese legten zum großen Teil Prüfungen zum Universitätsdiplom in Betriebswirtschaftslehre (223) und in Kulturwissenschaften (66) ab. Die Anzahl erfolgreicher Hochschulprüfungen durch Ausländer ist in den vergangenen Jahren angestiegen, von sechs Prüfungen im Prüfungsjahr 1993 auf 211 im Prüfungsjahr 2001.

Steigende Fachstudiendauer bei Erstabsolventen

Bei den nachfolgenden Auswertungen und Vergleichen der Fachstudiendauer, der Verweildauer an deutschen Hochschulen und des Alters der Prüfungsteilnehmer wurden nur die Prüfungen einbezogen, die ein erstes Hochschulstudium abschlossen. Dadurch wird die Darstellung übersichtlicher, da auf weniger Besonderheiten eingegangen werden muss. Die vielen Aufbau-, Ergänzungs- und Erweiterungsprüfungen mit jeweils unterschiedlicher Anzahl angerechneter Fachsemester und unterschiedlichen notwendigen Studienvoraussetzungen würden einen Vergleich erschweren.

Infolge der Neugründung der meisten brandenburgischen Hochschulen im Jahr 1991 wurden viele Studiengänge erst nach und nach neu eingerichtet, deshalb liegen auswertbare und vergleichbare Daten über Fachstudiendauer und Verweildauer an deutschen Hochschulen in Größenordnungen, die einen Vergleich zulassen, erst ab dem Prüfungsjahr 1995.

Die zehn Studiengänge mit den meisten Absolventen 1993 - 2001



In der Statistik wird unterschieden zwischen Fachstudiendauer und Verweildauer an deutschen Hochschulen. Zur Fachstudiendauer gehören nur die Fachsemester, die im jeweiligen Studiengang absolviert werden. Angerechnete Fachsemester aus Ausbildungsgängen außerhalb von Hochschulen (z. B. berufspraktische Zeiten oder Besuch einer Ingenieur- oder Fachschule) oder anerkannte Fachstudienzeiten aus einem Auslandsstudium werden in die Fachstudienzeiten einbezogen. Für Auswertungen in dieser Veröffentlichung wurde die Fachstudiendauer genau bis zum Monat der offiziellen Feststellung des Gesamtergebnisses durch das Prüfungssamt in die Berechnung einbezogen.

Die folgende Grafik macht deutlich, dass die durchschnittliche Fachstudiendauer an den Hochschulen im Land Brandenburg insgesamt von 7,4 Fachsemestern im Prüfungsjahr 1995 auf 9,6 Fachsemester im Prüfungsjahr 2001 angestiegen ist, jedoch an den einzelnen Hochschularten sehr unterschiedlich. Die höchste Fachstudiendauer und auch den höchsten Anstieg der Fachstudiendauer haben die Absolventen der Kunsthochschule zu verzeichnen (von 10,1 Fachsemestern im Prüfungsjahr 1995 auf 13,8 im Jahr 2001). Über dem Durchschnitt der brandenburgischen Hochschulen insgesamt lag auch die Fachstudiendauer an Universitäten (Erhöhung von 8,0 auf 11,0). Die Fachstudiendauer an den Fachhochschulen lag unter dem Landesdurchschnitt, eine Erhöhung ist aber auch hier zu verzeichnen (von 7,8 auf 9,0). Eine Sonderstellung nehmen die Verwaltungsfachhochschulen ein, deren Fachstudiendauer konstant bei sechs Fachsemestern lag. Das Studium an den Verwaltungsfachhochschulen ist einheitlich lt. Ausbildungs- und Prüfungsordnungen auf die Dauer von drei Jahren ausgerichtet.



Eine Erhöhung der durchschnittlichen Fachstudiendauer bis zum ersten Hochschulabschluss an den einzelnen Hochschularten (außer an den Verwaltungsfachhochschulen) ist bei allen Abschlussarten zu beobachten. Unter den Universitätsstudiengängen ist der Anstieg der Fachstudiendauer bei den Lehramtsstudiengängen am höchsten (von 6,8 Fachsemestern im Prüfungsjahr 1995 auf 11,2 Fachsemester 2001). Ein Anstieg gegenüber 1995 ist auch beim 1. Staatsexamen für Juristen (um 1,8 Fachsemester), den Magisterstudiengängen (um 1,5 Fachsemester) und bei den universitären Diplomstudiengängen (um 1,4 Fachsemester) zu verzeichnen.

Die insgesamt erhöhte Fachstudiendauer in den letzten Prüfungsjahren lässt sich unter anderem dadurch erklären, dass in den nach 1991 neu eingerichteten Studiengängen Studierende mit ungewöhnlich hoher Fachstudiendauer (Langzeitstudierende) in den ersten Prüfungsjahren noch keine Prüfung ablegten und demzufolge wurde deren Fachstudiendauer noch nicht in die Berechnung einbezogen.

Bei der Verweildauer der Studierenden von der ersten Einschreibung an einer deutschen Hochschule bis zum Erreichen eines ersten Abschlusses ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Verweildauer war bei Absolventen der Kunsthochschule am höchsten, gefolgt von denen der Universitäten. Unter dem Durchschnitt der brandenburgischen Hochschulen insgesamt lagen auch hier die Absolventen der Fachhochschulen und am niedrigsten die der Verwaltungsfachhochschulen.

Bei der Verweildauer wird die Anzahl der Semester gezählt, welche die Studierenden an deutschen Hochschulen eingeschrieben sind. Die Verweildauer an Hochschulen ist oft länger als die Fachstudiendauer, da viele Studierende ein oder mehrere Male im Verlauf ihres Studiums den Studiengang wechseln oder sich aus verschiedenen Gründen (z. B. Wehr- oder Zivildienst, Auslandsaufenthalt, Krankheit oder Mutterschutz) beurlauben lassen. Während dieser Zeit bleiben sie an den Hochschulen eingeschriebene Studierende, deren Verweildauer an der Hochschule fortgeschrieben wird, die Fachstudienzeit jedoch ruht.

Andererseits kommt es auch vor, dass Studierenden Vorleistungen aus anderen Ausbildungsgängen vor einem Hochschulstudium oder aus einem Auslandsstudium als Fachsemester anerkannt werden. Diese Studierende werden oft schon in ein höheres Fachsemester eingeschrieben und haben dann eine geringere Verweildauer an deutschen Hochschulen.

Die Prüfungsteilnehmer müssen nicht ihre gesamte an deutschen Hochschulen verbrachte Studienzeit an einer Hochschule der gleichen Hochschulart eingeschrieben

sein. Oftmals wird im Verlauf der Studienzeit an eine Hochschule einer anderen Hochschulart gewechselt.

Trotz der Erhöhung in den vergangenen Jahren lagen die Fachstudien- und Verweilzeiten der brandenburgischen Hochschulabsolventen noch unter dem Bundesdurchschnitt. Der Bundesdurchschnitt lag im Prüfungsjahr 2001 bei 10,7 Fachsemestern (1,1 Fachsemester höher) und 12,0 Hochschulsemestern (1,6 Hochschulsemester höher).

Absolventen werden immer älter

Das Durchschnittsalter der Erstabsolventen ist seit dem Prüfungsjahr 1995 um 1,8 Jahre angestiegen und betrug im Jahr 2001 26,9 Jahre. Trotz dieses Anstiegs lag das Alter der Erstabsolventen im Land Brandenburg 1 bis 2 Jahre unter dem Bundesdurchschnitt.

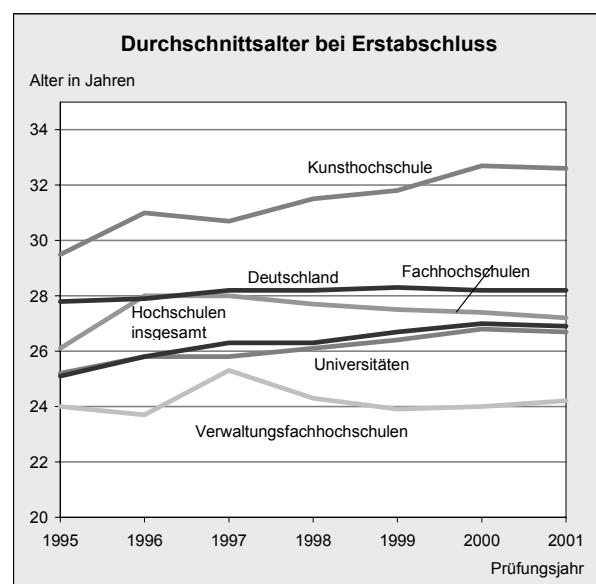
Das höchste Durchschnittsalter und gleichzeitig der höchste Anstieg wird für die Absolventen der Kunsthochschule ausgewiesen. Das durchschnittliche Alter bei einem ersten Hochschulabschluss stieg an dieser Hochschule von 29,5 Jahre im Prüfungsjahr 1995 auf 32,6 Jahre im Prüfungsjahr 2001.

Über dem Durchschnitt aller brandenburgischen Hochschulen lag auch das Durchschnittsalter der Absolventen der Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen). Es betrug im Prüfungsjahr 2001 27,2 Jahre, war jedoch seit 1997 rückläufig.

Niedriger als der Landesdurchschnitt war das Durchschnittsalter bei den Universitätsabsolventen. Allerdings ist auch hier ein Anstieg um 1,5 Jahre gegenüber 1995 zu verzeichnen.

Bei den Verwaltungsfachhochschulen lag das Durchschnittsalter, auch wegen der kürzeren Studiendauer, am niedrigsten.

Die Bewertung des Alters beim ersten Hochschulabschluss kann nicht unabhängig von anderen Merkmalen erfolgen. Zum einen steigt mit längeren Fachstudienzeiten, häufigen Studiengangwechseln, häufigen Studienunterbrechungen und Beurlaubungen die Verweildauer an den Hochschulen an, was ein höheres Durchschnittsalter der Erstabsolventen zur Folge hat. Zum anderen wird es durch das gestiegene



Eintrittsalter bei Studienbeginn beeinflusst, das wiederum u. a. von einer vor dem Studium abgeschlossenen Berufsausbildung abhängt. So waren die Studierenden im Wintersemester 2001/2002 bei Beginn des Fachstudiums mit durchschnittlich 22 Jahren ein Jahr älter als die Studienanfänger vor 9 Jahren.

Das ist auf die Studienanfänger der Universitäten und der Fachhochschulen gleichermaßen zurückzuführen. Das Alter der Studienanfänger der Universitäten erhöhte sich seit Wintersemester 1992/1993 bis Wintersemester 2001/2002 von 20,4 Jahre auf 21,5 Jahre, das der Anfänger an Fachhochschulen von durchschnittlich 22,0 Jahre auf 22,7 Jahre. Das höhere Durchschnittsalter der Studienanfänger an Fachhochschulen ist vermutlich auf die stärker anwendungsbezogene Ausbildung an Fachhochschulen zurückzuführen. Viele Studierende an Fachhochschulen absolvierten mitunter erst eine Berufsausbildung, ehe sie sich zu einem Studium entschlossen.

Am höchsten war das Durchschnittsalter der Studierenden, die ein Fachstudium an der Kunsthochschule aufnahmen (zwischen 24,6 und 25,6 Jahre); am jüngsten waren in den vergangenen fünf Jahren die Studienanfänger der Verwaltungsfachhochschulen.

Erika Eltfeld

Arbeitskosten 2000 im Produzierenden Gewerbe

Im Jahr 2000 wurden zum dritten Mal nach 1992 und 1996 in den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes Brandenburgs die Arbeitskosten erhoben.

Die vom Arbeitgeber im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Arbeitskräften getragenen Aufwendungen stiegen je vollbeschäftigte Arbeitnehmer im Zeitraum 1996 bis 2000 um 10,6 Prozent bzw. 3 104 EUR auf durchschnittlich 32 271 EUR an. Im Zeitraum 1992 bis 1996 war der Anstieg mit 32,2 Prozent bzw. 7 098 EUR wesentlich höher. Auf das Entgelt für geleistete Arbeitszeit entfielen 60,4 Prozent und auf die Personalnebenkosten 39,6 Prozent der gesamten Arbeitskosten. Das Entgelt für geleistete Arbeitszeit stieg 2000 gegenüber 1996 um 11,6 Prozent. Die Personalnebenkosten sind im gleichen Zeitraum mit 9,5 Prozent langsamer angestiegen.

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag hat erste vorliegende Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 2000 nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen ausschließlich für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit Sitz im Land Brandenburg, unabhängig vom Standort der Unternehmensteile (Betriebe), zum Inhalt.

Ein späterer Beitrag wird sich mit regional bereinigten Ergebnissen für das Land Brandenburg befassen. Dazu ist ein so genannter Länderaustausch von Betriebsergebnissen (Betriebskonzept) erforderlich. Die Ergebnisse nach dem Betriebskonzept ermöglichen dann auch einen exakten Niveauvergleich der Arbeitskosten zwischen den Ländern.

Auf Hinweise zur Methodik wird in diesem Beitrag weitgehend verzichtet. Eine ausführliche Darstellung zur Methodik der Arbeitskostenerhebung ist in Daten + Analysen 6/1999 veröffentlicht.

Höhe der Arbeitskosten nach Wirtschaftszweigen und Arbeitnehmergruppen sehr unterschiedlich

Die Arbeitskosten je vollbeschäftigte Arbeitnehmer betrugen 2000 in den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes Brandenburgs 32 271 EUR. Zwischen den Wirtschaftszweigen sind extrem große Unterschiede in den Aufwendungen der Unternehmen festzustellen.

Die Kosten liegen bei grober Untergliederung nach Abschnitten der Wirtschaftszweigsystematik im Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (im folgenden Text als Bergbau bezeichnet) mit 48 479 EUR am höchsten, gefolgt von der Energie- und Wasserversorgung mit 44 424 EUR. Der Abstand beider Wirtschaftszweige zum Verarbeitenden Gewerbe mit Durchschnittsaufwendungen von 33 306 EUR und zum Baugewerbe mit 27 333 EUR ist erheblich.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes (gemeinhin als Industrie bezeichnet) sind die Arbeitskosten ebenfalls inhomogen. Sie streuen von 20 202 EUR im Textilgewerbe bis 55 775 EUR im sonstigen Fahrzeugbau (u. a. Schienenfahrzeugbau, Luft- und Raumfahrzeugbau).

Die großen Differenzen zwischen den Wirtschaftszweigen sind durch eine Vielzahl von Faktoren bedingt, wie z. B. der Struktur der Beschäftigten hinsichtlich ihrer Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellter, dem Geschlecht, der Qualifikation, tariflicher und betrieblicher Festlegungen zum Arbeitsentgelt, zu den Sonderzahlungen sowie den Vorsorgeaufwendungen.

Aus der laufenden Verdiensterhebung und der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung ist bekannt, dass Frauen nach wie vor deutlich weniger Arbeitseinkommen als Männer beziehen und dass mit steigendem Qualifikationsniveau das Einkommen ebenfalls zunimmt. Beide Faktoren beeinflussen natürlich die Höhe der Arbeitskosten. Allerdings kann für die Arbeitskostenerhebung ihr Einfluss nicht quantitativ bestimmt werden.

Für das Produzierende Gewerbe können zumindest Aussagen nach den Arbeitnehmergruppen Arbeiter und Angestellte getroffen werden. Zwischen beiden Arbeitnehmergruppen sind die Unterschiede in den Aufwendungen erheblich.

Die Arbeitskosten je vollbeschäftigte Angestellten sind im Produzierenden Gewerbe mit 43 379 EUR um 34,4 Prozent höher und die der Arbeiter mit 27 929 EUR um 13,5 Prozent niedriger als im Durchschnitt je Arbeitnehmer. Somit waren 2000 die Aufwendungen der Arbeitgeber bezogen auf einen Vollbeschäftigen für Angestellte um durchschnittlich 15 450 EUR bzw. 55,3 Prozent höher als für Arbeiter.

Struktur der Arbeitskosten leicht verändert

Arbeitskosten je Vollbeschäftigte im Produzierenden Gewerbe			
Arbeitnehmergruppe	1992	1996	2000
	EUR		
Produzierendes Gewerbe			
Arbeitnehmer	22 069	29 167	32 271
Arbeiter/-innen	20 569	26 113	27 929
Angestellte	25 747	38 056	43 379
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
Arbeitnehmer	26 299	38 379	48 479
Arbeiter/-innen	25 077	34 827	42 395
Angestellte	29 506	45 132	60 275
Energie- und Wasserversorgung			
Arbeitnehmer	26 695	36 014	44 424
Arbeiter/-innen	24 745	32 062	36 422
Angestellte	28 715	38 743	50 426
Verarbeitendes Gewerbe			
Arbeitnehmer	19 023	29 421	33 306
Arbeiter/-innen	16 785	25 319	28 584
Angestellte	23 411	38 634	43 045
Baugewerbe			
Arbeitnehmer	22 526	27 070	27 333
Arbeiter/-innen	21 590	25 479	25 281
Angestellte	26 362	35 035	37 013

Im Vergleich zu 1996 sind die Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe um 3 104 EUR bzw. 10,6 Prozent gestiegen. Der absolute und relative Kostenanstieg hat sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre deutlich verringert. 1996 gegenüber 1992 betrug der Anstieg der Arbeitskosten noch 7 098 EUR bzw. 32,2 Prozent. Auffällig ist, dass der Anstieg der Arbeitskosten bei den Angestellten wesentlich höher als bei den Arbeitern ist.

Die Arbeitskosten gliedern sich in das Entgelt für geleistete Arbeitszeit und die Personalnebenkosten, die sich aus den Sonderzahlungen, der Vergütung für arbeitsfreie Tage, den Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen und den sonstigen Personalnebenkosten zusammensetzen.

Auf das Entgelt für geleistete Arbeitszeit entfielen 19 498 EUR bzw. 60,4 Prozent und auf die Personalnebenkosten 12 773 EUR bzw. 39,6 Prozent der gesamten Aufwendungen je vollbeschäftigte Arbeitnehmer. Je 100 EUR Entgelt für geleistete Arbeitszeit kommen im Durchschnitt für die Unternehmen also noch 66 EUR Personalnebenkosten hinzu.

Durch den Gesetzgeber wurden 7 096 EUR der Personalnebenkosten verursacht. Das entsprach 22,0 Prozent der Arbeitskosten. Damit hat sich der Anteil gesetzlich verfügbarer Personalnebenkosten, als ein wichtiger Indikator für die Belastung der Unternehmen durch den Gesetzgeber, im Vergleich zu 1996 (22,8 Prozent) stärker verringert als der Anteil der Personalnebenkosten insgesamt (1996 = 40,0 Prozent). Im Zeitraum 1992 bis 1996 ist der Anteil der gesetzlichen Personalnebenkosten noch um 2,2 Prozentpunkte gestiegen, während der Anteil der Personalnebenkosten insgesamt wie 2000 gegenüber 1996 um 0,4 Prozentpunkte gefallen war.

Mit 5 677 EUR liegen die Personalnebenkosten aus tarifvertraglichen Verpflichtungen oder freiwilligen Leistungen der Unternehmen in Brandenburg bei 80 Prozent der gesetzlichen Personalnebenkosten.

Die Unterschiede in der Höhe der Arbeitskosten in den Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wurden 2000 stärker durch die Personalnebenkosten als durch das

Struktur der Arbeitskosten je vollbeschäftigte Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe						
Kostenart	1992	1996	2000	1992	1996	2000
	EUR			Prozent		
Arbeitskosten insgesamt	22 069	29 167	32 271	100	100	100
darunter Löhne und Gehälter ¹⁾	16 505	22 383	24 986	74,8	76,7	77,4
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	13 162	17 505	19 498	59,6	60,0	60,4
Personalnebenkosten insgesamt	8 907	11 662	12 773	40,4	40,0	39,6
darunter gesetzliche Personalnebenkosten	4 547	6 639	7 096	20,6	22,8	22,0
Sonderzahlungen	720	1 081	1 371	3,3	3,7	4,2
Vergütung arbeitsfreier Tage	2 623	3 798	4 117	11,9	13,0	12,8
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	3 647	5 183	5 695	16,5	17,8	17,6
Sonstige Personalnebenkosten	1 917	1 600	1 589	8,7	5,5	4,9

1) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage

Entgelt für geleistete Arbeitszeit geprägt. Das Entgelt für geleistete Arbeitszeit war mit einer Bandbreite von 17 096 EUR je vollbeschäftigte Arbeitnehmer im Baugewerbe bis 26 273 EUR in der Energie- und Wasserversorgung deutlich homogener als die Personalnebenkosten. Diese lagen zwischen 10 235 EUR im Baugewerbe und 24 765 EUR im Bergbau. Im Bergbau machten sie mit 51,1 Prozent mehr als die Hälfte der Arbeitskosten aus.

Den größten Anteil an den Personalnebenkosten haben mit 5 695 EUR die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen, die im Wesentlichen die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung (5 384 EUR) beinhalten. Dazu kommen noch die Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge mit durchschnittlich 310 EUR je vollbeschäftigte Arbeitnehmer.

Auf die Vergütung arbeitsfreier Tage, wie die Urlaubsvergütung, die gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall, die Vergütung gesetzlicher Feiertage sowie betrieblicher und tariflicher freier Tage, entfallen 4 117 EUR.

An dritter Stelle folgen in Brandenburg die sonstigen Personalnebenkosten mit 1 589 EUR. Das sind im Wesentlichen Entlassungsentschädigungen, betriebliches Kurzarbeitergeld, Umlagen für Insolvenzgeld, Zuschüsse zum Mutterschaftsgeld, Wohnungsfürsorge, Naturalleistungen, Aufwendungen für Belegschaftseinrichtungen, Kosten für die Aus- und Weiterbildung.

Mit durchschnittlich 1 371 EUR je vollbeschäftigte Arbeitnehmer bilden die Sonderzahlungen, wie z. B. zusätzliches Urlaubsgeld, Leistungen zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer und Weihnachtsgeld, das Schlusslicht bei den Personalnebenkosten in Brandenburg.

Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde schneller gestiegen als Arbeitskosten insgesamt

Mit der Arbeitskostenerhebung werden neben den Aufwendungen je vollbeschäftigte Arbeitnehmer auch die Aufwendungen je Stunde ermittelt. Die Grundlage dafür bilden die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, d. h. von den bezahlten Stunden werden die arbeitsfreien Zeiten für Urlaub, Krankheit, gesetzlicher Feiertage oder anderer freier Tage abgezogen. Veränderungen der arbeitsfreien Tage wirken sich demzufolge deutlicher auf die Höhe der Arbeitskosten je geleisteter Stunde aus als auf die Arbeitskosten je Arbeitnehmer.

Die für die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes Brandenburgs ermittelten Arbeitskosten je geleisteter Stunde betrugen 19,11 EUR. Das waren 2,04 EUR bzw.

Arbeitnehmergruppe	Arbeitskosten je geleisteter Arbeitsstunde im Produzierenden Gewerbe		
	1992	1996	2000
	EUR		
Arbeitnehmer	12,67	17,07	19,11
Arbeiter/-innen	11,82	15,39	16,58
Angestellte	14,74	22,05	25,55
	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden		
Arbeitnehmer	14,51	23,04	27,93
Arbeiter/-innen	13,50	20,30	24,37
Angestellte	17,42	28,74	34,89
	Energie- und Wasserversorgung		
Arbeitnehmer	15,55	21,09	27,07
Arbeiter/-innen	14,70	18,96	22,05
Angestellte	16,39	22,54	30,89
	Verarbeitendes Gewerbe		
Arbeitnehmer	11,30	17,24	19,68
Arbeiter/-innen	10,14	14,89	16,91
Angestellte	13,47	22,47	25,36
	Baugewerbe		
Arbeitnehmer	12,66	15,78	16,23
Arbeiter/-innen	12,22	14,96	15,08
Angestellte	14,43	19,70	21,48

12,0 Prozent mehr als 1996. Der Anstieg war auf Grund leicht gesenkener Arbeitszeiten um 1,4 Prozentpunkte höher als bei den Arbeitskosten je Arbeitnehmer.

Für Arbeiter/-innen betragen die Arbeitskosten je geleisteter Stunde 16,58 EUR. Das waren 1,19 EUR bzw. 7,7 Prozent mehr als 1996. Bei den Angestellten war der Anstieg mit 3,50 EUR bzw. 15,9 Prozent auf 25,55 EUR je geleisteter Stunde wesentlich höher als bei den Arbeitern.

Arbeitskosten steigen mit der Unternehmensgröße

Mit steigender Beschäftigtenzahl nehmen die Aufwendungen je Arbeitnehmer zu. In Großunternehmen mit 1 000 und mehr Mitarbeitern/-innen waren 2000 die Arbeitskosten je Arbeitnehmer nahezu doppelt so hoch wie in Kleinunternehmen mit 10 bis 49 Mitarbeitern/-innen.

Insbesondere die Personalnebenkosten bedingen diesen großen Unterschied im Kostenaufwand. Der Anteil der Personalnebenkosten an den Arbeitskosten insgesamt betrug in den Großunternehmen 45,3 Prozent und bei den Kleinunternehmen 36,5 Prozent. Diese Schere hat sich ge-

ARBEITSKOSTEN

Arbeitskosten 2000 je vollbeschäftigte Arbeitnehmer			
Kostenart	Klein- unter- nehmen	Groß- unter- nehmen	Kosten- relation Groß/ Klein- unter- nehmen
	EUR		Prozent
Arbeitskosten insgesamt	25 986	50 611	195
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	16 500	27 688	168
Personalnebenkosten insgesamt	9 486	22 923	242
davon			
gesetzliche Personalnebenkosten	5 979	9 891	165
tarifliche und freiwillige Leistungen	3 507	13 032	372
Sonderzahlungen	661	3 201	484
Vergütung arbeitsfreier Tage	3 362	5 983	178
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	4 723	8 756	185
sonstige Personalnebenkosten	740	4 982	673

genüber 1996 - Großunternehmen 43,6 Prozent, Kleinunternehmen 38,5 - weiter geöffnet. Vor allem die tariflichen und freiwilligen Leistungen tragen zu den höheren Arbeitskosten in den Großunternehmen bei, wie aus der nebenstehenden Aufstellung ersichtlich wird.

Im Vergleich zu 1996 ist der Abstand zwischen Groß- und Kleinunternehmen bei den Arbeitskosten insgesamt je Arbeitnehmer kräftig von 54 Prozent auf 95 Prozent angewachsen, darunter bei den Personalnebenkosten von 74 Prozent auf 142 Prozent. Beim Entgelt für geleistete Arbeitszeit hat sich der Abstand von 34 Prozent im Jahr 1996 auf 68 Prozent im Jahr 2000 erhöht.

Je Stunde geleistete Arbeitszeit betragen 2000 die Arbeitskosten 15,26 EUR in Kleinunternehmen und mit 30,86 EUR mehr als das Doppelte in Großunternehmen. Deutlich geringer ist der Unterschied je geleisteter Stunde bei den Arbeitern/-innen mit 14,25 EUR in Kleinunternehmen und 25,96 EUR in Großunternehmen. Bei den Angestellten liegen die Arbeitskosten je geleisteter Stunde mit 18,95 EUR bzw. 37,15 EUR absolut und relativ zwischen den Klein- und Großunternehmen weiter auseinander als bei den Arbeitern.

Arbeitskosten 2000 je vollbeschäftigte Arbeitnehmer nach der Unternehmensgröße						
Kostenart	Unter- nehmen insgesamt	Unternehmen mit Arbeitnehmern				
		10 - 49	50 - 99	100 - 199	200 - 499	500 - 999
EUR						
Arbeitskosten insgesamt	32 271	25 986	28 534	29 445	33 926	38 532
darunter Löhne und Gehälter	24 986	20 523	22 612	23 694	26 604	30 266
Entgelt für geleistete Arbeitszeit	19 498	16 500	18 005	18 563	20 370	22 658
Personalnebenkosten insgesamt	12 773	9 486	10 529	11 381	13 556	15 874
davon gesetzliche Personalnebenkosten	7 096	5 979	6 503	6 777	7 645	8 659
tarifliche und freiwillige Leistungen	5 677	3 507	4 026	4 604	5 911	7 115
Sonderzahlungen	1 371	661	906	1 207	1 767	2 302
Vergütung arbeitsfreier Tage	4 117	3 362	3 700	3 923	4 467	5 306
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	5 695	4 723	5 069	5 235	5 790	6 700
sonstige Personalnebenkosten	1 589	740	853	1 016	1 532	1 566
Arbeitskosten je geleisteter Stunde						
Arbeitnehmer	19,11	15,26	16,65	17,58	20,26	23,57
Arbeiter/-in	16,58	14,25	15,08	15,74	17,48	20,39
Angestellte	25,55	18,95	21,29	22,86	25,18	30,06
						37,15

Wilfried Schenk

Die chemische Industrie in Brandenburg von 1995 bis 2001

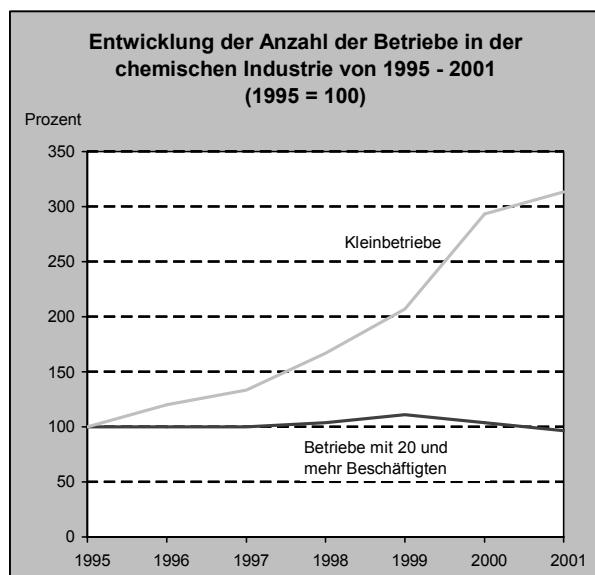
Die chemische Industrie Brandenburgs war im Zeitraum von 1995 bis 2001 durch ein stabiles Wachstum gekennzeichnet. Der Jahresumsatz der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ist von 1995 bis 2001 um das 1,5-fache angestiegen und erreichte den Wert von ca. 1,1 Milliarden EUR. Der Jahresumsatz der Kleinbetriebe der chemischen Industrie hat von 1995 bis 2000 um das 2,7-fache zugenommen. Im Jahresdurchschnitt werden mehr als 80 Prozent der Produktion der chemischen Erzeugnisse im Inland abgesetzt. Die Exportquote ist von 1995 bis 2001 um 2,8 Prozent gestiegen. Im Jahr 2001 betrug der Anteil des Exportes fast ein Fünftel des Gesamtumsatzes der chemischen Industrie. Die Zahl der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ist im Vergleich zu 1995 annähernd gleich geblieben. Die Zahl der Kleinbetriebe in der chemischen Industrie hat sich von 1995 bis 2001 mehr als verdreifacht. Die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ist von 1995 bis 2001 um 1,5 Prozent zurückgegangen. Dagegen hat sich die Anzahl der Beschäftigten in den industriellen Kleinbetrieben in diesem Zeitraum verdreifacht.

Die vorliegende Veröffentlichung enthält die Ergebnisse des Monatsberichtes für Betriebe¹ der jährlichen Erhebung für Kleinbetriebe sowie der monatlichen und vierteljährlichen Produktionserhebung in der chemischen Industrie Brandenburgs. Im Monatsbericht für Betriebe sowie in der monatlichen und vierteljährlichen Produktionserhebung sind im Allgemeinen die Betriebe der chemischen Industrie mit 20 und mehr Beschäftigten (auch mit Handwerksrolleneintrag) erfasst. Die Kleinbetriebserhebung erstreckt sich dagegen nur auf die industriellen Betriebe (ohne Handwerksrolleneintrag) mit weniger als 20 Beschäftigten.

Im Monatsdurchschnitt 2001 gab es in der chemischen Industrie Brandenburgs 26 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Das machte 2,2 Prozent aller Industriebetriebe Brandenburgs aus. Ende September 2001 waren im Land Brandenburg auch 47 Kleinbetriebe mit weniger als 20 Beschäftigten statistisch erfasst, die chemische Erzeugnisse herstellen. Deren Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe des Wirtschaftsbereiches Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden betrug rund 3 Prozent.

Während im Jahr 2001 die monatsdurchschnittliche Zahl der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten in der chemischen Industrie im Vergleich zu 1995 (27 Betriebe) annähernd gleich geblieben ist, hat sich die Zahl der industriellen Kleinbetriebe in diesem Wirtschaftszweig mehr als verdreifacht.

Auch der Anteil der Kleinbetriebe in der chemischen Industrie an der Gesamtzahl der industriellen Kleinbetriebe Brandenburgs ist von 2,2 Prozent im Jahr 1995 bis auf 3



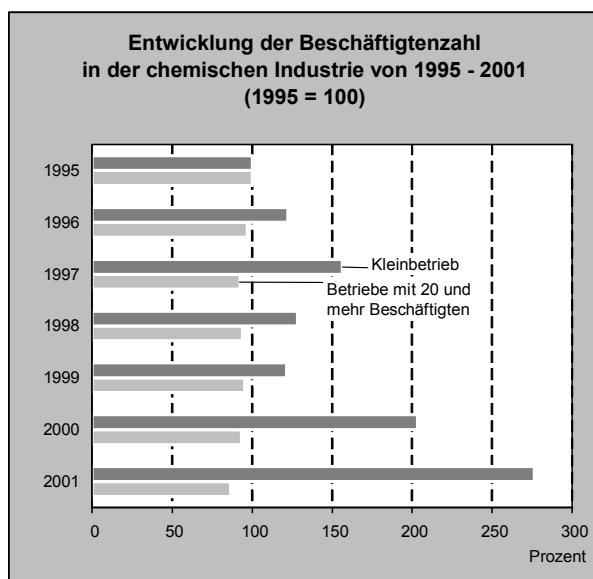
Prozent im Jahr 2001 angestiegen. Dagegen verringerte sich in diesem Zeitraum der Anteil der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten in der chemischen Industrie an der Gesamtzahl der berichtspflichtigen industriellen Betriebe von 2,9 Prozent bis auf 2,2 Prozent.

Mit der rasanten Zunahme der Anzahl der Kleinbetriebe in der chemischen Industrie von 1995 bis 2001 hat sich auch gleichzeitig die Anzahl der Beschäftigten in diesen Betrieben verdreifacht. Im September 2001 waren in diesen Betrieben 398 Personen beschäftigt, was 3,9 Prozent aller Beschäftigten in den industriellen Kleinbetrieben Brandenburgs ausmachte. Der Anteil der Beschäftigten in den Kleinbetrieben der chemischen Industrie an der Gesamt-

¹ Ein Betrieb ist örtliche Niederlassung (nicht Unternehmen), einschließlich Verwaltungs-, Reparatur-, Montage- und Hilfsbetriebe, die mit dem meldenden Betrieb örtlich verbunden sind oder in dessen Nähe liegen.

zahl der Beschäftigten in den industriellen Kleinbetrieben Brandenburgs ist von 1995 bis 2001 um 1,5 Prozentpunkte angestiegen.

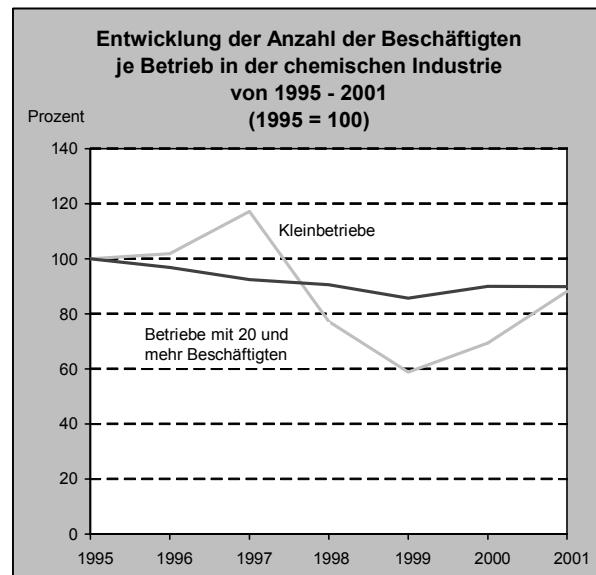
Die Zahl der Beschäftigten in den berichtspflichtigen Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Wirtschaftszweig verringerte sich dagegen von 1995 bis 2001 um 15,5 Prozent. Im Jahr 2001 betrug die Anzahl der Beschäftigten in diesen Betrieben im Monatsdurchschnitt 4871 Personen. Der Anteil dieser Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in den berichtspflichtigen Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes Brandenburgs verringerte sich von 5,7 Prozent im Jahr 1995 auf 5,4 Prozent im Jahr 2001.



Die Hauptarbeitgeber in der chemischen Industrie Brandenburgs sind nach wie vor die berichtspflichtigen Betriebe in den Wirtschaftszweigen Herstellung von Kunststoff in Primärformen sowie Herstellung von Chemiefasern. Dabei ist die Zahl der Beschäftigten in der Herstellung von Kunststoff in Primärformen von 1995 bis 2001 insgesamt um 3,6 Prozent angestiegen. Im Jahr 2001 waren in diesen Betrieben mehr als die Hälfte aller Beschäftigten der chemischen Industrie Brandenburgs tätig. Die Zahl der Beschäftigten in der Herstellung von Chemiefasern ging dagegen von 1995 bis 2001 fast um das zweifache zurück.

Die Zahl der Arbeiter in den berichtspflichtigen Betrieben der chemischen Industrie ging dabei von 1995 bis 2001 um ca. 18 Prozent zurück. Im Jahr 2001 waren in den berichtspflichtigen Betrieben der chemischen Industrie 2876 Arbeiter beschäftigt. Der Anteil der Arbeiter an den Beschäftigten in den berichtspflichtigen Betrieben der chemischen Industrie betrug im Jahr 2001 rund 59 Prozent. Gegenüber 1995 ist der Anteil der Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten in den berichtspflichtigen Betrieben

der chemischen Industrie bis 2001 um 3,1 Prozentpunkte gesunken.



Im Monatsdurchschnitt waren 2001 in einem Betrieb mit 20 und mehr Beschäftigten in der chemischen Industrie 187 Personen beschäftigt. In einem Kleinbetrieb dieses Wirtschaftszweiges waren im September 2001 nur 9 Personen beschäftigt. Sowohl in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten als auch in Kleinbetrieben der chemischen Industrie zeichnete sich von 1995 bis 2001 ein Rückgang in der Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten je Betrieb ab. Allerdings unterlag der Rückgang der Beschäftigtenzahl je Kleinbetrieb höheren konjunkturellen Schwankungen als in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten, in denen er nur allmählich verlief. Die Zahl der Beschäftigten je Betrieb mit 20 und mehr Beschäftigten verringerte sich von 1995 bis 2001 insgesamt um ca. 10 Prozent. Die Beschäftigtenzahl je Kleinbetrieb ist in diesem Zeitraum insgesamt um 12 Prozent gesunken.

Die chemische Industrie Brandenburgs hat im Zeitraum 1995 bis 2001 insgesamt eine stabile Entwicklung erfahren. Der jährliche Gesamtumsatz² der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ist dabei um das 1,5-fache angestiegen. Während im Jahr 1995 die Betriebe chemische Erzeugnisse im Gesamtvolumen von 738 Millionen EUR ab-

² Gesamtumsatz umfasst den Umsatz aus Eigenerzeugung, den baugewerblichen Umsatz sowie den Umsatz aus Handelsware und sonstigen nichtindustriellen Tätigkeiten (Erlöse aus Vermietung und Verpachtung, Provisionseinnahmen, Erlöse aus Transportleistungen für Dritte und aus dem Verkauf von eigenen landwirtschaftlichen Erzeugnissen). Als Umsatz gilt die Summe der Rechnungsendbeträge (ohne Umsatzsteuer) einschließlich Verbrauchssteuer, Kosten für Fracht, Transportversicherung, Porto, Verpackung und Spesen, auch wenn diese gesondert in Rechnung gestellt werden. Der Wert der Lieferungen, die innerhalb eines Unternehmens von Werk zu Werk erfolgen, zählt nicht zum Umsatz.

gesetzt haben, erreichte deren Umsatz im Jahr 2001 die Höhe von ca. 1,1 Milliarden EUR. Der Gesamtumsatz der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten stieg jährlich ununterbrochen an. Der Anteil des Gesamtumsatzes der berichtspflichtigen Betriebe der chemischen Industrie am Gesamtumsatz der industriellen Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten im Land Brandenburg stieg dabei von 1995 bis 2001 leicht um 0,3 Prozentpunkte an und erreichte im Jahr 2001 seinen Höchstwert von 6,7 Prozent.

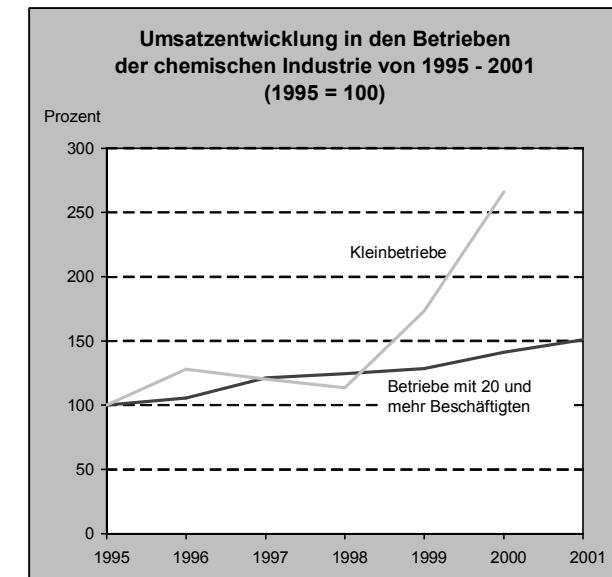
Die höchsten Jahresumsätze wurden im gesamten Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2001 in den berichtspflichtigen Betrieben im Wirtschaftszweig Herstellung von Kunststoff in Primärformen erreicht. Von 1995 bis 2001 sind die Umsätze dieser Betriebe um das 1,7-fache angestiegen. Dabei nahmen die Umsätze jährlich kontinuierlich zu. Der jährliche Anteil der Umsätze der Betriebe in der Herstellung von Kunststoff in Primärformen am Gesamtumsatz in der chemischen Industrie ist von 1995 bis 2001 um 8,7 Prozentpunkte angestiegen und erreichte im Jahr 2001 einen Anteil von 63,5 Prozent.

Dagegen gingen die Umsätze der berichtspflichtigen Betriebe in der Herstellung von Chemiefasern von 1995 bis 2001 insgesamt um 16,5 Prozent zurück. Jährlich unterlag die Umsatzentwicklung dieser Betriebe merklich den Konjunkturschwankungen. Ein Umsatzzuwachs konnte in den Jahren 1996, 1997 und 2000 registriert werden.

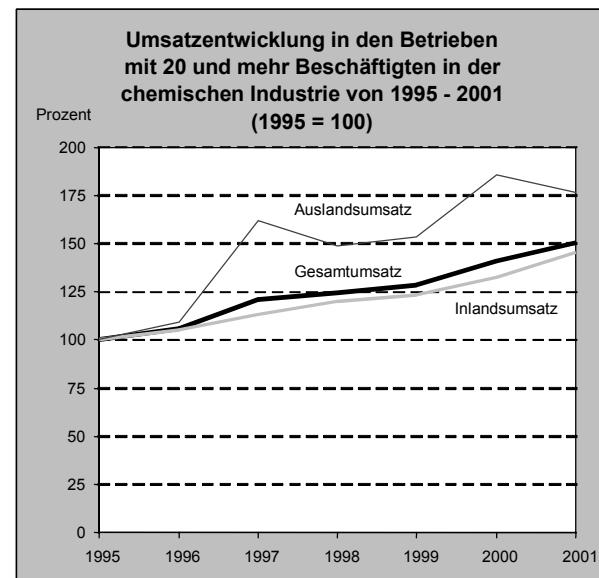
Der Jahresumsatz der Kleinbetriebe der chemischen Industrie hat sich von 1995 bis 2000³ fast verdreifacht. Im Jahr 2000 betrug der Gesamtumsatz der Kleinbetriebe ca. 61,5 Millionen EUR. Der Anteil des Gesamtumsatzes dieser Kleinbetriebe am Gesamtumsatz der industriellen Kleinbetriebe Brandenburgs ist von 1995 bis 2000 auf das 2,6-fache angestiegen. Während im Jahr 1995 in der chemischen Industrie Brandenburgs nur 2,5 Prozent des gesamten Umsatzes der industriellen Kleinbetriebe erzeugt wurde, betrug deren Umsatzanteil im Jahr 2000 bereits 6,5 Prozent.

In der Entwicklung des Gesamtumsatzes dieser Betriebe zeigten sich im Gegensatz zu den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten konjunkturelle Schwankungen. Die Entwicklung des Gesamtumsatzes der Kleinbetriebe verlief von 1995 bis 2000 insgesamt auch dynamischer als in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten. Insbesondere in den Jahren 1996, 1999 und 2000 lagen die Steigerungsraten des Gesamtumsatzes der Kleinbetriebe gegenüber 1995 im zwei- bzw. dreistelligen (2000) Bereich und damit deutlich über den Steigerungsraten des Gesamtumsatzes der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.

³ Bis zum Redaktionsschluss lagen noch keine Daten zum Gesamtumsatz der Kleinbetriebe für das Jahr 2001 vor.



Der Gesamtumsatz je Beschäftigten lag in den Kleinbetrieben der chemischen Industrie von 1995 bis 2000 (mit Ausnahme von 1998) jährlich höher als in den Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten. Insbesondere in den Jahren 1997 und 1999 erzeugten die Kleinbetriebe über 50 Tausend EUR mehr Umsatz je Beschäftigten als die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten.



Weiterhin bezieht sich die Analyse ausschließlich auf die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Dieser Einschränkung liegt folgende Tatsache zugrunde. Zum einen bietet die Kleinbetriebserhebung keine differenzierte Aussage zu In- und Auslandsumsätzen. Zum anderen liefert die amtliche Produktionserhebung (monatliche und vierteljährliche) keine Information über die Produktionsleistung (insbesondere Menge und Wert der zum Absatz bestimmten Erzeugnisse) der industriellen Kleinbetriebe mit weniger als

20 Beschäftigten. Sie erstreckt sich nur auf die industriellen Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

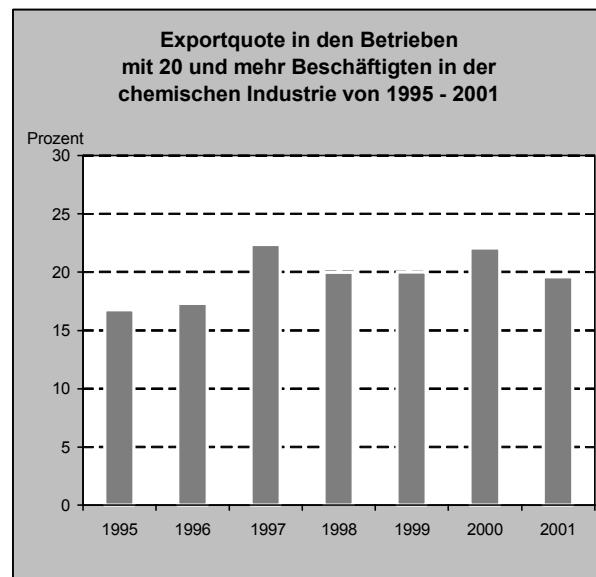
Der Hauptabsatzmarkt für die chemischen Erzeugnisse Brandenburgs liegt nach wie vor im Inland. Der Anteil des Inlandsumsatzes am Gesamtumsatz der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten betrug von 1995 bis 2001 im Jahresdurchschnitt etwas mehr als 80 Prozent. Dieser Anteil ist jedoch von 1995 bis 2001 um knapp 3 Prozentpunkte zurückgegangen. Im Jahr 2001 wurden 80,4 Prozent der chemischen Erzeugnisse Brandenburgs im Inland abgesetzt.

Die Entwicklung der inländischen Umsätze der Brandenburger Betriebe der chemischen Industrie verlief im Untersuchungszeitraum parallel zur Entwicklung des Gesamtumsatzes. Die Inlandsumsätze sind jährlich angestiegen. Im Zeitraum von 1995 bis 2001 stiegen die Inlandsumsätze der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten insgesamt auf das 1,5-fache.

Die Inlandsumsätze bildeten von 1995 bis 2001 den Löwenanteil der Gesamtumsätze der Betriebe in der Herstellung von Kunststoff in Primärformen. Im Jahr 1995 wurden 99,4 Prozent der Erzeugnisse dieser Betriebe im Inland abgesetzt. Das Volumen der Inlandsumsätze in diesem Wirtschaftszweig betrug in diesem Jahr ca. 247 Millionen EUR. Im Jahr 2001 waren dagegen weniger aber immer noch 93,7 Prozent (-5,7 Prozentpunkte) der Erzeugnisse des Wirtschaftszweiges fürs Inland bestimmt. Der Inlandsumsatz ist auf 443 Millionen EUR angestiegen.

Das Wachstum der Auslandsumsätze⁴ der chemischen Industrie verlief dynamischer als das Wachstum der inländischen Umsätze sowie der Gesamtumsätze der chemischen Industrie. Im gesamten Zeitraum von 1995 bis 2001 hat sich der Auslandsumsatz der Brandenburger chemischen Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten fast verdoppelt. Im gesamten Untersuchungszeitraum übertrafen die Steigerungsraten der Auslandsumsätze gegenüber 1995 merklich die Steigerungsraten sowohl der Inlandsumsätze als auch des Gesamtumsatzes der chemischen Industrie Brandenburgs. Von 1997 bis 2001 lag der Unterschied zwischen diesen Steigerungsraten trotz Wachstumsrückgängen in den Jahren 1998 und 2001 jährlich im zweistelligen Prozentbereich.

Die Exportquote in der chemischen Industrie, gemessen am Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, ist im Unterschied zum Anteil des Inlandsumsatzes von 1995 bis 2001 insgesamt um 2,8 Prozentpunkte angestiegen. Im Jahr 2001 betrug die Exportquote 19,6 Prozent (1995: 16,8 Prozent). Die höchste Exportquote wurde im Jahr 1997 registriert.



Im Unterschied zu den Betrieben in der Herstellung von Kunststoff in Primärformen, bei denen der Inlandsumsatz dominierte, wurden Erzeugnisse der berichtspflichtigen Betriebe im umsatzrelevanten Wirtschaftszweig Herstellung von Chemiefasern überwiegend zum Absatz im Ausland bestimmt. Die Exportquote dieser Betriebe lag im Jahr 1995 bei 49,3 Prozent. Bis zum Jahr 2001 ist die Exportquote der Betriebe in der Herstellung von Chemiefasern auf 58 Prozent angestiegen.

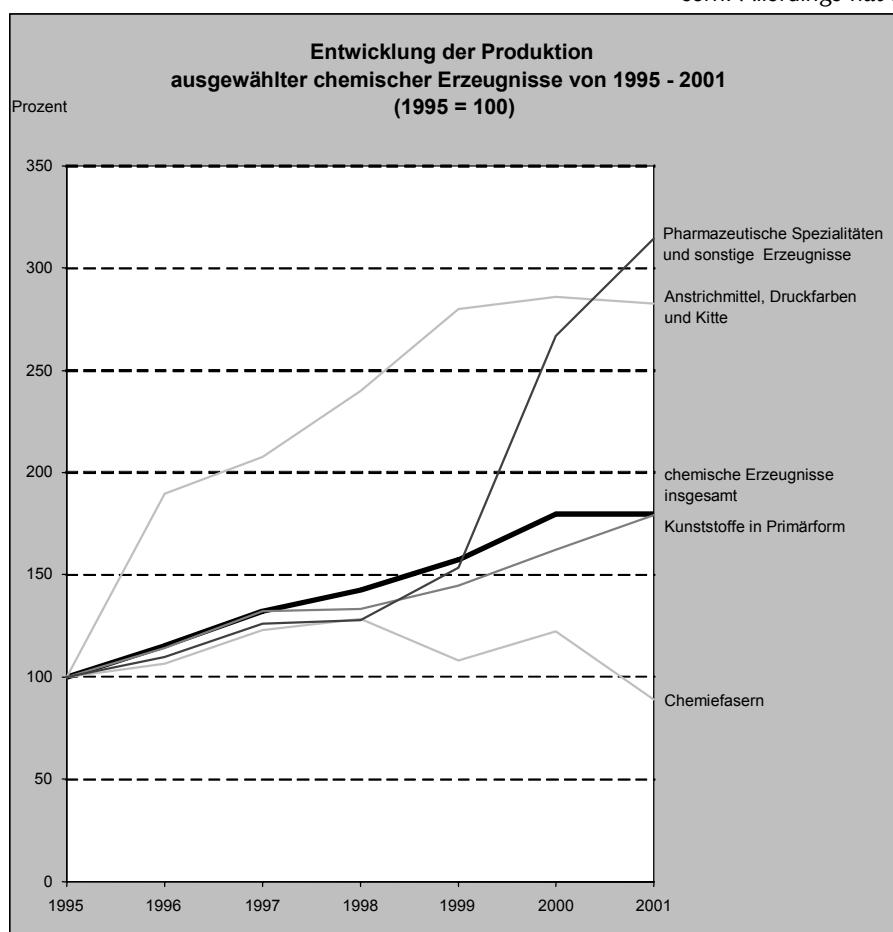
Der Anteil des Auslandsumsatzes der berichtspflichtigen Betriebe der chemischen Industrie am gesamten Auslandsumsatz in der Brandenburger Industrie wurde von 1995 bis 2001 von Jahr zu Jahr immer geringer. Während er im Jahr 1995 noch 13,4 Prozent des gesamten industriellen Auslandsumsatzes betrug, ging er bis zum Jahr 2001 auf 7 Prozent, das heißt um 6,4 Prozentpunkte zurück.

Die wertmäßige Produktion⁵ der chemischen Erzeugnisse im Land Brandenburg ist von 1995 bis 2001 auf das 1,8-

⁴ Zum Auslandsumsatz zählen direkte Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind sowie Lieferungen an Exporteure, die die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

⁵ Zur Produktion zählen alle im Berichtszeitraum fertiggestellten und zum Absatz bestimmten Erzeugnisse. Hierzu gehören auch Lohnarbeit, Veredlung, Reparaturen und Instandhaltungen sowie Installationen und Montagen.

fache gestiegen. Während im Jahr 1995 chemische Erzeugnisse im Gesamtwert von 534,7 Millionen EUR hergestellt wurden, stieg deren Produktion bis zum Jahr 2001 auf 961,4 Millionen EUR an⁶. Dabei legte die Produktion jährlich im zweistelligen Prozentbereich zu. Im Jahr 2001 verlangsamte sich das Produktionswachstum merklich. Gegenüber dem Vorjahr wurde lediglich eine Produktionszunahme von 0,1 Prozent registriert. Die Entwicklung der Produktion der einzelnen chemischen Erzeugnisse verlief im Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2001 differenziert.



Zu den wichtigsten Erzeugnissen in der chemischen Industrie Brandenburgs gehörten im gesamten Untersuchungszeitraum von 1995 bis 2001 die Kunststoffe in Primärform, darunter dem Rang nach Polyurethane in Primärformen, Polyester, Polyamide in Primärformen sowie Phenolharze in Primärformen. Deren Gesamtanteil an der Produktion der chemischen Industrie im Jahr 1995 betrug

⁶ Die Bewertung der zum Absatz bestimmten Produktion erfolgt unter Zugrundelegung des jeweiligen Verkaufspreises ab Werk einschließlich der Verpackungskosten. Nicht einbezogen sind die in Rechnung gestellte Umsatz- und Verbrauchsteuer, gesondert in Rechnung gestellte Frachtkosten, den Kunden gewährte Rabatte.

46,2 Prozent. Im Jahr 2001 ist er nahezu unverändert geblieben (46,1 Prozent). Die Produktion der Kunststoffe in Primärform ist von 1995 bis 2001 insgesamt auf das 1,8-fache angestiegen. Die Entwicklung der Produktion der Kunststoffe in Primärform zeigte eine annähernde Parallelität zur Entwicklung der Gesamtproduktion der chemischen Erzeugnisse. Dabei wurde eine jährliche Produktionszunahme im zweistelligen Prozentbereich festgestellt.

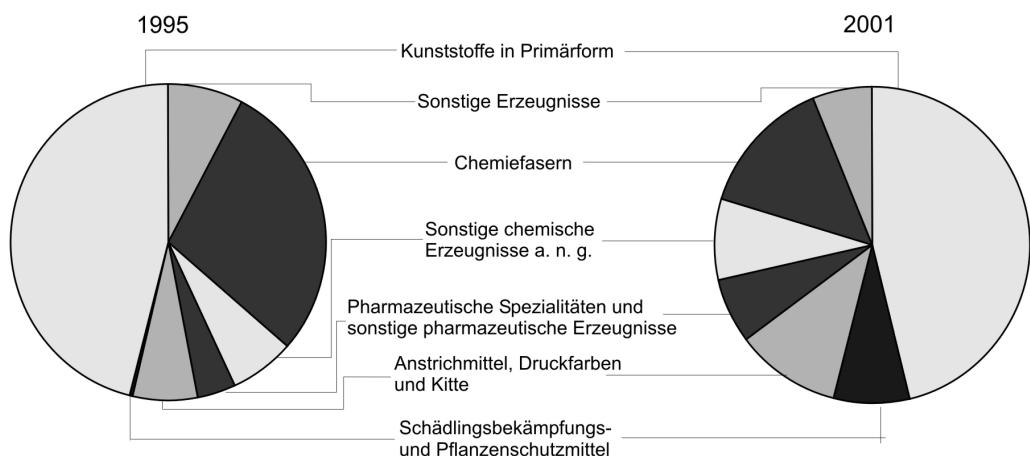
Rang zwei am Anteil an der Gesamtproduktion gehörte sowohl im Jahr 1995 als auch im Jahr 2001 den Chemiefasern. Allerdings hat sich deren Anteil von 1995 (28,6 Pro-

zent) bis 2001 (14,1 Prozent) halbiert. Auch die Produktion hat von 1995 bis 2001 insgesamt um 11 Prozent abgenommen. Nach stetigem Wachstum von 1995 bis 1998 waren jedoch in der Entwicklung von 1999 bis 2001 konjunkturelle Schwankungen bis zum Rückgang im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr um 27 Prozent zu beobachten. Zu den wichtigsten Chemiefasern, die in den Brandenburger Betrieben produziert werden, gehören ungezwirnte Garne aus synthetischen Filamenten, Kabel aus synthetischen Filamenten und Polyester sowie hochfeste Garne aus Polyester.

Auf dem dritten Rang der Brandenburger chemischen Erzeugnisse sind die Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte platziert. Deren Anteil hat von 6,9 Prozent im Jahr 1995 auf 10,8 Prozent im Jahr 2001 zugenommen. Die Produktion der Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte hat sich von 1995 bis 2001 fast verdreifacht. Die wichtigsten Erzeugnisse in dieser Erzeugnisgruppe sind synthetische Polymeranstrichfarben und -lacke sowie Acrylpolymeranstrichfarben für Innen- und Außenanstrich.

Seit 1999 hat die Produktion der Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmittel an Bedeutung gewonnen. Während der Anteil dieser Erzeugnisse im Jahr 1995 nur 0,1 Prozent an der Gesamtproduktion der chemischen Erzeugnisse betrug, ist er bis zum Jahr 2001 auf 7,9 Prozent angestiegen. Die Produktion dieser Erzeugnisse ist von 1995 bis 2001 auf das 269-fache gewachsen. Insbesondere sind hier folgende Einzelerzeugnisse zu erwähnen, wie: Fungi-Bakterizide auf Grundlage von Tria-, Diazolen sowie Fungi-Bakterizide Captan.

Produktionsstruktur der chemischen Industrie



Auch bei den pharmazeutischen Spezialitäten und sonstigen pharmazeutischen Erzeugnissen wurde im Zeitraum von 1995 bis 2001 mehr als das dreifache Produktionswachstum registriert. Der Anteil dieser Erzeugnisse an der Gesamtproduktion der chemischen Erzeugnisse hat dabei von 3,8 Prozent im Jahr 1995 auf 6,6 Prozent im Jahr 2001 zugenommen. In dieser Erzeugnisgruppe sind fol-

gende Einzelerzeugnisse nach dem Wert der zum Absatz bestimmten Produktion hervorzuheben, wie Röntgenkontrastmittel zur Diagnose und Reagenz zur Verwendung an Patienten sowie arzneiaktive Alkaloide und Antibiotika.

Dr. oec. Nina Goppold

Produktion ausgewählter Erzeugnisse in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten von 1995 – 2001

Melde-Nr. GP 95 ¹⁾	Bezeichnung	Zum Absatz bestimmte Produktion						
		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
		1000 EUR						
24	Chemische Erzeugnisse	534 657	616 609	706 159	762 209	840 275	960 094	961 428
2411	Industriegase	.	.	.	26 758	27 008	34 893	.
2412	Farbstoffe und Pigmente
2413	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	6 189	9 551	9 628	10 786	8 867	11 161	12 136
2414	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	10 717	11 439
2415	Düngemittel und Stickstoffverbindungen
2416	Kunststoffe in Primärform	246 939	281 604	326 746	328 858	357 298	400 560	442 813
2420	Schädlingsbekämpfungs- und Pflanzenschutzmittel
2430	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	36 810	69 830	76 478	88 302	103 133	105 329	104 079
2442	Pharmazeutische Spezialitäten und sonstige pharmazeutische Erzeugnisse	20 155	22 138	25 424	25 737	30 950	53 737	63 402
2451	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel
2452	Duftstoffe und Körperpflegemittel	434	.	2 079
2466	Sonstige chemische Erzeugnisse	36 267	27 637	26 437	48 335	67 138	84 078	80 053
2470	Chemiefasern	153 164	163 322	188 148	196 875	165 285	187 421	136 016

1) Systematisches Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995

Das Excel-VBA Codebook

Körn, Bert ; Weber Monika
München : Addison-Wesley, 2002
ISBN 3-8273-1979-X
Preis: 59,95 EUR



Das Buch hält, was sein Titel verspricht: es liefert auf knapp 800 Seiten Excellösungen und VBA-Codes. Unter den mehr als 500 Beispielen wird jeder erfahrene Entwickler wertvolle Tipps und Denkanregungen finden.

Alle Lösungen sind in 14 Kategorien zusammengefasst. Die Themenpalette reicht dabei von Standardproblemen wie Datum und Zeit, Berichte und Auswertungen, Formulare bis zu spezielleren wie z. B. Internetzugriff.

Um die Orientierung in diesem Wissenspool zu erleichtern, werden auf CD eine Excel-Arbeitsmappe als Steuerzentrum sowie ein Code-Repository mitgeliefert. Eine Problem-Such-Funktionalität gibt es leider nicht. Darüber hinaus wäre eine klare Trennung zwischen formalen Demonstrations- und echten Praxisbeispielen hilfreich.

Die Leser, die nur über VBA-Grundkenntnisse verfügen, könnten mit der Nutzung und Anpassung der vorgestellten Lösungen Probleme haben. Die Codes sind nur sehr knapp erläutert. Im Repository fehlen bis auf wenige Ausnahmen Kommentare gänzlich.

Trotz dieser Mängel kann man aufgrund der Vielfalt und der Qualität der vorgestellten Beispiele das Buch jedem erfahrenen Excel-Anwender empfehlen.

Frank Wagner

Das JavaScript Codebook

Beutler, Ralf ; Kansok, Andres
München : Addison-Wesley, 2002
ISBN 3-8273-1973-0
Preis: 49,95 EUR



Das JavaScript Codebook setzt dort an, wo viele andere Bücher zu diesem Thema aufhören: es bietet im Stil eines „Rezeptbuches“ sehr viele praxisnahe und browserübergreifende Beispielanwendungen. Dabei setzt es natürlich voraus, dass der Leser mit den Grundlagen der Sprache bereits vertraut ist. Für Einsteiger ist dieses Buch daher nicht geeignet.

Wer aber seine ersten Erfahrungen mit JavaScript bereits gemacht hat und nun eigene JavaScript-Anwendungen programmieren möchte, findet eine Fülle von Beispielen und Anregungen. Das Spektrum reicht dabei von eher trivialen Anwendungsfällen bis hin zu sehr anspruchsvollen Lösungen. Daher wird auch der erfahrene JavaScript-Programmierer in diesem Buch eine Menge neuer und nützlicher Informationen finden. Fast alle Beispiele lassen sich relativ leicht auf eigene Erfordernisse anpassen. Dank der beiliegenden CD kann auf den Quellcode der Beispiele schnell zugegriffen werden.

Fazit: Obwohl das JavaScript Codebook nicht als Lehrbuch gedacht ist. Hat es trotzdem Sinn und vor allem auch Spaß gemacht, es von Anfang bis Ende durchzuarbeiten. Dabei wird es auch (und vor allem) dem Leser gerecht, der „nur“ nach einem speziellen „Rezept“ sucht.

Cordula Ulbrich

Kontinuierliches Anforderungsmanagement Prozesse - Techniken - Werkzeuge

Schienmann, Bruno
München : Addison-Wesley, 2002
ISBN 3-8273-1787-8
Preis: 44,95 EUR



Das kontinuierliche Anforderungsmanagement für Softwareentwicklung wurde aus Kundenmanagement-, Produktmanagement- und Projektmanagementsicht dargestellt.

Für die Softwareentwicklung sind technische Aspekte und das Können der Programmierer ebenso wichtig wie der Kundewille. Schließlich geht es bei einem Projekt darum, dass die Wünsche des Kunden erfüllt werden.

Doch gerade an der Definition der Anforderungen scheitern viele Projekte. Oftmals wird der Versuch unternommen, alle Wünsche am Anfang zu ermitteln und anschließend einen Festpreis zu definieren. Doch im Projektverlauf wird festgestellt, dass die Anforderungen sich widersprechen oder nicht alle tatsächlichen Bedürfnisse abdecken. Kosten steigen und Zeit vergeht, zwischen Kunde und Auftragnehmer entstehen Spannungen. Verstärkt wird dieses Problem oftmals noch durch die schlechte Qualität der aufgenommenen Anforderungen.

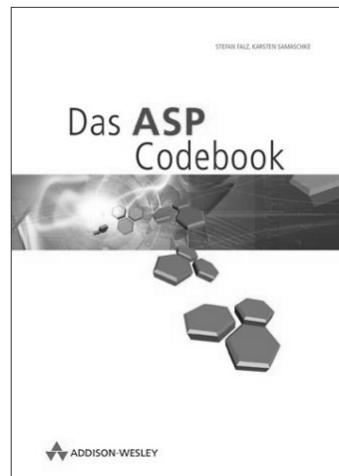
Ein Ausweg ist, mit sich stetig ergänzenden oder ändernden Anforderungen zu leben. Das Buch befasst sich mit dieser Idee und den Techniken, die diese Qualität von Anforderungen verbessern. Im ersten Kapitel geht es um die Motivation und dann um die Grundlagen des Anforderungsmanagements. Anschließend werden Aufgaben und Vorgehen, die Spezifikation von Anforderungen sowie Richtlinien und Empfehlungen behandelt. Für ein effizientes Anforderungsmanagement sind Werkzeuge unumgänglich. Die abschließenden Kapitel behandeln die Themen Business Engineering und Prozessverbesserung.

Das Buch bietet viele Anregungen für die Praxis. Es erfordert jedoch einige Zeit, um sich die Informationen anwendungsbereit zu erschließen. Der Aufwand lohnt sich!

Antje Leutholf

Das ASP Codebook

Falz, Stefan ; Samaschke, Karsten
München : Addison-Wesley, 2002
ISBN 3-8273-1948-X
Preis 59,95 EUR



Dieses Buch hält, was es verspricht: Viele Lösungen für die täglichen Aufgaben des Programmierers. Es werden „klassische“ Themen wie Datenbankzugriff, Request und Formulare besprochen. Darüber hinaus werden Bereiche wie XML und selbsterstellte Komponenten behandelt, die in anderen Büchern eher selten zu finden sind.

Die vielen, gut erläuterten Beispiele werden zu Klassen zusammengefasst, die der Programmierer mit relativ wenig Aufwand seiner Problemstellung anpassen kann. Abgerundet wird dieses Angebot durch eine sehr gute Befehls- und Objektreferenz. Für die Nutzer, denen diese Anpassungen zu schwer erscheinen, wird über Linklisten auf Alternativen anderer Anbieter verwiesen.

Günstig wäre ein Hinweis, ob die jeweils benötigte Komponente zum Standard des Servers gehört. Der Hinweis im Vorwort weckt da falsche Hoffnungen.

Dieses Buch ist nicht geeignet für Einsteiger. Sowohl sehr gute HTML- als auch gute VB-Kenntnisse sind Voraussetzung. Grundkenntnisse über das Zusammenspiel von Browser und Server sind empfehlenswert.

Frank Wagner

Veröffentlichungen des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (Land Brandenburg) im November 2002

Veröffentlichungen können beim Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - Dezernat Informationsmanagement - Postfach 60 10 52, 14410 Potsdam (Dortustraße 46), Fax: 0331 39-418, E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de bezogen werden.
Veröffentlichungen auf elektronischen Datenträgern sind rechts neben dem Verkaufspreis gekennzeichnet (Disketten, CD-ROM).

Kennziffer	Titel	Preis in EUR
A I 1 - m 01/02 bis m 05/02	Bevölkerungsstand: Januar 2002 bis Mai 2002	je 1,25
A I 1; A V 2 - j/01	Bevölkerungsentwicklung und Flächen der kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden 2001	19,00
A II 1 - m 03/02 bis m 05/02	Eheschließungen, Geborene und Gestorbene: März 2002 bis Mai 2002, Vorläufige Ergebnisse	je 1,25
A III 1 - m 03/02 bis m 05/02	Wanderungen: März 2002 bis Mai 2002	je 1,25
	Sterbefälle nach ausgewählten Todesursachen	
A IV 3 - vj 1/02	- 1. Vierteljahr 2002	1,75
A IV 3; 10 - j/01	- einschließlich vorsätzlicher Selbstbeschädigung 2001	4,25
A VI 5 - vj 4/00 und vj 1/01	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer - Vorläufige Ergebnisse: 31.12.2000 und 31.03.2001 (Stand: Mai 2002)	je 4,75
A VI 7 - m 09/02	Arbeitsmarkt, September 2002	2,50
A VI 12 - vj 4/00	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer und deren Pendlerverhalten am 31.12.2000 Vorläufige Ergebnisse (Stand: Mai 2002)	5,00
A VI 14 - j/00	Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Wohnort und deren Pendlerverhalten nach Gemeinden am 31.12.2000, Vorläufige Ergebnisse (Stand: Mai 2002)	6,00
B VII 1 - 3/02	Bundestagswahl 2002, Endgültiges Ergebnis	6,25
C I 1 - j/02	Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe 2002, Endgültiges Ergebnis	1,75
C I 8 - 5j/02	Obstanbau 2002 Flächen der Obstanlagen und Obstbaumbestände	2,50
C II 1 - m 09/02	Ernteberichterstattung über Feldfrüchte, September 2002	1,75
C III 2 - m 09/02	Schlachtungen und Fleischerzeugung, September 2002	1,75
	Milcherzeugung und Milchverwendung	
C III 3 - m 05/02 und m 06/02	- Mai 2002 und Juni 2002	je 1,50
D I 2 - vj 3/02	An- und Abmeldung gewerblicher Arbeitsstätten 01.07. - 30.09.2002	3,25
E I 1; 3 - m 09/02	Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	
E I 2 - m 09/02	- Betriebsergebnisse und Auftragseingangsindex, September 2002	3,75
	- Produktionsindex, September 2002	2,00
E II 1 - m 09/02	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe)	
E II 2 - j/02	- September 2002	2,50
	- Ergebnisse der Totalerhebung	2,25
F II 1; 2 - m 09/02	Baugenehmigungen und Baufertigstellungen, September 2002	2,50
G I 1 - m 08/02 und m 09/02	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Einzelhandel - Messzahlen - - August 2002 und September 2002, Vorläufige Ergebnisse	je 2,00
G III 1; 3 - m 08/02	Ausfuhr- und Einfuhr August 2002, Vorläufige Ergebnisse	2,75
G IV 1 - m 08/02	Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr, August 2002	3,00
	Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Gastgewerbe - Messzahlen -	
G IV 3 - m 08/02 und m 09/02	- August 2002 und September 2002, Vorläufige Ergebnisse	1,75
H I 1 - m 08/02	Straßenverkehrsunfälle	
H I 1 - m 09/02	- August 2002, Endgültiges Ergebnis	2,75
	- September 2002, Vorläufige Ergebnisse	1,25
H II 1 - m 09/02	Binnenschifffahrt, September 2002	2,50
K I 1 - j/01	Sozialhilfe 2001 Teil 3: Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen	3,25
K III 1 - 2j/01	Schwerbehinderte 2001	3,75
	Die Jugendhilfe - Hilfe zur Erziehung außerhalb des Elternhauses 2001	
K V 3 - j/01	- Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Vaterschaftsfeststellungen sowie Sorgerechtsmaßnahmen	2,75
K V 4 - j/01	- Vorläufige Schutzmaßnahmen	2,50
K V 5 - j/01	Jugendhilfe 2001, Ausgaben und Einnahmen	2,75
K VI 1 - j/01	Leistungen an Asylbewerber im Land Brandenburg 2001 - Teil 3: Empfänger von besonderen Leistungen	2,75
M I 2 - m 11/02	Preisindex für die Lebenshaltung, November 2002	3,00
N I 1 - vj 3/02	Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe - Juli 2002	2,75
N III 1; 2- 4j/00	EG - Arbeitskostenerhebung 2000	7,50
P V 1 - j/02	Umweltökonomische Gesamtrechnungen Basisdaten und ausgewählte Ergebnisse 2002	5,25
Verzeichnis	Verzeichnis der Pflegeeinrichtungen Stand: 15.12.2001	12,50
Daten+Konjunktur 9/2002	Ausgewählte Konjunktur- und Landesdaten für das Land Brandenburg in Bild und Zahl	-

Ausgewählte bereits erschienene Hefte der Reihe „Daten + Analysen“					
Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis	Heft	Themen-/ Querschnittshefte	Preis
4/1998	Kinder in Brandenburg	3,50 EUR	7/2000	Baugenehmigungsgeschehen im Bevölkerungszusammenhang	
3/1999	Regionen im Vergleich	6,00 EUR		Sozialhilfeleistungen 1994-1999	
4/2000	Verkehrsunfallentwicklung 1999 Amtliche Umweltstatistik Ausländische Studierende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	4,25 EUR		Landwirtschaftszählung 1999 Strafvollzug Sozialer Wohnungsbau 1999	4,75 EUR
5/2000	Industrieinvestitionen 1995 - 1998 Landtagswahl 1999 Tourismus 1999 Region Havelland-Fläming	5,25 EUR	I/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
6/2000	Mikrozensus 1999 Insolvenzgeschehen Handwerk Umweltschutzinvestitionen	4,50 EUR	II/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
			III/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
			IV/2001	Quartalsheft	4,00 EUR
			2/2001	Ältere Menschen	3,50 EUR
			1/2002	Statistischer Jahresbericht 2001	6,50 EUR
			2/2002	Der Brandenburger Außenhandel 1991 – 2000	3,00 EUR
			I/2002	Quartalsheft	5,25 EUR
			II/2002	Quartalsheft	5,25 EUR

Statistisches Jahrbuch 2002



Der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik hat das Statistische Jahrbuch 2002 für das Land Brandenburg herausgegeben. Mit diesem Nachschlagewerk erhält der Leser auf über 600 Seiten einen Informationsquerschnitt über alle Lebensbereiche von A wie Ausbildung bis Z wie Zulassung von Kraftfahrzeugen.

Das Statistische Jahrbuch gehört zu den bekanntesten und am meisten gefragten Veröffentlichungen des LDS. Der Nutzer findet statistische Angaben zu fast allen Lebensbereichen des Landes Brandenburg sowie ausgewählte, vergleichende Daten zu anderen Bundesländern und Deutschland.

Das Jahrbuch ist auch auf CD erhältlich.

Das **Buch** (ISBN 3-931767-11-6) und die **CD** (ISBN 3-931767-12-4) kosten jeweils 20,00 EUR.

Buch und CD zusammen (ISBN 3-931767-13-2) haben den Vorteilspreis von 30,00 EUR.

Bestellungen bitte an den



Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg
Dezernat Informationsmanagement
Postfach 60 10 52

14410 Potsdam



Fax: 0331 39-418



E-Mail: vertrieb@lds.brandenburg.de